



67. Sitzung

am Dienstag, dem 8. März 2016, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 5648

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Walter Zeißner** 5648

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Karl Freller** 5648

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER
"Agrarmarktkrise: Bauernhöfe retten!"

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER)..... 5648 5649
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 5649 5650 5651
Horst Arnold (SPD)..... 5651
Gisela Sengl (GRÜNE)..... 5652 5653
Angelika Schorer (CSU)..... 5654
Johann Häusler (FREIE WÄHLER)..... 5656 5657
Anton Kreitmair (CSU)..... 5657
Staatsminister Helmut Brunner..... 5658

Gesetzentwurf der Staatsregierung
für ein Bayerisches Ingenieurgesetz
(Drs. 17/10310)

- Erste Lesung -

Staatssekretär Franz Josef Pschierer..... 5660
Annette Karl (SPD)..... 5661
Christine Haderthauer (CSU)..... 5661
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 5662
Christine Kamm (GRÜNE)..... 5663

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5663

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über
das Erziehungs- und Unterrichtswesen und
des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**
(Drs. 17/10311)

- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 5663 5664
Dr. Simone Strohmayr (SPD)..... 5665
Michael Hofmann (CSU)..... 5666
Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 5667
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 5668 5669

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 5670

Abstimmung
**über Europaangelegenheiten und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Beschluss..... 5670

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Bodenschutz in Bayern - Reduzierung der
Schwermetalle in Phosphatdüngern**
(Drs. 17/8876)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/9935)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bodenschutz in Bayern - Renaturierung der Moorböden (Drs. 17/8877)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 17/9727)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bodenschutz in Bayern - Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankern (Drs. 17/8879)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 17/9936)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bodenschutz in Bayern - Erosionsschutz im Maisanbau (Drs. 17/8885)

Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 17/10040)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bodenschutz in Bayern - Erstellung eines Bodenverdichtungskatasters (Drs. 17/8886)

Beschlussempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 17/10041)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bodenschutz in Bayern - Schnellere Untersuchung und Sanierung von Altlasten (Drs. 17/8887)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 17/9638)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 5670 5678
 Martin Schöffel (CSU)..... 5672
 Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 5674
 Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 5676 5678

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 17/8879..... 5678

Beschluss en bloc zu den Anträgen 17/8876, 17/8877, 17/8885 mit 17/8887..... 5679

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/8879 (s. a. Anlage 2)..... 5698

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Ämter für ländliche Entwicklung stärken - Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern (Drs. 17/8988)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 17/10048)

Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 5679 5681 5682
 Hans Herold (CSU)..... 5680 5682
 Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 5682
 Gisela Sengl (GRÜNE)..... 5683

Namentliche Abstimmung..... 5692

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3)..... 5698

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Polizei am Limit - Bayerische Polizeibeamte schnellstmöglich entlasten (Drs. 17/9399)

Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 17/10047)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Polizei an der Schmerzgrenze - Sofortmaßnahmen zur Entlastung ergreifen (Drs. 17/9377)

Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 17/10050)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen (Drs. 17/9400)

Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 17/10046)

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)..... 5684
 Katharina Schulze (GRÜNE)..... 5685 5690

Manfred Ländner (CSU).....	5687		
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER).....	5689		
Staatssekretär Gerhard Eck.....	5690		
Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/9399.....	5692		
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/9377.....	5692		
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/9400.....	5692		
Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wahlunterlagen in Leichter Sprache (Drs. 17/9100)			
Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 17/10262)			
		Katharina Schulze (GRÜNE).....	5693 5695
		Andreas Lorenz (CSU).....	5694 5695
		Ruth Waldmann (SPD).....	5696
		Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	5697
		Namentliche Abstimmung.....	5698
		Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 4).....	5698
		Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. (SPD) Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II (Drs. 17/8989)	
		Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 17/10253)	
		Beschluss.....	5698
		Schluss der Sitzung.....	5699

(Beginn: 14.02 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 67. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben, um eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 24. Februar verstarb im Alter von 87 Jahren Herr Walter Zeißner. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1966 bis 1986 an und vertrat für die CSU den Stimmkreis Main-Spessart in Unterfranken. Während seiner Zugehörigkeit zum Landesparlament konnten die Ausschüsse für Ernährung und Landwirtschaft, für Grenzlandfragen, für Bundesangelegenheiten und Europafragen sowie für Landesentwicklung und Umweltfragen auf seine kompetente Mitarbeit zählen.

Sein politisches Wirken sah Walter Zeißner als Dienst an den Menschen in seiner unterfränkischen Heimat. Von 1960 bis 1978 gehörte er dem Kreistag an. Von 1966 bis 1971 war er Gemeinderat in Gambach, später bis 1996 Stadtrat in Karlstadt. In seine Zeit fiel auch die schwierige Gemeinde- und Landkreisgebietsreform, die er mit dem Willen zum Ausgleich konstruktiv begleitete und gestaltete.

Die Verdienste, die er sich um unser Land erworben hat, wurden mit hohen Auszeichnungen gewürdigt, unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, dem Bayerischen Verdienstorden, der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze und der Ehrenbürgerwürde von Karlstadt.

Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren und trauert mit seinen Angehörigen. –

Sie haben sich zum Gedenken an den Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen. Am 2. März feierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU, Herr Kollege Karl Freller, einen runden Geburtstag. Ich wünsche Ihnen, lieber Kollege, im Namen des gesamten Hohen Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben. Vor allen Dingen: Bleiben Sie gesund. Alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER "Agrarmarktkrise: Bauernhöfe retten!"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen oder einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten; dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet.

Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Ich bitte als ersten Redner Herrn Kollegen Dr. Herz zum Rednerpult.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. Sie können sich auch draußen unterhalten.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe selten im Vorfeld der Behandlung eines Themas, wie wir es heute gewählt haben, so viel Zuspruch von Verbänden und vor allen Dingen von Berufskollegen erfahren. Es geht um die Situation der bäuerlichen Betriebe. Bayern rühmt sich, dass wir immer noch eine gut funktionierende bäuerliche Struktur haben.

Im Vorfeld eine kurze Anmerkung: Alle drei Parteien – CSU, SPD und GRÜNE – haben sich massiv, besonders in Berlin, für den Mindestlohn eingesetzt. Ein solcher Mindestlohn sollte auch einem landwirtschaftlichen Unternehmer zustehen. Momentan haben wir eine klare Entwicklung dahin gehend, dass wir diesen Mindestlohn bei Unternehmern nicht mehr erreichen können.

Ich würde gerne kurz die Märkte durchgehen. Die Situation auf dem Milchmarkt ist bekannt. Vielleicht ist es aber dem einen oder anderen nicht bekannt – sonst wäre es nicht zu dieser Aktuellen Stunde gekommen –: Wir sind beim sogenannten Kieler Rohstoffwert momentan bei 22,1 Cent. Das ist der niedrigste Wert seit – ich möchte beinahe sagen – Menschen Gedenken. Das ist der Nettopreis für einen Liter Rohmilch ab Hof. Das bedingt dann Auszahlungspreise, die weit unter 30 Cent liegen. Von einem solchen Preis kann kein landwirtschaftlicher Betrieb existieren.

Die Märkte für Getreide erlauben kein kostendeckendes Produzieren. Die Situation auf den Fleischmärkten – ich beginne mit der Ferkelerzeugung – lässt es für einen Familienbetrieb nicht mehr als sinnvoll erscheinen, Ferkel zu erzeugen. Bei den Schweinen verzeichnen wir einen Preis von 1,25 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Noch schlimmer ist es bei bestem Geflügelfleisch, das für 1,50 Euro verramscht wird.

So viel zur Entwicklung auf den Märkten. Was kann nun die Politik tun? Die Politiker in Bayern und die Bayerische Staatsregierung können natürlich in Bezug auf den Milchsektor Vorschläge umsetzen, die sie bisher abgelehnt haben. Wir haben zu viel Menge am Markt, und deshalb fordern wir nochmals ganz klar, dass nach Möglichkeit eine künftige Reduzierung der Menge gegen Entschädigung angedacht wird. Wir fordern, dass die Programme konsequent umgesetzt werden. Sie haben unseren gut gemeinten Vorschlag zum Kulturlandschaftsprogramm abgelehnt. Sie haben jetzt – wie es sich darstellt – die Heumilch-Aktion für konventionelle Betriebe abgelehnt. Das sind Vorschläge, die von Bayern aus umgesetzt werden können.

Sie müssen vor allem auch einmal in Richtung Berlin schauen. Ich sehe weit und breit keine Aktion vonseiten des Bundeslandwirtschaftsministeriums. In Bezug auf die Spitze des seit Jahren artfremd besetzten Landwirtschaftsministeriums muss ich fragen: Wo ist Schmidt? – Liebe Kollegen der CSU: Das Bundeslandwirtschaftsministerium ist theoretisch in bayerischer Hand, aber in praktischer Hinsicht hat dieser Minister kürzlich wieder geäußert, er sehe keine Krise. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wann, wenn nicht jetzt, gibt es eine Krise in sämtlichen landwirtschaftlichen Produktionsbereichen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie dringend und sehr deutlich auf: Nehmen Sie sich Ihren Kollegen – – Wie heißt er denn mit Vornamen? Ich habe es vergessen.

(Zuruf)

– Vielen Dank für die Information. – Fordern Sie ihn sehr deutlich auf!

Wir haben hier in Deutschland nicht nur Hobbylandwirtschaft, die wir bei vollen Märkten bedienen wollen, sondern wir sind nach wie vor auch für eine Landwirtschaft verantwortlich, die flächendeckend produzieren soll. Aber das ist mit diesem Minister auf Dauer nicht mehr möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte abschließend noch ganz kurz auf Brüssel eingehen; von dort kommen ja sehr viele Ungereimtheiten. Setzen Sie sich dafür ein, dass in Brüssel unsinnige Vorschriften abgeschafft werden, beispielsweise die NEC-Richtlinie, die einseitig für Deutschland fordert, die Methanausstöße mehr als andere Länder zu reduzieren! Das kann nicht sein. Setzen Sie sich dafür ein, dass die anderen Länder das in diesem Bereich ebenfalls machen müssen, was insgesamt natürlich keinen Sinn ergibt! Setzen Sie sich dafür ein, dass von Brüssel nicht nur eine Flut von Vorschriften kommt, sondern dass auch eine Umsetzung erfolgt, die den deutschen Landwirten ein verträgliches Wirtschaften ermöglicht!

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Herz, Ihre fünf Minuten sind um. Bitte kommen Sie zum Ende.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): In dem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Brendel-Fischer. Bitte, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die bayerische Agrar- und Ernährungswirtschaft nicht isoliert, sondern in das Weltgeschehen und die Weltwirtschaft eingebettet ist, zeigt sich aktuell in sehr unbefriedigender Weise. Insbesondere unsere nationalen und globalen Milchmärkte stehen unter einem enormen Druck. Warum? – Weil das weltweit hohe Milchangebot auf eine sehr schwache Nachfrage trifft. Der deutsche Lebensmitteleinzelhandel braucht nur ein Drittel der Milchmenge. Der Rest geht in die Industrie und in den Export. Damit sind wir vom Weltmarkt abhängig.

Das Russland-Embargo setzt der Branche enorm zu. Allein 60 % des europäischen Käseexports gingen bislang nach Russland. Deshalb muss auch hier der Gesprächsfaden aufrechterhalten werden. Verschärft wird die schwierige Lage durch die nachlassende Abnahme aus China und die instabilen Verhältnisse im Nahen Osten.

Für uns in Bayern, wo jährlich in 32.000 bäuerlichen Familienbetrieben und 60 Molkereien knapp acht Millionen Tonnen Milch erzeugt werden, ist diese Tiefpreiszenerie natürlich mehr als belastend. Marktexperten rechnen mittelfristig nicht mit einer Besserung.

Muss also die Milchquote wieder her? Ich frage Sie: Waren unsere Bauern mit der Milchkontingentierung

zufriedener? – Nein; denn auch die staatlich verordnete Quote konnte starke Schwankungen nicht verhindern. Wir müssen ehrlich miteinander reden. Auf europäischer Ebene gibt es dafür keine Mehrheit.

Was können wir nun tun, damit alle Beteiligten bessere Perspektiven erhalten? – Natürlich sind es die Liquiditätshilfen. Wir haben diese frühzeitig gefordert. Unser Erfolg war auch die Erhöhung des Bundeszuschusses für die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Das sind 20 bis 25 Millionen Euro mehr für Bayern. Über 90 % der Flächenzahlungen wurden frühzeitig ausgezahlt. Ich bitte, das alles einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Wir haben ein 68 Millionen Euro schweres Liquiditätsprogramm, das natürlich bei Weitem nicht ausreicht. Alle Mittel der Superabgabe müssen durch die EU verfügbar werden. Das ist unsere Forderung, so wie auch seit Langem eine Erhöhung der Interventionspreise auf mindestens 25 Cent pro Kilogramm. Das würde eine bessere Berücksichtigung der Produktionssteigerung bedeuten und den Markt stabilisieren helfen. Aber auch hier zeigt die EU keine Bereitschaft.

Überlegenswert erscheinen auch Vorschläge, wie innerhalb der genossenschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen den Molkereien und den Mitgliedern mehr Planungssicherheit bei der Menge und beim Preis erreicht werden kann.

(Horst Arnold (SPD): Wie denn?)

Die Molkereien können am ehesten abschätzen, ab wann ihre Kapazitäten ausgeschöpft sind und wie viel Milch sie zu einem angemessenen Preis vermarkten können. Man muss aber auch wissen, dass sich an den global wirkenden Marktmächten dadurch nichts ändert.

Bei allen Herausforderungen braucht es die verantwortungsbewusste Entscheidung unserer Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter. Deshalb bildet die Vermittlung von Unternehmerkompetenzen in allen bayerischen Agrarausbildungsgängen einen Schwerpunkt.

Auf Bund-Länder-Ebene werden zurzeit weitere Maßnahmen geprüft. Ich danke hierfür auch unserem bayerischen Landwirtschaftsminister Brunner, der sich federführend einbringt, beispielsweise für eine Optimierung der Marktbeobachtungsstelle.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem, um auf Veränderungen des Marktes rascher reagieren zu können. Auch wird geprüft, inwieweit Versicherungslösungen umsetzbar sind, wie sie in den USA bestehen, wo ver-

sucht wird, Risiken volatiler Märkte besser abzufedern.

Auch die im Getreidesektor bewährten Warenterminmärkte, die von der Opposition immer sehr stark kritisiert wurden, wenn ich mich an manche Diskussion im Ausschuss erinnere, müssen in ganzheitliche Überlegungen bei der Milch einbezogen werden. Durch eine vertragliche Preisabsicherung können hierbei wirtschaftliche Risiken in jedem Fall gemindert werden. Dies wird von den Molkereiunternehmen und Milcherzeugergemeinschaften bislang zu wenig genutzt.

Dass höhere Preise durch Wertschöpfung erreicht werden können, ist kein Geheimnis. Ich möchte nur erwähnen, dass es im Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 100 Millionen Euro Innovationskapital für Forschung und Entwicklung gibt. Hierfür braucht es aber natürlich ein engeres Zusammenrücken unserer gesamten Molkerei-Struktur und Molkereiwirtschaft.

Die Exportförderung ist und bleibt für Bayern weiterhin ein Thema. In vielen kaufkräftigen Drittländern warten die Menschen auf unsere Produkte. Deshalb müssen wir unsere Märkte pflegen – in guten wie in schlechten Zeiten.

Das ist auch ein Grund, liebe FREIE WÄHLER, liebe GRÜNE und liebe SPD, warum wir die aktuell diskutierte Handelsabkommen nicht von vornherein pauschal ablehnen, sondern sie für unsere Bauern als Chance sehen, wenn denn die roten Linien nicht überschritten werden.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Bauern sehnen sich nach TTIP!)

– Lassen Sie mich bitte einmal ausreden.

Notwendig sind nicht nur regionale, sondern überregionale, also auch transatlantische Wirtschaftskreisläufe, –

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe, meine Herrschaften.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): – wenn Bayern seine flächendeckende Landbewirtschaftung und seine reich gegliederte Kulturlandschaft im Sinne des bayerischen Weges erhalten will.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Aiwanger, wenn Sie Ihre Ohren aufgemacht hätten, dann hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, rote Linien werden nicht überschritten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Brendel-Fischer, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich bedanke mich für das schöne Geschrei, das Sie hier produziert haben. – Die CSU und die Staatsregierung werden weiterhin das tun, was sie bisher getan haben, nämlich unsere bäuerlichen Betriebe eng begleiten.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sterbebegleitung machen Sie!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Brendel-Fischer, die Maßnahmen, die Sie genannt haben, sind zum Teil natürlich sehr sinnvoll und werden von uns unterstützt. Aber grundsätzlich ist es doch so: Wenn es in das Haus oben hineinregnet, dann ist das Dach zu dichten. Das, was wir hier überlegen und Sie vorschlagen, sind staatliche Zuschüsse und Erwägungen, wie man Pumpen anschafft, um das überlaufende Haus leer zu pumpen. Daran geht nichts vorbei.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

In der Tat – da verwende ich die Zahlen vom Bauernverband – haben die Familienbetriebe im Jahr 2014/2015 22,5 % weniger Einkommen erzielt, das heißt 2.342 Euro brutto. Davon gehen noch der Beitrag für die Krankenkasse und alle sonstigen Kosten ab. Das bedeutet auch, die Investitionsmittel müssten aus dem Gewinn bezahlt werden.

Die Bereitschaft zu investieren sinkt zunehmend, auch im Agrarsektor. Das hat auch Folgen für den anderen wichtigen Bereich, nämlich die nachgelagerte Industrie, die die Landwirtschaft bedient. Wenn in der Traktorenproduktion Kurzarbeit ausbricht – Stichwort Fendt –, dann wissen Sie ganz genau, dass diese Zusammenhänge nicht nur global, sondern auch industriell und wirtschaftlich in Bayern ganz entscheidend sind.

Die Zahl der Betriebe ist von 2000 bis 2013 in Bayern um circa 50.000 zurückgegangen. Die Vielfalt und die Kleinteiligkeit der bayerischen Landwirtschaft werden dadurch sehr stark infrage gestellt.

Klar ist: Wir haben einen Strukturwandel. Dagegen kann man sich kaum stemmen, aber dieser Strukturwandel muss gesteuert und gelenkt werden. Klar ist aber auch: Die Landwirtschaft muss sich lohnen. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen betriebswirtschaftlich solide arbeiten können. Da nehme ich Bezug auf die Ausführungen von Kollegen Dr. Herz. Wenn die Kosten weitaus höher sind als die auf dem Markt erzielten Erlöse, dann ist das nicht mehr würdig und nicht mehr hinnehmbar. Da nützt auch die Ausbildung von noch so kompetenten Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern nichts. Der Markt hat die Macht. Das ist das Entscheidende und nicht das, was am Rande mehr oder weniger konnotativ herumfuchelt.

Es ist doch ganz wichtig, einmal zu schauen – darüber haben Sie kein Wort verloren –, wie der Lebensmitteleinzelhandel als einer der großen Teilnehmer an diesem Markt funktioniert. Da kann ich den Sprecher der Ernährungsindustrie zitieren, der sich bei einem Symposium in Berlin wie folgt geäußert hat: Gibt es Käufer, die dafür zahlen? Unternehmen warten nicht auf die Politik. Soziale Aspekte oder Erzeugerinteressen spielen im Handeln der Ernährungsindustrie keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Das sind die Leute, die die Macht ausmachen, und das ist auch das Entscheidende, das es politisch zu steuern gilt.

Die Lebensmitteleinzelhandelskonzerne vermelden, dass der Erzeugerpreis in der EU in den letzten zwei Jahren um 30 bis 40 % gefallen ist, während die Lebensmittelpreise in der gleichen Zeit nur um 2 % gefallen sind. Die Konzerne werden weder von der EU noch von den Regierungen kontrolliert. Ist das Angebot knapp, dann wird die Gewinnmarge dadurch gesichert, dass die Erzeugerpreise erhöht werden; gibt es einen Überfluss an Angebot, werden die Preise gegenüber den Erzeugern gesenkt und die entsprechenden Extramargen weiterhin vom Lebensmitteleinzelhandel vereinnahmt.

Insofern ist es doch klar, dass man auf EU-Ebene daran denkt – derzeit wird gerade darüber diskutiert, eine Entschließung einzureichen –, die Marktmacht in diesem Bereich zu brechen. Die Kollegin Noichl hat im Europaparlament den Antrag eingebracht, den Ländern zu ermöglichen, Preisunterbietungen deutlich und massiv Einhalt zu gebieten. Was aber ist geschehen, und was hören wir? – Ablehnung, und zwar nicht nur von Ihren Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sondern auch – das wundert mich schon – von der Kollegin Müller, der einzigen Vertreterin der FREIEN WÄHLER, die offenbar auch keinen Handlungsbedarf sieht, den Lebensmitteleinzelhandel dorthin zu bringen, wohin er gehört, nämlich zu einem funktionierenden Bestandteil einer sozialen Marktwirtschaft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie selber nicht!)

Da haben Sie in Ihrer Funktion versagt.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation bei der Milch ist erörtert worden. Sie kommt nicht von ungefähr. Bereits 2012 hat das Bundeskartellamt in einer Untersuchung festgestellt, dass das Verhältnis zwischen den Erzeugern und dem Lebensmitteleinzelhandel zum Himmel schreit bzw. ungerecht ist. Seit 2012 ist nichts geschehen. Die Mär, dass dabei das Russland-Embargo und die sinkende Nachfrage in Asien eine entscheidende Rolle spielen, ist widerlegt. Denn seit 2013 sind die Preise bis zum Russland-Embargo um 50 % und danach noch schlimmer gesunken, sodass die Entwicklung weit vorher ersichtlich war. Es sind einfach zu große Mengen auf dem Markt.

Diese Mengen wollen wir regulieren – natürlich nicht, Frau Brendel-Fischer, mit der Quote; das ist klar. Aber bei den Produzenten muss insgesamt Einsicht einkehren. Das gilt auch für die Molkereien. Sie machen zwischenzeitlich auch Vorschläge. In Frankreich gibt es gestaffelte Preise. Für die normale Menge gilt die erste Stufe. Die zweite Stufe muss man zukaufen, und bei der dritten Stufe gibt es nur noch 4 Cent für den zusätzlichen Liter Milch. Das regelt der Markt jetzt schon im Einzelnen. In Holland spricht man davon, ab einer Überlieferung von 20 % von Abnahmeverpflichtungen gänzlich Abstand zu nehmen. Das sind alles Mechanismen, die die Wirtschaft schon bereithält. Aber können wir es denn verantworten, die Landwirtschaft in Bayern mit einem solchen Flickenteppich von einzelnen Lösungen und Zufälligkeiten dahintreiben zu lassen, ohne dass es in irgendeiner Art und Weise ein Regulativ gibt? – Das können wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Man muss auch daran denken, wie zum Beispiel die Schweinehalter operieren müssen. Ich kann Ihnen dazu ein Beispiel aus dem Mittelstand nennen. Ein Erlös von 22.724 Euro für 180 Mastschweine bedeutet 126 Euro für ein 120 kg schweres Mastschwein. Das Schwein wird vier Monate lang für 60 Euro auf dem Hof gemästet. Diese Woche ist ein Vereinigungspreis von 1,31 Euro pro Kilogramm festgelegt worden. Hier in Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es mittlerweile für die Schlachtung einen Monopolisten. Er heißt VION. Er ist so stark, dass er diesen Preis ablehnen kann, Hauspreise fordert und noch einmal um 2 Cent heruntergeht, sodass der Totalverlust des mittelständischen Betriebs bei 1.000 Euro liegt. Das ist die Realität in Bayern, und so kann man nicht wirtschaften. Sie können da auch nicht sagen,

das ist mit einzelbetrieblicher Erziehung oder mit der Ausgestaltung von Möglichkeiten zu regulieren. Das ist eine systemische Frage, an die Sie nicht herangehen wollen. Sie wollen nur die Pumpen finanzieren, die das Wasser aus dem Haus pumpen, aber nicht das Dach abdichten.

(Beifall bei der SPD)

Das Fazit aus der ganzen Geschichte ist, dass wir die Milchmengen und die Mengen insgesamt mit sinnvollen Anreizen steuern müssen. Wir müssen aber auch der katastrophalen Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels durch sinnvolle Maßnahmen entgegentreten. Wir können es nicht zulassen, dass man sagt: Das reguliert der Markt. Ein Beweis dafür ist nicht erbracht. Die Zahlen dokumentieren im Gegenteil, dass der Markt nicht reguliert. Wenn wir eine immer monopolistischere Landwirtschaft haben wollen, können wir weiter sagen: Das reguliert der Markt. Aber das kann nicht im Sinn der Kleinteiligkeit und der Vielseitigkeit der Landwirtschaft sein.

Das bedeutet, dass wir gegen den Freibrief für die Ausbeutung, den es bisher gibt, und den Preiskapitalismus des Lebensmitteleinzelhandels vorgehen müssen. Das heißt aber auch, irgendwann einmal gegenüber den Lobbyisten Farbe zu bekennen und ihnen klarzumachen, dass es so nicht weitergeht. Wenn ihnen die Verbraucherinnen und Verbraucher am Herzen liegen, ist das auch ihr Anliegen.

Wir haben 2014 drei Anträge zur Milchmarktkrise eingebracht. 2015 hat der Kollege Schöffel gesagt, wir reden die Krise herbei. Nun ist sie da. Das belegen die Preise und die Situation. Deswegen hoffen wir, dass Sie sich besinnen und dort ansetzen, wo es notwendig ist, das heißt, das Dach abdichten und nicht den Schaden unten im Haus begrenzen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche nicht alles zu wiederholen; was bis jetzt gesagt worden ist, ist alles richtig.

(Horst Arnold (SPD): Alles?)

– Fast alles. Es genügt nicht, die Symptome zu bekämpfen, sondern wir müssen an die Ursachen heran. Die Exportquote bei Agrarprodukten war noch nie so hoch wie 2015. Trotzdem waren die Preise noch nie so schlecht. Da kann also an Ihrem Konzept irgendet-

was nicht stimmen. Es muss dringend geändert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ein komplett falscher Weg, die Landwirtschaft immer nur in Größe und Masse zu treiben. Das ist einfach ein Irrweg.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Viele Betriebe haben sich zu 100 Prozent der Rationalisierung, der Technisierung, der Arbeitsteilung und der Exportorientierung verschrieben. Es gibt aber Betriebe, die das zu 100 % verfolgt haben und genauso wie kleinere Betriebe vor dem Aus stehen. Es gibt ein schönes Zitat von Kees de Vries, einem Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der auch Mitglied im Agrarausschuss ist. Er sagte, die Zukunft der Milch liege im Weltmarkt, und wer für 32 Cent pro Liter Milch nicht wirtschaften könne, hätte lieber Beamter werden sollen. Es ist wirklich traurig, dass jemand mit landwirtschaftlicher Ausbildung die Ausbeutung seines eigenen Berufsstandes befeuert. Kees de Vries bewirtschaftet übrigens 1.300 Hektar mit 700 Milchkühen und 600 Jungrindern. Aktiv ist er auch im Deutschen Bauernverband.

Traurig für Bayern ist auch die Aussage des europäischen Kommissars Phil Hogan, der bei der Jahresversammlung des Bayerischen Bauernverbandes gesagt hat, der Milchmarkt komme nur wieder auf die Füße, wenn sich der gesamte Milchmarkt restrukturiert. Das heißt nichts anderes, als dass der Strukturwandel weiter verstärkt wird. Bei dieser Versammlung haben die Milchbauern draußen vor der Tür bleiben müssen und haben demonstriert. Es war ein bisschen unheimlich. Man hat die Kuhglocken gehört. Jeder in der Versammlung wusste: Draußen stehen die Milchbauern und demonstrieren wegen der schlechten Milchpreise. Das wurde aber mit keinem Wort erwähnt. Das war auch sehr traurig. Man hat sich nicht einmal herabgelassen zu sagen: Kommt herein; sagt, was los ist; ihr habt genauso eine Stimme bei uns wie alle anderen auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber gut, das ist die Entscheidung des Bayerischen Bauernverbandes. Es soll wohl nur noch in jedem zehnten Dorf ein Stall stehen, in Gewerbehallenoptik. Das ist auch ganz hübsch. Ihn kann man dann gar nicht mehr von Logistikhallen der Gewerbegebiete und von irgendwelchen windigen Industriebauten der Discounter unterscheiden. Das passt dann alles gut zusammen. Die Bauernhöfe werden verschwinden, und übrig bleiben vielleicht ein paar industrielle Agrarbetriebe. Wir müssen nur so weitermachen wie bisher,

die Dinge laufen lassen, sie dem freien Spiel der Weltmarktkräfte überlassen.

Aber wenn wir das nicht wollen, wenn wir wollen, dass die Agrarpolitik anders ausschaut, dass damit auch unsere Landschaft anders ausschaut, dass unsere Dörfer anders ausschauen, dass unsere Versorgung mit frischen und hochwertigen Lebensmitteln gesichert ist, dann müssen wir etwas dagegen tun. Hierzu haben wir auch ein sehr gutes Instrument zur Hand, nämlich die EU-Agrarzahlungen. Diesbezüglich könnten wir drei Dinge ändern; dann hätten wir gerade für diese kleinen Betriebe, für die Vielfalt in der Agrarstruktur, die – das glaube ich schon – wir uns alle wünschen, sehr viel Geld zur Verfügung.

Es wird immer gesagt, der Verbraucher zahle halt nicht mehr für die Lebensmittel. Das stimmt doch gar nicht mehr. Der Verbraucher und die Verbraucherin haben sich schon lange auf einen anderen Weg gemacht. Die verlangen schon lange ganz andere Produkte, gerade von der bayerischen Landwirtschaft. Aber gerade die bayerische Landwirtschaft bringt es nicht zustande, diese Produkte zu produzieren.

Die erste Forderung wäre die Kappung der Zahlungsansprüche: Mehr als 300.000 Euro bekommt kein Betrieb.

Die zweite Forderung wäre, die Umschichtung der Gelder von der ersten in die zweite Säule auf 15 % zu erhöhen; denn diese Mittel würden den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben zu 100 % zugutekommen. Sie sind nämlich zu 100 % EU-finanziert und müssen in der Landwirtschaft bleiben. Dies sind keine Gelder, die in die Dorferneuerung oder in andere Bereiche abwandern.

Die dritte Forderung wäre, den Aufschlag auf die ersten Hektar auszubauen. Bis zu 30 % der Gesamtsumme der Direktzahlungen könnte man zur weiteren Aufstockung dieser Gelder bereitstellen. Davon wurden in Deutschland aber nur 7 % hergenommen.

Wir sehen: Hier stünde einiges an Geld zur Verfügung.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ja. – Man muss auch immer den Dreiklang von Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung beachten. Man kann Bauern einfach nicht zu Rohstofflieferanten degradieren. Das findet aber augenblicklich statt.

Wir sollten auch im Landtag solidarisch sein. Die Berchtesgadener Milchwerke zahlen mit Abstand den

besten Milchpreis. Ich fordere die Landtagsgaststätte hiermit auf: Nehmen Sie nur noch Milch von dieser Molkerei. Das würde die Bauern enorm unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das heutige Thema ist nicht nur ein wichtiges, sondern sogar ein sehr wichtiges Thema. Das sage ich nicht nur als Ausschussvorsitzende, sondern auch als Bäuerin.

Meine Vorredner haben die miserablen Preise in der Landwirtschaft angesprochen. Sie haben die Schweinepreise angesprochen, sie haben die Milchpreise angesprochen. Aber es gibt noch viele andere Bereiche. Es gibt unter anderem auch den Getreidebereich. Sie haben auch keine Lösungsansätze dafür angesprochen. Was den Schweinefleischsektor angeht, so werden auf deutscher Ebene 118 % produziert. Das hat natürlich auch mit den Preisen zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Ich möchte jetzt meine Redezeit ausnutzen. Herr Aiwanger, Sie haben bestimmt noch später Gelegenheit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oder nicht!)

– Das haben Sie ja in der Hand. – Meine Vorredner haben also einiges angesprochen, worauf ich eingehen möchte.

Wir können im Bayerischen Landtag sicherlich nicht die Preise machen, sondern wir können nur in dem Leistungsspektrum unterstützen, das unsere Landwirte in ganz Bayern zeigen und auch ausfüllen. Dieses Leistungsspektrum ist sehr groß. Die Rahmenbedingungen gestalten wir verantwortungsvoll, auch unsere Fraktion, und erkennen diese Gemeinwohleleistungen nicht nur an, sondern haben auch vorgebaut, Herr Kollege Arnold. Wir haben nicht gewartet, bis die Landwirtschaft ganz im Wasser steht, sondern wir haben all die Jahre schon hinsichtlich der Rahmenbedingungen vorgebaut. Bayern hat sich in die Verhandlungen darüber, wie das Geld aus der ersten und zweiten Säule in den Betrieben ankommt, enorm eingebracht. Hier hat sich unser Minister intensiv eingebracht.

Es ist interessant, dass die rot-grün regierten Länder nicht von selbst auf 15 % in der ersten Säule gegen-

gen wären und die Umverteilung nicht so vorgenommen hätten. Sicherlich wäre dies auch für die bayerischen Betriebe schöner gewesen.

Es ist wichtig, dass wir in der ersten Säule sehr viel Geld haben. In dieser ersten Säule wäre für die kleinen Betriebe vielleicht noch mehr möglich gewesen. Aber die Verhandlungen sind gelaufen, und wir konnten erreichen, dass für die ersten Hektar mehr Geld da ist. Es hätte noch mehr sein können. Auch für unsere Junglandwirte ist mehr erreicht worden.

Frau Kollegin Sengl, ich denke, der bayerische Weg ist nach wie vor der richtige. Wir fördern nicht nur die Vielfalt an bäuerlichen Betrieben, sondern wir erkennen auch an, dass es hier diese Vielfalt gibt. Wir fördern nicht nur Zuerwerb, Nebenerwerb und Haupterwerb, sondern begegnen Nischen, die in einer Krise und in einer Marktverwerfung auftreten, vorher.

Das tun wir in Bayern mit vielfältigen Programmen. Es wäre schön, wenn die Politik noch mehr Einfluss auf den Preis hätte, aber es ist nicht möglich, dass wir diesen Preis gestalten. Wir können nur die Rahmenbedingungen verändern und so auf den Markt Einfluss nehmen. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft, und wir können froh sein, dass wir sie haben. Aber mit unseren Programmen – ich nenne unter anderem das KULAP – besteht Verlässlichkeit. Es ist wichtig für unsere Landwirte zu wissen, dass diese Gelder über fünf Jahre fließen und dass sie mit diesen Geldern planen können, sodass sie in diesem Rahmen auch für eine Betriebsentwicklung sorgen können.

Kolleginnen und Kollegen, dies bildet auch das ab, was wir sonst noch leisten. Das gehört zu den Rahmenbedingungen. Wir reden nicht nur davon, dass wir mehr Vielfalt wollen, sondern wir wollen die kleinen Betriebe halten und unterstützen auch hier. Ich denke, im Ausschuss sind wir uns alle einig: Dieser bayerische Weg heißt auch, dass wir zum Beispiel mit der einzelbetrieblichen Förderung unterstützen, dass wir mehr Tierwohl unterstützen, dass wir nicht nur die großen Betriebe unterstützen, sondern die Vielfalt an Betrieben fördern. Das zeichnet uns aus. Wir wollen diese Vielfalt in Bayern. Das, was wir hier geleistet haben, gibt auch den kleinen Betrieben sehr viel Halt. 80 Millionen Euro pro Jahr – was hier geleistet wird, muss uns ein Bundesland und ein europäisches Land erst einmal nachmachen.

Ich möchte das KULAP, diese Einzelmaßnahmen, herausgreifen. Selbstverständlich können diese die Entwicklung der Betriebe etwas beeinflussen.

(Horst Arnold (SPD): Etwas!)

200 Millionen Euro stehen hierfür zur Verfügung. Sagen Sie doch einmal, welches deutsche Bundesland und welches europäische Land mehr zahlt. Wenn ich das ÖPUL in Österreich nehme oder das MEKA-Programm oder dessen Nachfolgeprogramm in Baden-Württemberg nehme, stelle ich fest: Es gibt kein einziges Land, das diesen Weg derart vorangeht.

Natürlich wünschen wir uns als CSU auch, dass der Verbraucher die Vielfalt auf dem Teller honoriert.

Es wurde schon angesprochen: Bei den bayerischen Exportprodukten können wir ein Rekordergebnis verzeichnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nützt alles nichts, wenn kein Geld übrig bleibt!)

In der Zeit, in der wir diese Programme vorangebracht und uns vor allem auf die Stärkung der Unternehmen in Bayern konzentriert haben – Herr Aiwanger, das können Sie uns nicht absprechen –, haben wir auch die Strukturen in den Molkereien und eine große Vielfalt unterstützt. Das hilft uns in der jetzigen Zeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch schlechter!)

Sonst sähen die Preise in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern sicher ganz anders aus. Auch das hat etwas mit den Rahmenbedingungen für unsere 112.000 Betriebe zu tun.

Einer meiner Vorredner hat es deutlich gemacht: Natürlich wissen auch wir, dass ein Strukturwandel stattfindet. Wir versuchen mit diesen Maßnahmen jedoch, den Strukturwandel aufzuhalten. Das ist in Bayern gelungen; in den letzten zehn Jahren hat es einen Rückgang von 3 % auf nunmehr 1,5 % gegeben. Da müssen Sie sich einmal andere Bundesländer anschauen, Herr Kollege Arnold, da sieht es ganz anders aus.

(Horst Arnold (SPD): Da sind einfach die Berechnungszahlen geändert worden!)

– Herr Arnold, über die Berechnungszahlen können wir im Ausschuss sicher noch intensiv diskutieren. Das Ganze hat jedoch etwas mit unseren Rahmenbedingungen zu tun.

(Horst Arnold (SPD): Na also!)

Darüber können wir, wie gesagt, noch intensiv diskutieren.

Sie stimmen sicher mit mir darin überein, dass diese Unterstützung in den Nischenbereichen wichtig war. Das gilt auch für den Milchbereich. Ich komme in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Wettbe-

werbsfähigkeit und die Vermarktungsstrukturen zu sprechen: Wir unterstützen diese Bereiche mit 13 Millionen Euro jährlich, und das nicht erst, seitdem die Preise gesunken sind, sondern bereits seit vielen Jahren. Diese Unterstützung wird auch angenommen.

Angenommen werden auch kleine Programme in den Nischenbereichen, zum Beispiel unser VuVregio. Darüber haben wir immer wieder im Ausschuss diskutiert. Da haben Sie gesagt, das könnte auch in den anderen Bundesländern eine positive Sache sein. Fakt ist: Wir tun es, und die anderen reden nur davon. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Und bei uns ist die Krise!)

– Nicht nur bei uns sind die Preise so niedrig, Herr Kollege. Wenn Sie die Preisunterschiede anführen, dann ist es wichtig zu erwähnen, dass Bayern bei der Milch immer noch eine Differenz von 6 % bis 7 % im Vergleich zu anderen Ländern vorweisen kann, und das mit unseren Strukturen.

(Horst Arnold (SPD): Aber die Kosten sind höher!)

Ein weiteres Thema ist für uns wichtig: der Ökolandbau. Da haben wir nicht nur auf die Förderschwerpunkte gesetzt, sondern wir haben die höchsten Fördersätze aufgebaut, die es in Europa gibt. Das können Sie nicht widerlegen. Hier setzen wir auf eine weitere Nische, was wiederum den Markt in anderen Bereichen entlastet. Auch das war ein richtiger Weg, den wir hier in Bayern gegangen sind.

Für die Zukunft wird es wichtig sein, in den gesamten Strukturen in Bayern zum Beispiel die Ausgleichszulage nicht nur zu erhalten, sondern sie als wichtiges Instrument einzusetzen. Auch da geht Bayern einen besonderen Weg. Den sprechen Sie uns im Ausschuss ja auch nicht ab.

Ich möchte noch einen weiteren Schritt erwähnen, den andere Bundesländer zur Bewältigung dieser schwierigen Preissituation auch nicht gemacht haben: Wir in Bayern haben die Direktzahlungen im Dezember vergangenen Jahres sofort ausbezahlt. Da richte ich den Dank an unseren Minister dafür, dass nicht nur genügend Mitarbeiter zur Verfügung gestanden haben, sondern dass er auch Prioritäten gesetzt hat. Alle anderen Zahlungen wurden vorgezogen; das hat kein anderes Land gemacht. Auch das hat zu einer Entlastung beigetragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man kann uns nicht absprechen, dass wir auf dem Markt nicht nur unterwegs sind, sondern dass wir auch die

Rahmenbedingungen effektiv gestalten. Die Vorschläge zum Thema Milch – das kam von der Kollegin Brendel-Fischer – sind im Bund eingebracht worden; sie haben dort auch Gehör gefunden.

Sie hingegen hatten den Vorschlag, man solle eine Kuhprämie einführen. Wir haben aber gesagt: Nein, in der Sozialversicherung muss zusätzlich Geld in die Hand genommen werden. Wir wollen nicht mehr Bürokratie, sondern wir wollen, dass dieses Geld bei den Schweine- und Milchbauern ankommt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass es hier zu einer Entlastung in Höhe von 16 % gekommen ist. Das alles sind effektive Maßnahmen, die hier greifen.

Gleich wird noch ein weiterer Redner von unserer Fraktion auf einige andere Punkte eingehen.

(Zuruf von der SPD: Hauptsache: reden!)

Ich bin der Meinung, dass es sich um wichtige Instrumente handelt und wir insgesamt auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Erhalt unserer bäuerlichen Kulturlandschaft, der Erhalt unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe, die regionale Produktion und damit auch die Qualitätssicherung – das sind ganz wesentliche Elemente unserer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, sprich unserer Agrarpolitik.

Das war auch der Anlass, warum wir als Fraktion der FREIEN WÄHLER heute anlässlich der Aktuellen Stunde dieses Thema auf den Schild gehoben haben. Die Bauern befinden sich im Moment in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Sie durchlaufen ein völlig ausuferndes Betriebsvernichtungsprogramm – das kann man so sagen –,

(Zustimmung bei den FREIEN WÄHLERN)

bedingt durch Preisdumping bei Milch – wir haben es gehört –, bei Fleisch und bei Getreide. Die Beispiele sind genannt worden; ich will sie nicht wiederholen.

Ausgelöst, wesentlich verstärkt und in der Intention so verstetigt ist das Ganze durch eine Entwicklung, die weder die Landwirtschaft noch sonst jemand zu verantworten hat, sondern diese Misere hat ausschließlich die Politik zu verantworten: Die Rede ist vom Russland-Embargo.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Ach was!)

Das Russland-Embargo ist ein ganz wesentlicher Auslöser dieser Krise und der Verstetigung dieser Krise.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch erst im August 2014 gekommen! Seit 2013 fallen die Preise!)

Wir reden in Bayern, wenn es um Finanzierung geht – wer anschafft, der zahlt –, vom sogenannten Konnexitätsprinzip. Das muss auch hier gelten. Hier müssen entsprechende Ausgleichszahlungen für die Preisverluste und für die Einbrüche geleistet werden; denn die Landwirtschaft hat das Problem nicht verursacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wozu führt denn diese Entwicklung? – Ich möchte das am Beispiel der Ferkelproduktion in Bayern bzw. in Deutschland verdeutlichen. Vor rund zehn Jahren haben wir rund eine Million Ferkel aus den Niederlanden nach Deutschland geholt; im letzten Jahr waren es 6,8 Millionen Ferkel aus Dänemark und 4,9 Millionen aus den Niederlanden.

Wenn man dann noch die Viehverkehre von den neuen Bundesländern nach Süddeutschland miteinbezieht, dann stellt sich die Situation so dar, dass ein einziger ausgesiedelter holländischer Familienbetrieb mehr Sauen in den neuen Bundesländern hält als alle organisierten Betriebe in Schwaben und Oberbayern zusammen. Das ist der Strukturwandel, wie er derzeit stattfindet!

Wenn das so weitergeht, wird es bald keine Ferkelerzeuger mehr geben, dann wird es auch keine kleinen Milchviehhaltungen mehr geben. Dann haben wir ein ganz anderes Kulturgefüge. Die Sache ist es wert, dass wir heute miteinander darüber sprechen und über passende Maßnahmen diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Maßnahmen. Ganz wesentlich ist bereits eine Maßnahme im Vorgriff. Es ist zwar von meiner Kollegin schon gesagt worden, aber ich will es doch noch einmal ausführen: TTIP und CETA bedeuten ganz wesentliche Einschnitte – wenn das denn so kommen sollte – zulasten unserer Landwirtschaft und unserer bäuerlichen Betriebe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt dazu entsprechende Gutachten und Studien. An anderen Orten können Getreide, Rindfleisch und Schweinefleisch bedeutend billiger produziert werden als bei uns. Durch den massiven Einsatz von Gentechnik, durch niedrigere Energiepreise, durch niedrigere Grenzwerte bei Pestiziden und vieles andere mehr gibt es in den USA und Kanada enorme Preisvorteile gegenüber Deutschland. Wir sprechen von der zehnfachen Fläche pro Betrieb. Man muss sich diese wirtschaftlichen Fakten einmal vor Augen halten. Das alles geht zulasten unserer bäuerlichen Strukturen.

Das US-Agrarministerium hat hierzu eine Studie erstellen lassen. Diese kommt zum gleichen Ergebnis wie eine Studie des Europaparlaments vom letzten Jahr. Dort heißt es: Die Wertschöpfung durch TTIP wird in den USA um 0,4 % zunehmen, in Europa hingegen um 0,5 % abnehmen. Noch weiter verstärkt sich diese Tendenz in Deutschland: Dort werden es 0,7 % weniger sein. Diese Entwicklung führt also auch innerhalb Europas zu einer wahnsinnigen Wettbewerbsverzerrung, und zwar zum Nachteil unserer kleinstrukturierten Betriebe hier in Bayern. Es ist ganz wichtig, das noch einmal zu betonen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleichzeitig wird der US-Agrarexport in Höhe von 5,5 Milliarden Dollar zunehmen. Die Ausgangssituationen sind einfach unterschiedlich. Man kann sie nicht alle auf niedrigster Ebene nivellieren; denn bei uns gelten ganz andere Ansprüche an Lebensmittelsicherheit, an Technologie und so weiter. Wir haben auch andere Möglichkeiten zu helfen. Das Thema Marktkonzentration – Tengelman mit EDEKA – haben wir im Landtag gehabt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Tengelman und EDEKA!)

Wir haben auch über das Wettbewerbsrecht und viele andere Themen gesprochen. Außerdem sind steuerliche Hilfen notwendig.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Zu nennen sind auch die Marktentlastungsmaßnahmen. Wir haben viele Möglichkeiten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten sie einfach ergreifen. Das ist auch der Auftrag an die CSU. Die CSU stellt die vielen Programme als das ganz große Heil dar. Das große Heil liegt aber nicht in den Programmen, sondern in den Taten. Diese Taten sollten wir letztendlich auch angehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Kreitmair.

Anton Kreitmair (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem Jahr 2009 haben wir mit Abstand die niedrigsten Preise auf dem Agrarmarkt. Natürlich müssen wir die Bauernhöfe retten. Verehrte Frau Sengl, fahren Sie heim nach Traunstein und Berchtesgaden und sagen Sie: Wir wollen keinen Millexport mehr. Wenn Sie das durchbringen, kann die Hälfte der Betriebe aufhören. Wir können nicht immer wieder von vorne anfangen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich ist das Russland-Embargo ein Problem und schadet der Landwirtschaft. Das ist jedoch die derzeitige weltpolitische Situation.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das muss entschädigt werden!)

Das kann man nicht von heute auf morgen ändern. Wir müssen realistisch bleiben. Ministerpräsident Horst Seehofer war in Russland, und das wurde kritisiert. Das Gleiche gilt auch für TTIP. Das ist doch Scheinheiligkeit!

(Beifall bei der CSU)

Die Grenzen sind festgelegt. Wenn die Grenzen eingehalten werden, ist das in Ordnung. Die FREIEN WÄHLER sind auch dafür. Wenn Sie heute so und morgen so reden, ist das auch keine Politik.

(Beifall bei der CSU)

Um die Bauernhöfe zu retten, muss Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht gelten. Das ist ganz wichtig. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht zur Aufgabe gezwungen werden, weil die Auflagen nicht mehr erfüllbar sind. Die Düngeverordnung, die Beibehaltung der Güllelagerkapazität, die praxisgerechte Regelung der Ausbringungsmöglichkeit, die deutliche Anhebung der Bagatellgrenzen, die Düngeplanung sowie die Beibehaltung moderater Sperrfristen beschäftigen die kleinen Betriebe.

(Horst Arnold (SPD): Die Krise ist jetzt!)

– Genau das haben wir jetzt. Das Düngeproblem besteht jetzt. Sie blockieren doch in Berlin.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das ist doch schon längst in Brüssel!)

Ich schaue auch nach links. Die NEC-Richtlinie sollte einfach ausgestaltet werden. Die kleinen Betriebe sind doch betroffen. Wir haben 110.000 bäuerliche Familienbetriebe in Bayern.

(Horst Arnold (SPD): Noch!)

Diese wollen wir erhalten. Die Einkommensgrundlage ist bei uns die Tierhaltung. Man kann die Tierhaltung nicht wegbürokratisieren. Das ist auch ein Kernproblem. Ich nenne auch die Emissionsminderung, die Weiterentwicklung moderner Tierhaltungsformen und die Überarbeitung der TA Luft. Die Bauvorhaben kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe sind mit wahn-sinnigen Auflagen verbunden. Sie müssen sich damit befassen. Ich bitte die Opposition, zum Wohle der Landwirtschaft dieses Thema mitzugestalten. Sie sollten inhaltlich nicht immer kritisieren. Das wäre ganz wichtig.

Ich komme zu den Tierwohlstandards. Das Tierwohl – das Schnäbelkürzen bei Geflügel – ist ganz wichtig. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Allerdings muss es umsetzbar sein. Wenn das nicht machbar ist, verlagert sich die Produktion ins Ausland. Das wollen wir doch alle nicht.

Die Dokumentationspflicht ist unverhältnismäßig für die bäuerlichen Betriebe. Die Bürokratie ist enorm – auch mit Blick auf Berlin. Das gilt auch für den Bundesrat, um das deutlich zu sagen. Was brauchen wir, um Bauernhöfe zu retten? – Wir brauchen konkrete Vorschläge zur Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Wir brauchen ein steuerliches Entlastungspaket. Wir brauchen eine steuerliche Risikoversorge, wie sie seit vielen Jahren gefordert wird. Dies kann man umsetzen. Das würde der Landwirtschaft wirklich dienen. Wir brauchen Schuldentilgungsfreibeträge und Initiativen zur Absatzförderung. Wenn wir über 100 % produzieren, müssen wir verkaufen und exportieren. Das ist das Einmaleins der Landwirtschaft. Das ist von enormer Bedeutung.

Die Kontrollen müssen vereinfacht werden. Frau Angelika Schorer hat es angesprochen. Wir müssen eine Vereinfachung herbeiführen. Herr Kollege Arnold, ich stimme Ihnen zu. Der Machtkampf der großen Vier im Lebensmitteleinzelhandel stellt zurzeit ein Kernproblem dar. Ich nenne sie einmal bei Namen: EDEKA, Lidl, ALDI und REWE. Das geht zulasten der Landwirtschaft und der Bevölkerung. Sie müssen Verantwortung für unseren Staat und unsere Gesellschaft übernehmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt der Fusion zugestimmt!)

– Herr Aiwanger, bleiben Sie realistisch.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe. Das Thema ist mir wichtig. Die Bäuerinnen und Bauern arbeiten mit hoher Verantwortung für Mensch, Tier und Umwelt, um Lebensmittel in bisher nicht gekannter Vielfalt und hoher Qualität herzustellen. In diesem Punkt sind wir uns hoffentlich einig. Die Bauern benötigen eine breite gesellschaftliche Anerkennung, um ihren Aufgaben motiviert nachgehen zu können. Dumpingpreise bei Lebensmitteln sind der falsche Weg. Die Bauern wollen unsere Heimat gestalten. Wir brauchen die politische Unterstützung aller Parteien. Ich schaue von meiner Seite aus gesehen zur linken. Ich bitte Sie mitzuhelfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Für eine abschließende Stellungnahme hat Herr Staatsminister Brunner ums Wort gebeten.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den FREIEN WÄHLERN, dass sie dieses Thema in der aktuellen Stunde aufgegriffen haben. In der Tat bin ich der Meinung, dass die Situation in der Landwirtschaft sehr besorgniserregend ist. Neben den Milchpreisen wurden zu Recht auch die Ferkelpreise, die Schweinepreise, die Getreidepreise, aber auch Zucker und andere Produkte angesprochen. Die Landwirtschaft steht allgemein unter Druck, nicht nur in Bayern und Deutschland, sondern in der gesamten Europäischen Union und weit darüber hinaus. Neuseeland, das allgemein als günstiges Milcherzeugerland gilt, erwägt eine Abschlichtprämie für Milchkühe. Das zeigt, dass Neuseeland mit ähnlichen existenziellen Problemen kämpft.

(Horst Arnold (SPD): Richtig!)

Sie können sicher sein, dass der bayerische Landwirtschaftsminister besorgt ist, aber mit Tatendrang versucht, die Probleme in den Griff zu bekommen oder zumindest Lösungsbeiträge zu leisten, wo es nur denkbar ist. Ich trinke nicht nur sehr viel Milch, sondern träume auch von Ferkelpreisen. Ich versuche, in Berlin und Brüssel meine Vorstellungen einzubringen. Liebe Vertreter der Opposition, auch wenn die Lage schwierig ist, sollten Sie nicht verkennen, dass jeder dritte Bauernhof Deutschlands nach wie vor in Bayern bewirtschaftet wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie lange noch?)

Wir haben 32.000 Milcherzeuger. Wir haben 60 Molkerereien.

(Horst Arnold (SPD): Vor ein paar Jahren waren es 50.000!)

Gestern habe ich ein Gespräch mit dem sächsischen Landwirtschaftsminister geführt. Sachsen hat 1.100 Milchviehbetriebe. Wir haben 32.000 Milchviehbetriebe. Wenn der Bauernstand in Gefahr gerät, gehen auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum im vor- und nachgelagerten Bereich flöten. Die Attraktivität und Vitalität des ländlichen Raumes leidet. Die Vielfalt unserer Kulturlandschaft wird einen Abbruch erleiden. Die Landwirtschaft umfasst eine gesamtgesellschaftliche Dimension, derer wir uns immer wieder bewusst werden sollten.

Von Ihnen kann niemand ernsthaft behaupten, dass Bayern seine Hausaufgaben nicht machen würde. Wir haben ein Umweltprogramm in einer Dimension wie noch nie zuvor aufgelegt. Es umfasst 200 Millionen Euro im Jahr 2015, wurde also um 20 Millionen Euro ergänzt. Selbst heuer wurden weitere 9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, weil dieses Programm von unseren Bauern überdurchschnittlich gut angenommen wurde, sodass wir kaum allen Wünschen nachkommen konnten. Wir geben für die Ausgleichszulage 110 Millionen Euro und für die Investitionsförderung 75 Millionen Euro aus. Wir haben in Berlin durchgesetzt, dass die Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung um 78 Millionen Euro angehoben wurden. Das bedeutet eine Beitragsentlastung von rund 16 % für jeden Betrieb. Wir haben auch erreicht, dass Brüssel zumindest 490 Millionen Euro für ein Liquiditätsprogramm zur Verfügung stellt, davon rund 70 Millionen Euro für Deutschland. Ein Drittel dieses Geldes wurde von bayerischen Landwirten in Anspruch genommen. Das reicht aber nicht. Das sind Schmerzmittel.

(Horst Arnold (SPD): Richtig!)

Ich bin der Meinung, dass wir an die Ursache heranzoomen müssen. Derzeit haben wir trotz oder wegen des Preisverfalls, gerade bei der Milch, zusätzliche Mengen, weil viele Milcherzeuger glauben, mit mehr Menge den Preis kompensieren zu können. Das bedeutet, dass es in Irland seit seinem Ausstieg aus der Milchkontingentierung ein Plus von 20 % gibt. Ähnlich ist es in Holland und in Polen. Auch in Deutschland werden wir eine zusätzliche Menge von mehr als 5 % haben. Die Probleme mit Russland, mit China, auf den Weltmärkten und in den Krisengebieten des Nahen Ostens führen dazu, dass der Markt nicht mehr diese Mengen zu wertschöpfenden Preisen abnimmt. Das ergibt dann diese insgesamt schwierige Situation.

Deshalb freue ich mich, dass bei der letzten Agrarministerkonferenz in Fulda mein Vorschlag auch von den Roten und den GRÜNEN einstimmig angenommen wurde, über diese momentan notwendigen Hilfsprogramme und über finanzielle Erleichterungen und Zuschüsse für Sozialversicherungen hinausgehende Maßnahmen zu überlegen. Ich habe gesagt: Es darf keine Denkverbote geben. Wir müssen auch in die Richtung mengenregulierender Elemente, in die Richtung von Versicherungslösungen und in die Richtung von Molkereilösungen denken. Das wird gerade in der Schweiz, in Holland und in anderen Ländern angebracht. Wir brauchen eine große Kreativität, wenn wir mittelfristig ein tatsächlich funktionierendes Sicherheitsnetz haben wollen.

Ich habe immer schon vor einem total liberalisierten Milchmarkt gewarnt. Zu Recht wurde heute betont, dass wir eine soziale Marktwirtschaft haben. Ich fordere Leitplanken, damit die Volatilität des Marktes nicht grenzenlos wird. Ich stelle aber auch fest, dass Mengen und Größe keine Lösung sind. Reden Sie einmal mit den Bauern der nord- und ostdeutschen Betriebe. Diese haben mindestens dieselben existenziellen Sorgen. Sie müssen Fremdarbeitskräfte bezahlen, sie haben Fremdkapital und vieles andere mehr. Ich denke, unsere bäuerlichen Betriebe sind eher in der Lage, solche Krisensituationen zu überstehen, aber nicht dauerhaft.

Deswegen führe ich auch Gespräche mit dem Lebensmitteleinzelhandel, mit REWE, mit Lidl und mit EDEKA. Ich war vor 14 Tagen auf einem Milchgipfel in Brüssel. Ich habe mit der Kommission und mit allen Parteien Gespräche geführt. Gestern war ich in Berlin. Wir bereiten uns auf die nächste Agrarministerkonferenz vor. Ich habe Brüssel aufgefordert, die gesamten 818 Millionen Euro, die die Milchbauern in Form einer Superabgabe bezahlt haben, ausschließlich wieder dieser Branche zur Verfügung zu stellen. Sie können sicher sein, dass ich keine Gelegenheit auslassen werde, um auch marktsteuernde Elemente nachhaltig einzuführen, auch wenn wir die einzelbetriebliche Quotierung nicht wiederhaben wollen. Das will niemand. Wir brauchen aber Leitplanken und wollen dafür sorgen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern mit ihrem unternehmerischen Know-how wirtschaften können.

Ich schließe mich der Meinung von Herrn Kreitmair an, der gesagt hat, dass das zweite große Problem die zunehmende Bürokratie sei. Wir haben Dokumentations- und Aufschreibepflichten. Die Kontrollen werden immer mehr. Die Landwirte wissen kaum noch, wie sie die Verordnungen noch einhalten sollen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe manchmal den Eindruck, die größten Probleme für die bayerischen und deutschen Landwirte sind einerseits sicherlich die Marktpreise, andererseits aber auch Bundesumweltministerin Hendricks und ihr Staatssekretär.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Sie bereiten uns größte Probleme und sorgen dafür, dass unsere Bauern oftmals der Mut verlässt. Sie können sicher sein: Wir werden auch in Zukunft auf den Markt in Bayern setzen.

(Horst Arnold (SPD): Und wo ist Herr Schmidt?)

Wir setzen nicht auf Masse, sondern auf Qualität und Premiumprodukte. Wir haben immerhin noch einen Milchpreis um die 30 Cent. Laut dem Agrarminister aus Sachsen liegt der Preis dort bei 23 Cent. Diesen Abstand wollen wir dauerhaft für unsere Bäuerinnen und Bauern sichern.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
für ein Bayerisches Ingenieurgesetz
(Drs. 17/10310)**

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beläuft sich auf 24 Minuten. Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung durch Herrn Staatssekretär Pschierer begründet. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem es sich hier um die Erste Lesung handelt, möchte ich mich auf das Wesentliche beschränken. Hier geht es um die Neufassung des Bayerischen Ingenieurgesetzes. Wer die Wirtschaftsstruktur des Freistaates Bayern kennt, weiß, dass gerade der Freistaat Bayern ein Ingenieurstandort par excellence ist, mit Vor- und Nachteilen. Wir haben auf dem Arbeitsmarkt eine sehr große Nachfrage. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ingenieure ist in den letzten Jahren in Bayern deutlich gestiegen. Das ist ein Zeichen des Wirtschaftswachstums. Licht und Schatten liegen aber sehr nahe beieinander. Das Problem ist, dass die Zahl der offenen Stellen bei Weitem die Zahl der Arbeitslosen in den Ingenieurberufen übersteigt. Das bedeutet, auf jeden

arbeitslos gemeldeten Ingenieur entfallen deutlich mehr als drei offene Stellen.

Für uns bedeutet das: Der bayerische Arbeitsmarkt ist für Ingenieure aus dem Ausland besonders attraktiv. Dabei ist das Führen der Berufsbezeichnung gesetzlich geregelt, und das aus gutem Grund. Zum einen geht es darum, einen rechtlichen Rahmen für die berufliche Anerkennung zu schaffen. Zum anderen geht es aber auch darum, die hohe Qualität des Berufsstands zu sichern. Dieses Bayerische Ingenieurgesetz regelt, wer die Berufsbezeichnung "Ingenieurin" oder "Ingenieur" führen darf. Ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes ist die Verleihung der Berufsbezeichnung an Absolventen ausländischer Hochschulen. Absolventen inländischer Hochschulen benötigen dafür keine Genehmigung. Dieses Ingenieurgesetz wurde bereits mehrfach an das EU-Recht angepasst. Aktuell ist eine Anerkennung der Berufsanerkenntnisrichtlinie umzusetzen.

Diese Umsetzung von EU-Recht hat mein Haus zum Anlass genommen, das Ingenieurgesetz deutlich zu straffen und mit dem Ziel zu modernisieren, ein neues Bayerisches Ingenieurgesetz zu erlassen. Ich will die wichtigsten Neuerungen ganz kurz zusammenfassen: Die Berufsbezeichnung "Ingenieur" bzw. "Ingenieurin" darf in Bayern führen, wer ein Studium von mindestens sechs Semestern in einer technisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtung mit Erfolg abgeschlossen hat.

Wir wollen außerdem festschreiben, dass die Studieninhalte zu mehr als 50 % aus den sogenannten MINT-Fächern stammen müssen, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Neu ist vor allem, dass die Gleichwertigkeitsprüfung für ausländische Berufsqualifikationen zukünftig analog zu anderen reglementierten Berufen erfolgt. Das Bayerische Ingenieurgesetz bezieht sich zukünftig weitgehend auf das Bayerische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz. Damit schaffen wir in Bayern eines der schlankesten Ingenieurgesetze aller 16 Bundesländer.

Der Staatsregierung ist außerdem wichtig, dass die Selbstverwaltung der freien Berufe ebenfalls gestärkt wird. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau wird für die Anerkennung ausländischer Qualifikationen zuständig sein, und zwar in den Bereichen, die ihren wesentlichen Mitgliederbestand ausmachen. Darüber hinaus wird es bei der Zuständigkeit der Regierung von Schwaben für den gesamten Freistaat Bayern bleiben. Bei der Regierung von Schwaben ist die Verantwortlichkeit für ganz Bayern gebündelt. Bislang hat die Regierung von Schwaben diese Aufgabe hervorragend gemeistert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Verbandsanhörung hat gezeigt, dass wir mit diesem Gesetzentwurf auf dem richtigen Weg sind. Die Wirtschaft des Freistaates Bayern hat keine grundlegende Kritik an dem Entwurf geübt; er wurde sogar begrüßt. Auch die Hochschulen haben sich vergleichsweise moderat geäußert. Wohlgermerkt, in anderen Ländern mit stärker regulierenden Entwürfen sieht es ganz anders aus. Wir wollen, dass in Bayern auch in Zukunft Ingenieurleistungen geschaffen und in die ganze Welt exportiert werden. Das Bayerische Ingenieurgesetz wird dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon gesagt, 2013 ist eine neue EU-Richtlinie zur Berufsankennung erlassen worden. Mit dem Bayerischen Ingenieurgesetz wird diese Richtlinie jetzt umgesetzt. Dabei beschränkt sich das Bayerische Ingenieurgesetz – auch das ist schon erwähnt worden – auf die spezifischen Besonderheiten. In allen anderen Fällen verweist es auf das BayBQFG, das Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen.

Das alte Ingenieurgesetz wird aufgehoben und durch das neue Bayerische Ingenieurgesetz ersetzt. Das dient dem Schutz der Berufsbezeichnung "Ingenieur" oder "Ingenieurin". Wir begrüßen dieses neue Gesetz im Großen und Ganzen. Insbesondere begrüßen wir, dass die Ingenieurekammer-Bau für die Anerkennung von Abschlüssen im Bauingenieurwesen sowie in der Gebäude- und Versorgungstechnik zuständig sein wird. Für alle anderen Bereiche ist wie bisher in bewährter Weise die Regierung von Schwaben zuständig.

Das Gesetz regelt auch, wie mit Anträgen von Personen zu verfahren ist, in deren Herkunftsland der Ingenieurberuf nicht wie in Deutschland reglementiert ist. Hier sind dann Ausgleichsmaßnahmen, Ergänzungs-kurse oder Ergänzungsprüfungen notwendig. Das Gesetz legt fest, dass Ausbildungsnachweise aus Drittstaaten grundsätzlich die gleichen Anforderungen erfüllen müssen, die an ein Ingenieurstudium in Deutschland gestellt werden. Das Gesetz legt aber auch klar, dass die Berufsbezeichnung "Ingenieur" keinen Einfluss darauf hat, ob man eine bestimmte Tätigkeit ausüben darf oder nicht.

Zur Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur" ist bei den hybriden Studiengängen festgelegt, dass sie überwiegend Studieninhalte aus den MINT-Fächern enthalten müssen. Das ist auch gut so; denn unsere

Bürger haben bestimmte Erwartungen an einen Ingenieur: Er muss sich mit Technik auskennen. Wo Ingenieur draufsteht, muss auch Technik drin sein. Die Berufsbezeichnung "Ingenieur" ist damit auch ein Gütesiegel. Die deutsche Ingenieurskunst ist in der ganzen Welt bekannt und anerkannt.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, können daher nicht nachvollziehen, warum der Gesetzentwurf bei Wirtschaftsingenieuren eine Ausnahme macht und keine Mindestanforderung an technische Studieninhalte stellt. Rein theoretisch reicht für die Führung des Titels "Wirtschaftsingenieur" eine einzige technische Unterrichtseinheit. Damit besteht die Gefahr, dass ein BWL-Studiengang in einen Wirtschaftsingenieur-Studiengang umdefiniert wird. Zudem besteht die Gefahr, dass auch andere hybride Studiengänge einfordern, am Ende den Ingenieurtitel vergeben zu dürfen. Über dieses Thema werden wir aber noch im Ausschuss ausgiebig diskutieren. Ich hoffe, dass wir in diesem Punkt eine Änderung erreichen. Ansonsten stimmen wir dem Gesetz voll zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist Kollegin Haderthauer.

Christine Haderthauer (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatssekretär hat die Inhalte des Gesetzentwurfs bereits dargestellt. Ich möchte auf drei Aspekte näher eingehen, die im Rahmen der gesetzgeberischen Ausgestaltung zur Diskussion standen.

Zunächst noch einmal zur Erinnerung: Das Gesetzgebungsvorhaben hat ein Oberziel, nämlich die bessere Vergleichbarkeit und vor allem Übertragbarkeit von ausländischen Berufsabschlüssen. Deshalb gehört der Ingenieur jetzt auch zum Anwendungsbereich des Bayerischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes. Vor diesem Hintergrund sollte es in der Tat kein Dauerzustand sein, dass es noch keine einheitliche nationale Regelung gibt. Denn gerade bei dem Mangelberuf Ingenieur müssen wir die nationale Mobilität zuvörderst im Auge haben, wenn wir uns jetzt schon mit der internationalen Mobilität beschäftigen. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass das bayerische Wirtschaftsministerium sich in der Abstimmung mit den anderen Ländern befindet und in der Wirtschaftsministerkonferenz das Ziel verfolgt, in der Ad-hoc-Arbeitsgruppe eine Harmonisierung der diversen verschiedenen Länderregelungen herbeizuführen.

Ein paarmal ist gefordert worden, das Gesetzgebungsverfahren auszusetzen und zunächst eine Harmonisierung herbeizuführen, weil die Regelungen der Länder so unterschiedlich sind. Das ist richtigerweise

nicht gemacht worden; denn für die Umsetzung der EU-Richtlinie galt eine Frist, die jetzt im Januar abgelaufen ist. Deswegen und auch aus anderen Gründen halte ich es für richtig, dass Bayern mit diesem neuen Ingenieurgesetz die Weichen gestellt hat und dass man jetzt im Rahmen der Länderharmonisierung schaut, was sich bewährt hat und was wir auf nationaler Ebene zusammenbringen können.

Unsere Bitte lautet aber, und darüber werden wir auch im Ausschuss diskutieren: Bei aller Eigenständigkeit Bayerns darf gerade im Ingenieurwesen das Oberziel der Übertragbarkeit auf internationaler Ebene nicht durch nationale Stolperstellen konterkariert werden. Der Ingenieurberuf ist ein Beruf, der sehr von der Internationalität lebt.

Der zweite Aspekt: Gerade vor dem Hintergrund der internationalen Anerkennung gehen die gesetzgeberischen Entscheidungen auch in Bezug auf die Kritikpunkte, die im Rahmen der Verbandsanhörung gekommen sind, in die richtige Richtung. Sicherlich gibt es für jeden Einwand gute Gründe und berechtigte Interessen. Die gesetzgeberischen Entscheidungen, die getroffen worden sind, orientieren sich aber vorrangig daran, später eine Harmonisierung mit den anderen Ländern zu erzielen. Deswegen wurden beispielsweise bei der Beschreibung des Anwendungsbereichs, bei der Regelung über die Abgrenzung zu den reinen Naturwissenschaften genauso wie bei der Entscheidung über den Umgang mit den Wirtschaftsingenieuren – Frau Kollegin Karl, Sie haben es angesprochen, darüber werden wir sicherlich noch diskutieren – zunächst einmal die Regelungen gewählt, die auch in anderen Ländern gewählt worden sind, um eine nationale Einheitlichkeit anzustreben.

Das Gleiche gilt für den Bestandsschutz. Wenn zum Beispiel jemand ein Studium schon begonnen hat, stellt sich die Frage: Fällt er dann noch unter die alte Regelung oder schon unter die neue? Auch hat man sich dazu entschieden, eine Teilzuständigkeit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau einzuführen. Das ist gerade vor dem Hintergrund der Harmonisierung mit den anderen Ländern sachgerecht.

Kolleginnen und Kollegen, im Spannungsfeld zwischen dem Qualitätsniveau im deutschen Ingenieurwesen und dem Ziel der Anerkennung und Übertragbarkeit von Berufsabschlüssen im Ausland ist der vorliegende Gesetzentwurf ein gelungener Wurf. Das deutsche Ingenieurwesen hat über 150 Jahre eine beeindruckende Erfolgsgeschichte geschrieben. Bei aller Sympathie für europäische Vereinheitlichungsbestrebungen sollten wir mit der Qualität der Ausbildung und den gebotenen Anforderungen an die Berufsbezeichnung dazu beitragen, dass der deutsche Mar-

kenkern im Ingenieurwesen bei bestmöglicher Anerkennung ausländischer Abschlüsse erkennbar und erhalten bleibt. Das gewährleistet dieser Gesetzentwurf, und deshalb werden wir darüber auch im Ausschuss zustimmend diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Neuauflage des Bayerischen Ingenieurgesetzes, über das wir jetzt in den Ausschüssen diskutieren werden, stellt es sich für uns, die FREIEN WÄHLER, so dar, dass wir gezwungen wurden, dieses Gesetz zu erlassen. Ob es für die Zukunft ein gutes Gesetz sein wird, wird sich zeigen. Die letzten Worte der Kollegin Haderthauer sind entscheidend. Für uns stellt sich folgende Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Beim Meister haben wir es bei über 50 Berufen in Deutschland nicht geschafft, den Meistertitel zu schützen. Das muss uns klar sein. Damit senken wir Standards und Niveaus ab. Dieses Absenken von Standards und Niveaus möchten wir FREIE WÄHLER beim Ingenieurstudium auf keinen Fall akzeptieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir schon zur Absenkung von Standards gezwungen werden, sind wir auf europäischer Ebene als das größte Zahlerland innerhalb der Europäischen Union angehalten, die Standards mit festzulegen. Ich kann doch am Ende der Harmonisierung nicht alle Standards absenken und mich auf ein Niveau begeben, bei dem alle anderen mitgenommen werden können. Das will ich nicht mittragen. Das wollen wir FREIE WÄHLER nicht mittragen. Das ist ganz entscheidend für unsere Wirtschaft hier in Deutschland und in Bayern. Deshalb wollen wir, dass das Niveau so hoch wie möglich gehalten wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Gesetz findet sich der Passus, dass, wer einen Beruf innerhalb von zehn Jahren ein Jahr lang durchgängig ausgeübt hat, möglicherweise als Ingenieur zugelassen wird. Wir haben es Gott sei Dank hinbekommen, dass unsere Ingenieurekammer-Bau und die Regierung von Schwaben diese Zulassungsvoraussetzungen noch prüfen können. Die Frage für uns ist doch, ob wir es, wenn jemand klagt, tatsächlich schaffen, diesen nationalen Standard zu verteidigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir zurück. Jetzt kommen die Fußball-Weltmeisterschaften wieder

zur Sprache. Schauen Sie sich die Fußball-Weltmeisterschaften 2006, 2010 und 2014 an. Die Stadien weltweit sind in deutschen Ingenieurbüros geplant worden, und zwar durchgängig. Sie finden dort Ingenieure der Medientechnik, der Versorgungstechnik, Architekten, Bauingenieure, also genau das, was letztendlich die Qualität und die Sicherheit eines Stadions – Brandschutz, die Atmosphäre und die Qualität der Akustik sowie die sanitären Einrichtungen – ausmacht. All das ist Export "Made in Germany".

Deshalb wollen wir im Ausschuss eines sicherstellen. Wir wollen keine Diskussion, nur weil sie uns wieder einmal von Europa zugespielt wurde, und wir wollen nicht, dass wir am Ende unsere Berufsstandards wie den Diplom-Ingenieur opfern. Wir sind der Meinung, dass "Made in Germany" und Qualitätsingenieure ein Gütesiegel für Vollbeschäftigung in einem Land wie Deutschland sind. Wir sind momentan das Land in Europa, das dadurch mit Sicherheit den größten wirtschaftlichen Erfolg hat. Deshalb sage ich: Es darf keine Absenkung der Standards geben. Ich freue mich auf die Debatte. Wir werden versuchen, so viel wie möglich zu verteidigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen bestimmte Punkte im Rahmen der Änderungen, die beim Bayerischen Ingenieurgesetz vorgenommen werden, beispielsweise die stärkere Stellung und Einbeziehung der Ingenieurekammer-Bau; aber wir möchten auch Kritik üben, nämlich daran, dass es sich hier wiederum um eine spätestmögliche Umsetzung einer europäischen Richtlinie handelt, und zwar um eine solche, die im Grunde ähnliche Schwächen aufweist wie die entsprechende Umsetzung im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gehört, dass nicht einmal bundesweit eine einheitliche harmonische Regelung zustande gekommen ist. Wir kritisieren weiterhin, dass sehr viel unregelt und unklar ist, zum Beispiel dass keine Kostenobergrenzen oder Kostenkorridore für die entsprechenden Anerkennungsverfahren dargelegt werden. Genauso wenig werden Fristen dargelegt, innerhalb derer bestimmte Anerkennungsverfahren abgewickelt werden müssen. Wir kritisieren, dass kein systematisches und ausreichendes Angebot für Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen auf-

gezeigt worden ist und dass keine Klärung des Rechtsstatus derjenigen, die diese Anpassungs- und Nachqualifizierungsverfahren durchführen können, erfolgt. Wir kritisieren, dass letztlich keine Angaben über die Dauer und die Kosten dieser Verfahren gemacht werden. Auch über etwaige Darlehens- und Stipendienprogramme ist nichts festgelegt.

Wir sagen, dass diejenigen, deren Qualifikationen anerkannt sind und die bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, ihre Fähigkeiten gewinnbringend für unsere Gesellschaft einsetzen können. Wir sagen, dass Integration dann am besten gelingt, wenn sie von Anfang an stattfindet und wenn diejenigen, die zu uns gekommen sind, in diesem Fall, wenn sie Kompetenzen als Ingenieure mitbringen, diese Kompetenzen möglichst schnell anerkennen lassen können und möglichst schnell Klarheit bekommen, über welche Verfahren und über welche Wege diese mitgebrachten Qualifikationen anerkannt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen, dass dieses Gesetz unvollständig ist. Selbstverständlich können Teile noch über Verordnungen geregelt werden; aber wir kennen diese nicht, und wir wissen es nicht. Das Mindeste ist, dass dargelegt wird, was zusätzlich ergänzend geregelt und geordnet werden muss, und dass wir sagen, dass wir in circa einem halben Jahr eine ergänzende Evaluierung und Bewertung dieser gesetzlichen Änderungen wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Jawohl. Dann ist das so beschlossen.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/10311) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung durch Herrn Staatsminister Dr. Spaenle begründet. – Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! An-

lass für diesen Änderungsgesetzentwurf zum Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz ist eine Reihe von Einzelthemen. Zunächst geht es darum, in diesem Zusammenhang den Ausbau der Ganztagsangebote zu erweitern. Es geht um den Beschluss des Ministerrats und die dadurch notwendige Anpassung, die letztlich die Möglichkeit eröffnet, die offene Ganztagschule an Grundschulen und Förderschulen aller Art auf den Weg zu bringen und hierfür die entsprechenden Grundlagen zu schaffen. Es geht hierbei auch um eine Regelung, die es ermöglicht, die Leistungen der Jugend- und Eingliederungshilfe im schulischen Ganztagsangebot im kooperativen Modell zu verknüpfen. Dies soll auch die Möglichkeiten und die Situation der Freizeitbetreuung gerade in den Ferien verbessern. Wir wollen ein Instrument, das sich sehr bewährt hat, nämlich das Instrument der Schulverbände, die es bisher im Bereich der Mittelschule gibt, so weiterentwickeln, dass die Möglichkeit besteht, dies auch für die Grundschulen einzusetzen. Wir wollen hier deshalb eine Änderung des EUG bzw. dessen Weiterentwicklung, um dieses Instrument auch für den Grundschulbereich zur Standorterhaltung einzusetzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein Schüler würde einen Fünfer bekommen, wenn er so vorlesen würde wie der Minister! Ein Schüler würde "mangelhaft" bekommen, wenn er so vorlesen würde! – Annette Karl (SPD): Man hört es ganz schlecht, Herr Spaenle!)

– Das liegt doch nicht an mir.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich! An wem sonst?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wenn Sie das Rednerpult etwas höher fahren, ist das Mikrofon weiter oben.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Wenn ich den Hubschrauber so sehe

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer so un-deutlich spricht, Herr Minister!)

und von der Form auf den Inhalt schließe, dann pfiat di Gott!

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir haben in diesem Zusammenhang ebenso das Thema des Notenschutzes zu regeln. Die Zulässigkeit der Gewährung der Maßnahmen des Notenschutzes ist durch eine höchstrichterliche Rechtsprechung bestätigt. Das heißt, dass wir hier die entsprechende Zulässigkeit und Erforderlichkeit der Zeugnisbemerkung

als Instrument weiterhin zur Verfügung haben. Das Gericht hat allerdings klargestellt, dass hier aufgrund der Grundrechtsrelevanz eine Präzisierung durch den Gesetzgeber notwendig ist. Es wurden entsprechende Übergangsfristen gesetzt. Es geht nun darum, das Instrument des Notenschutzes zu präzisieren. Auf eine einheitliche Anwendung des allgemeinen, für alle Schülerinnen und Schüler geltenden Maßstabes der Leistungsbewertung mit diesem Instrument ist zu verzichten.

Aus dieser Unterscheidung resultieren differenzierte Aussagen des Gerichts zur Bedeutung der Zeugnisbemerkung. Während es beim Nachteilsausgleich, der die Chancengleichheit unter den Prüflingen wahr, keinen rechtfertigenden Grund für eine Zeugnisbemerkung gibt, sind Zeugnisbemerkungen beim Notenschutz ein zulässiges Mittel zur Wahrung der Chancengleichheit. Das ist sehr wichtig. Diese allgemeinen Aussagen gilt es nun infolge des Urteils entsprechend umzusetzen. Das bedeutet, bei körperlich-motorischen Beeinträchtigungen, bei Beeinträchtigungen in der Sprache, bei Sinnesschädigungen oder bei Autismus eine Unterscheidung mit Notenschutz zu gewähren. Bei diesen Beeinträchtigungen sind eine Bewertung mit Noten in vergleichbarer Weise sowie eine Lernzielerleichterung möglich, obwohl von den allgemeinen Leistungsanforderungen abgewichen wird. Im Sinne der Transparenz wird auch hier die nicht zu erbringende oder anders bewertete Leistung – das ist diese Form – in einer Zeugnisbemerkung benannt.

Im Weiteren geht es bei dieser Novellierung um eine Harmonisierung des BayEUG und der Schulordnungen in wichtigen Teilen. Diese Aufgabe wird jetzt durchgeführt. Die Reduzierung und die Straffung des Normenbestandes können nun in wesentlichen Teilen vorangetrieben werden. Wir haben Rückmeldungen von den Verbänden, die die Einführung der offenen Ganztagschule sehr positiv bewerten. Wir hatten die Notwendigkeit, bei der Finanzierung auf die Einwände Rücksicht zu nehmen. Die Rückmeldungen zum Notenschutz waren grundsätzlich positiv. Diese Klarstellung wurde begrüßt. Das gilt auch und gerade für die Zeugnisbemerkung. Politisch ist es wichtig, dass wir uns hier zu der besonderen Aufgabe bekennen, Menschen mit Behinderung auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Die Ausweitung der Ganztagsangebote ist nicht mit der gesetzlichen Pflicht zur Einrichtung von Ganztagsangeboten weder für den Staat noch für die kommunalen und privaten Schulträger verbunden. Für das Schuljahr 2016/2017 ist derzeit ein Ausbau im finanziellen Rahmen von 1.000 Ganztagsgruppen für die Grundschulen vorgesehen. Unsere politische Absicht ist es, auch in den kommenden Jahren jeweils in

Tausendern im Doppelhaushalt den Ausbau voranzutreiben.

Beim Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist nicht von einer umfangreichen Einrichtung von Ganztagsklassen auszugehen. Die gebundene Ganztagsklasse für geistig behinderte Kinder ist für sehr inklusiv ausgerichtete spezielle Angebote vorgesehen, von denen es in Bayern eher wenige geben wird. Eine Festsetzung der Gesamtkontingente für diesen Ausbau ist ebenfalls Gegenstand der jeweiligen Haushaltsverhandlungen. Die Errichtung eines Grundschulverbundes ändert an den gesetzlichen Aufgaben des Schulaufwandsträgers für die Grundschulen nichts. Allgemein gilt, dass Grundschulverbünde unter Beachtung des Grundgesetzes in kommunaler Selbstverantwortung vor Ort entwickelt werden. Wir kennen das von den Mittelschulen. Ich bitte, dem Gesetzentwurf bei der parlamentarischen Beratung zu entsprechen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 24 Minuten. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot." – Das habe nicht ich gesagt, sondern das hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode gesagt. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf setzt die Staatsregierung neben einigen weiteren Anpassungen nun die Regelungen um,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die im Rahmen des Ganztagsgipfels im März des vergangenen Jahres vereinbart wurden. Wesentlicher Inhalt des Ganztagsgipfels war, zu Ihrer Erinnerung, dass nun auch an den Grundschulen und Förderschulen die Möglichkeit besteht, offene Ganztagsangebote zu schaffen. Im ersten Jahr waren das 300 Angebote, in den folgenden Jahren waren es jeweils 1.000 Angebote. Das klingt erst einmal gar nicht schlecht. Wenn man allerdings bedenkt, dass es circa 25.000 Grund- und Förderschulklassen gibt, dann relativiert sich diese Zahl doch sehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss einfach feststellen: Die Staatsregierung hat in Bayern den Ausbau der Ganztagschule wie kaum ein anderes Bundesland verschlafen. Bayern weist mit 9,2 % die

drittniedrigste Quote von Ganztagschulen bei den Grundschulen auf. Der Bundesdurchschnitt liegt übrigens bei 31,3 %. Der Anteil der ganztägig betreuten Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren erreicht in Bayern im Jahr 2014 einen Wert von 31,5 %. Der Bundesdurchschnitt lag über 10% höher.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Hört, hört!)

Durchschnittlich hatten gerade einmal 5,7 % der Grundschüler 2014/2015 einen gebundenen Ganztagsplatz. Die meisten Schulkinder in Bayern werden nachmittags in Mittagsbetreuungen betreut. Auch wenn ich natürlich weiß, dass es viele Mittagsbetreuungen gibt, die gute Arbeit machen, ist es doch einfach so, dass für diese Mittagsbetreuungen eine verlässliche Hausaufgabenbetreuung und einheitliche Qualitätsstandards eben nicht festgeschrieben sind. Das ist so, obwohl wir seit Langem wissen, dass Kinder von einem guten Ganztags – und dazu zähle ich auch die Hortbetreuungen – profitieren. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Qualität ist in diesem Bereich also ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt im jetzigen Gesetzentwurf die Ferien- und Randzeitbetreuung völlig unberücksichtigt. Nach wie vor haben wir die Situation, dass für circa 200.000 Schülerinnen und Schüler in Bayern etwa 70 Tage im Jahr, nämlich an den Ferien- und Feiertagen, jegliche Betreuung fehlt. So viel zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern.

Insgesamt gesehen kann man sagen, wer in Bayern auf einen Ganztagsplatz mit Ferien- und Randzeitbetreuung angewiesen ist, der hat schlechte Karten. Er braucht viel Glück oder eine Oma oder einen Opa in der Nähe.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Einen rüstigen Opa!)

Die Vereinbarungen des Ganztagsgipfels, die nun in dieses Gesetz gegossen werden, sind zwar ein kleiner Fortschritt, aber es ist ein Fortschritt mit Trippelschritten. Es ist notwendig, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann sichergestellt werden, dass jeder, der einen Platz braucht, auch einen Platz bekommt. Das verstehen wir unter Ganztagsgarantie.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus müssen alle Ganztagsangebote in der Kernzeit kostenfrei sein. Außerdem brauchen wir bedarfsgerechte Rand- und Ferienzeitbetreuungen. Es kann doch nicht sein, dass die Ferienbetreuung in den Horten vom Freistaat Bayern mitfinanziert wird, während für den Ganztags an den Schulen die Finanzierung von den Eltern und den Kommunen alleine zu stemmen ist. Leider sind die kombinierten Angebote, die bei diesem Ganztagsgipfel beschlossen wurden, viel zu wenig. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen guten Ganztags, und guter Ganztags bedeutet multiprofessionelle Teams in den Schulen. Wir brauchen eine ausreichende Zahl von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern für die Kinder am Nachmittag. Ich muss sagen, es ist ein großes Manko des Ganztags in Bayern, dass die Finanzierung zu sehr auf Kante genäht ist. Oft ist nur das Notwendigste da. Das heißt, oft gibt es keine festen Bezugspersonen, viel zu viel Personalwechsel und viele 400-Euro-Kräfte, aber kein Fachpersonal.

Zu den anderen Punkten des Gesetzentwurfs möchte ich hier nicht mehr Stellung nehmen, weil meine Redezeit zu Ende ist. Nur so viel möchte ich noch sagen: Die Schulverbände als bewährt hinzustellen, das ist zu einfach. Die Kommunen müssen nämlich entscheiden, wie die Schulen zusammengelegt werden, wenn die Schülerzahlen zurückgehen. Da macht es sich das Ministerium sehr einfach. Der Gesetzentwurf wird jetzt im Ausschuss beraten werden; dabei kann man auf den einen oder anderen Punkt noch eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf wurde heute von der Staatsregierung eingebracht. Herr Minister, ich möchte zuallererst einmal den Punkt der Ermächtigungsgrundlage zum Notenschutz vorwegnehmen, in dem Zusammenhang auch die Frage, wie der Nachteilsausgleich vonstatten gehen kann, wenn bestimmte Handicaps vorhanden sind.

Das Ministerium kann eigentlich einen Erfolg für sich verbuchen. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Art und Weise, wie der Ausgleich in Bayern geregelt worden ist, bestätigt. Interessanterweise war der Bayerische Verwaltungsgerichtshof der Meinung, dass das bayerische Gesetz und die bayerische Vorgehensweise nicht in Ordnung wären. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Gewährung von Notenschutz ebenso wie die diesbezügliche Dokumentation im Zeugnis

komplett gedeckt. Das ist vereinbar mit dem Grundgesetz.

Ich halte es für wichtig, dass neben der Möglichkeit, Notenschutz zu gewähren, der Nachteilsausgleich erfolgen kann. Der Notenschutz greift, um ein vergleichbares Zeugnis vorlegen zu können. Für diejenigen, die einen Nachteilsausgleich brauchen, können zum Beispiel die Bearbeitungszeiten in Prüfungen verlängert werden und Ähnliches. Das ist von der bayerischen Regierung in der Vergangenheit so gehandhabt worden. Das Einzige, was das Bundesverwaltungsgericht zu kritisieren hatte, war, dass man das in ein Gesetz gießen muss, was hier auch geschieht. Von daher, muss ich sagen, war das Ministerium auf dem richtigen Weg.

Der Gesetzentwurf sieht verschiedene weitere Änderungen vor, insbesondere technische und systematische Änderungen, auf die wir heute in der Plenardebatte nicht näher eingehen müssen. Ich glaube, dass es im Ausschuss keine große Diskussion dazu geben wird.

Beim Thema Grundschulverbände können wir, glaube ich, schon festhalten, dass wegen der Erfahrungen, die wir bei den Mittelschulen gemacht haben, bei den Grundschulen eine stärkere Berücksichtigung der Interessen vor Ort angezeigt ist. Das schaffen wir durch die Grundschulverbände. Wir reden immer wieder von einer Zusammenarbeit über die kommunalen Grenzen hinweg. Mit den Grundschulverbänden ist das möglich. Wir können das ebenso machen, wie wir es bereits erfolgreich bei den Mittelschulverbänden praktizieren. Gleichzeitig haben wir ein Forum geschaffen, in dem nicht nur der Koordinator des Schulverbundes seine Entscheidungen trifft, sondern in dem auch die Sachaufwandsträger mitzusprechen haben. Ich glaube, dass damit die Situation der Schulen verbessert wird. Dass wir uns dabei mit der Frage beschäftigen, was in den Schulen vor Ort passiert, das ist nach meiner Auffassung ein zusätzlicher Punkt, der für diese Grundschulverbände spricht.

Lassen Sie mich aber noch zu einem Thema kommen, das von Ihnen, Frau Strohmayr, heute etwas negativ dargestellt worden ist. Ich glaube, es ist nicht notwendig, das Konzept des Freistaates Bayern schlechtzureden. Getrieben vor allem von der Fraktion – ich darf das einmal so bezeichnen – der beiden Mütter des Ganztags, Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer und Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein –

(Isabell Zacharias (SPD): Mütter des Ganztags? Das ist doch nicht Ihr Ernst?)

– Selbstverständlich ist das mein Ernst. Wir können feststellen, dass die Angebote, die wir den Schulen in dem Zusammenhang heute machen, eine große Vielfalt ermöglichen für diejenigen, die vor Ort eine Ganztagsbetreuung wünschen. Ich weiß, dass Sie von der Opposition am liebsten alles von oben vorgeben würden und möglichst keine Freiräume lassen wollen, um das vor Ort zu regeln.

(Widerspruch bei der SPD)

Fakt ist aber, dass wir im Freistaat Bayern die größtmögliche Vielfalt überhaupt zulassen können.

Es ist auch nicht richtig, was die Kollegin Strohmayer gesagt hat, dass bei den Mittagsbetreuungen keine Qualität oder keine verlässliche Hausaufgabenbetreuung vorhanden sei.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Das habe ich so nicht gesagt, Herr Kollege! Ich habe "oft" gesagt!)

Ich habe es extra mitgeschrieben, Frau Kollegin. Es hieß: Wir haben keine verlässliche Hausaufgabenbetreuung und keine einheitlichen Standards. – Das haben Sie gerade gesagt.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Lesen Sie bitte im Protokoll nach!)

Ich glaube, dass Sie damit denjenigen, die für die Mittagsbetreuung zuständig sind, unrecht tun.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Es ist halt leider so, Herr Kollege!)

Für uns ist entscheidend, dass das, was vor Ort passiert, eine Grundlage bekommt. Das haben wir hier. Wir ermöglichen, dass die Elternwünsche in großer Vielfalt berücksichtigt werden können. Das bedeutet nicht, dass alle Kinder automatisch in den gebundenen Ganztags gehen müssen. Es bedeutet auch nicht, dass alle Kinder automatisch in eine offene Ganztagschule gehen, sondern es bedeutet, dass wir auf das reagieren, was die Menschen vor Ort brauchen. Sie brauchen vor allem Vielfalt; die haben wir in Bayern geschaffen. Deswegen glaube ich, dass wir damit besser fahren.

Ich würde Ihnen auch empfehlen, liebe Frau Kollegin, nicht immer automatisch auf Quoten zu schauen. Das ist vielleicht ein Hang, dem man in der SPD nachgibt.

(Widerspruch bei der SPD)

Das Entscheidende ist nicht die Quote, die vor Ort erfüllt wird, sondern dass die Menschen vor Ort beim Betreuungsangebot berücksichtigt werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Danke schön, Frau Präsidentin. – Die Menschen kümmern sich um ihre Familien, um die Kinder. Was sie brauchen, soll auch angeboten werden können. Eine verlängerte Mittagsbetreuung hat ebenso ihre Berechtigung wie beispielsweise der gebundene Ganztags.

(Beifall bei der CSU)

– Danke! – Es wäre schön, wenn wir im Ausschuss auch in der Hinsicht nicht nur über Quoten diskutieren könnten, sondern tatsächlich über die inhaltliche Arbeit, die geleistet wird. Ich glaube, dass wir in Bayern auf einem guten Weg sind, und freue mich auf die weitere Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner: Kollege Professor Dr. Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatsminister, was war denn das? Das ist doch Ihr Gesetz. Sie stellen sich hier hin, neigen den Kopf und lesen fünf Minuten, ohne dass einer ein Wort versteht, einen Text uninspiriert ab. Ist das Ihr Gesetz, oder ist es das nicht? Man hatte den Eindruck, es interessiert Sie keinen Deut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Hier sind Zuschauer, die zur Plenarsitzung kommen, um zu erfahren, was wir für sie tun. Ich empfand das – das muss ich ganz ehrlich sagen – für einen Gesetzentwurf der Staatsregierung als eine Bankrotterklärung. So stellt man nicht sein eigenes Gesetz vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hatte den Eindruck, dass entweder der Entwurf, den Sie aus Ihrem Ministerium bekommen haben, schlecht gemacht worden ist oder die Rede.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Selber zum ersten Mal gelesen!)

Jedenfalls war das kein guter Stil uns und den Zuschauern gegenüber. Ich glaube, da gehört sich ein wenig mehr Engagement in der Sache, und das mahne ich auch an. Ich weiß, dass Sie das normalerweise auch haben, sehr geehrter Herr Staatsminister.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Inhalt will ich nur zwei Punkte ansprechen, die wir hier auch schon diskutiert haben. Der erste ist der Bereich Ganztagschulen, offene Ganztagschulen. Das ist ein Angebot, dem wir als FREIE WÄHLER sicherlich zustimmen werden, auch wenn wir im Detail noch darüber werden reden müssen. Dazu haben wir Gelegenheit im Bildungsausschuss.

Dem Kollegen Hofmann will ich noch sagen: Hier zu behaupten, dass in der CSU die Mütter der Ganztagschule seien, ist sehr kühn – selbst am Weltfrauentag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD – Isabell Zacharias (SPD): Das ist eine Frechheit!)

Die Idee der Ganztagschule gab es schon, bevor die CSU sie hatte. Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie zugeben, dass die CSU-Fraktion – um es einmal vorsichtig auszudrücken – dem Ganztags sehr störrisch gegenübergestanden ist.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Dem verpflichtenden Ganztags gegenüber!)

Was heißt "verpflichtend"?

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Den haben wir immer abgelehnt!)

Den verpflichtenden Ganztags haben Sie immer abgelehnt. Sie haben relativ lange gebraucht, überhaupt ein Ganztagsangebot sicherzustellen; sonst würde das jetzt doch nicht im Gesetz stehen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Die arbeiten immer noch daran!)

Ich begrüße es. Ich würde Sie gerne unterstützen mit verschiedenen Angeboten des Ganztags, sowohl mit dem gebundenen Ganztags als auch mit dem offenen Ganztags. Beides ist sehr sinnvoll, nur sollte man noch einmal über die Frage der Elternschaft nachdenken. Aber darüber brauchen wir nicht zu diskutieren.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Es geht um die Haushaltsmittel, die dafür seit Jahren bereitgestellt werden!)

Uns geht es darum, dass es umgesetzt wird. Es ist gut, wenn es im Gesetz steht; allerdings fehlt noch die Festlegung, Herr Kollege Waschler, wie der weitere Ausbau stattfindet. Das ist zwar nicht Aufgabe des Gesetzgebers, aber für die praktische Umsetzung ist das ganz wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mein zweites Thema sind die Grundschulverbände. Grundsätzlich sind wir hier d'accord. Wir kennen die Verbände schon aus anderen Bereichen. Jetzt kommen sie auch bei den Grundschulen. Das sollte man tun. Ich will aber nicht – vielleicht habe ich da zu viel Sorge –, dass ein solcher Grundschulverband dazu führt, dass eine der Grundschulen dieses Verbands geschlossen werden kann. Darüber werden wir sicherlich auch noch im Bildungsausschuss diskutieren müssen. Dass Grundschulen geschlossen werden, wird immer befürchtet, gerade auch im ländlichen Raum, wo wir zum Teil weniger Schüler haben. Ein solcher Verband darf nicht dazu führen. Das ist zwar nicht automatisch die Folge, aber wir sollten das hier noch deutlich formulieren.

Wir FREIEN WÄHLER sind der Auffassung, dass wir noch weiter gehen können: Wir können den Grundschulen und den Grundschulverbänden mehr Rechte geben. Man kann darüber nachdenken, inwieweit der jeweilige Rektor Personalkompetenz gegenüber dem ganzen Verbund hat und inwieweit man die auch vom Schulamt wegnehmen kann. Über solche Dinge muss man reden. Insgesamt kann man, glaube ich, die Verbundkoordination noch weiter verbessern.

Das Gesetz ist ein Sammelsurium verschiedener Dinge. Vielleicht hatten wir deshalb auch nicht so richtig Lust, über alles zu reden. Aber ich glaube, es enthält wesentliche und wichtige Dinge. Herr Staatsminister, insofern hätten Sie Ihr Haupt gar nicht so in Demut vor uns neigen müssen, auch wenn wir als Parlamentarier es natürlich gerne sehen, wenn die Staatsregierung sich vor uns allen ein wenig verneigt.

Wir werden den Gesetzentwurf sehr gründlich diskutieren. Manches Gute ist dabei; wir haben aber auch noch manche Sorge. Ich freue mich auf die Diskussion im Bildungsausschuss. Ich glaube, wir kommen da voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring, bitte.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, die Lesbarkeit und die Anwendbarkeit des Gesetzes zu verbessern und die Zahl der Fehler beim Vollzug des geltenden Gesetzes zu verringern. Die Lesbarkeit war offensichtlich auch ein Problem beim Redemanuskript des Ministers. Ich weiß nicht, ob da die gleichen Autoren zugange waren. Insgesamt muss man einfach sagen: Dieses Gesetz ist sehr unübersichtlich. Bei der Regierungspolitik der vergangenen Jahre ist letztendlich ein bürokratisches Monster entstanden. Ich denke, mit dem

vorliegenden Gesetzentwurf werden diesem bürokratischen Monster nur einige Tentakel abgeschlagen.

Tatsächlich sind im Lauf der Jahre immer wieder kleinteilige Veränderungen der Schulgesetze erfolgt. Allein in der letzten Legislaturperiode wurden 23 Änderungen vorgenommen – und das vonseiten einer Staatsregierung, die eigentlich keine Bildungsreform machen kann. Da kommt nur kleinteiliger Bürokratenwust heraus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manche Gesetze wie der Code civil werden als juristische Nachtlektüre empfohlen; ich denke da auch an die irische Verfassung. Na ja, das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz nimmt, glaube ich, niemand mit ins Bett. Das ist ärgerlich, weil die Anwenderinnen und Anwender dieses Gesetzes keine Juristen, sondern Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler sind. Sie brauchen eigentlich ein verständliches Gesetz, mit dem sie ihre Zusammenarbeit verstehen und regeln können. Bezeichnend ist, dass es schon seit Jahren kein kleines Büchlein mit den bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzen und anderen Schulgesetzen mehr gibt. Das rentiert sich nicht mehr, weil ständig etwas verändert wird. Verständlichere Schulgesetze wären also wirklich notwendig. Ich denke, der Gesetzentwurf macht nur einen kleinen Schritt in dieser Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will zu drei substantziellen Themen etwas sagen, zunächst zu den Grundschulverbänden. Ich sehe sie ähnlich wie der Kollege Piazzolo. Grundschulverbände können eine Chance zum Erhalt kleiner Grundschuldortorte sein. Da müsste man aber wirklich noch weiter denken: Ist es möglich, Aufgaben der Schulleitung und der Verwaltung weiter zu verteilen? – Momentan ist es schwierig für eine Schulsekretärin, an verschiedenen Grundschulen tätig zu sein. Grundschulverbände bieten durchaus die Chance, die Qualität an kleinen Grundschulen zu garantieren und Beratungsangebote zu sichern. Ich sehe aber auch die Gefahr, dass Grundschulverbände das langsame Aushungern kleiner Grundschulen befördern. Das sollte nicht der Sinn der Sache sein.

Eine weitere Problematik steckt in der Frage, ob diese Grundschulverbände tatsächlich ein Schritt zur Einlösung der Grundschulgarantie der Staatsregierung sind. Alle unselbstständigen Grundschulen – das sind immerhin 379 – sind davon nicht betroffen. Grundschulverbände wären eine Chance, diese unselbstständigen Grundschulen wieder aufzuwerten und ihnen eine Perspektive zu geben.

Abgesehen davon glaube ich, dass wir auch über Schulverbände in anderen Schularten und zwischen den Schularten nachdenken müssen. Gerade beim Thema Inklusion gilt das beispielsweise für Verbände zwischen Förderschulen und Regelschulen. – Das Thema Schulverbände ist hier ein kleiner Schritt; aber hier, denke ich, wäre noch viel zu tun.

Mein zweites Thema sind die Ganztagesangebote. Die Einrichtung der offenen Ganztagschule an der Grundschule war überfällig; wir haben diesen Schritt schon lange gefordert. Nur logisch ist, dass er jetzt im Gesetz vollzogen wird. Ich sehe noch eine Reihe von ungelösten Problemen, vor allem wenn es um die Vereinbarkeit von Ganztagsgrundschule und Hort geht. Auf diese Fragen sehe ich auch in diesem Gesetzentwurf noch keine Antwort. Da stehen noch einige Probleme vor uns.

Über die "Mütter der Ganztagschule" habe ich mich schon ein bisschen gewundert, wobei ich den beiden Kolleginnen aus der CSU-Fraktion natürlich nichts abprechen will. Aber wenn wir von "Müttern der Ganztagschule" und der Ganztagschule überhaupt reden, will ich heute, am Weltfrauentag, auch meine beiden Vorgängerinnen Petra Münzel und Simone Tolle ansprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie mussten sich durchaus, wenn sie sich an diesem Rednerpult für die Ganztagschule ausgesprochen haben, oft üble Zwischenrufe aus der CSU-Fraktion gefallen lassen.

(Zurufe von der CSU: Oh! Oh!)

Das sollte man, glaube ich, schon sagen, wenn man über das Thema nachdenkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme drittens zum Notenschutz. Wir haben einen Antrag gestellt, demzufolge diese Zeugnisvermerke nicht gemacht werden sollen. Ein bayerisches Verwaltungsgericht hat zum Thema Vermerk von Notenschutz im Abiturzeugnis zum einen festgestellt, dass hierfür eine gesetzliche Grundlage fehlt, und zum anderen, dass die Benennung von Notenschutz dem Gebot der Gleichberechtigung widerspricht, also eigentlich eine Diskriminierung darstellt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ja. Ich bin dreizehn Sekunden darüber; ich rede weitere fünfzehn Sekunden. – Sie haben die gesetzliche Grundlage geschaffen;

die Diskriminierung bleibt bestehen. Von daher haben wir mit diesem Punkt etliche Probleme. Ich bin sicher, dass wir diesen Gesetzentwurf im Ausschuss mit großem Nachdruck, viel Feuer und vielleicht auch etwas flüssiger diskutieren werden, als es die Rede des Bildungsministers heute war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die **Tagesordnungspunkte 4 mit 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern - Reduzierung der Schwermetalle in Phosphatdüngern (Drs. 17/8876)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern - Renaturierung der Moorböden (Drs. 17/8877)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern - Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankern (Drs. 17/8879)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern - Erosionsschutz im Maisanbau (Drs. 17/8885)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern - Erstellung eines Bodenverdichtungskatasters (Drs. 17/8886)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern - Schnellere Untersuchung und Sanierung von Altlasten (Drs. 17/8887)**

Ich darf gleich ankündigen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/8879 beantragt hat, und die gemeinsame Aussprache eröffnen. Die Gesamtredzeit der Fraktionen beträgt 36 Minuten. Erster Redner ist der Kollege Dr. Magerl. – Bitte, treten Sie vor.

(Zuruf von der CSU: Magerl, vortreten! – Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung: Wenn ich nach rechts bzw. nach links schaue, dann sehe ich zwei leere Plätze, nämlich den Platz der Umweltministerin und den Platz des Landwirtschaftsministers. Es erstaunt mich außerordentlich, dass bei einem solchen Antragsbündel auf der Tagesordnung die zuständigen Ressortminister nicht anwesend sind.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Marcel Huber, ich schätze dich, aber ich hätte bei dieser Debatte schon die Ressortminister erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landwirtschaftsminister Brunner ist mittlerweile da.

Es geht um den Schutz des Bodens. Der Boden hat eine große Zahl natürlicher Funktionen. Er ist Lebensgrundlage und Lebensraum für uns Menschen. Deshalb sage ich immer: Bodenschutz ist in erster Linie Menschenschutz; denn wir leben und produzieren dort unsere Nahrung. Wir leben von diesem Boden und müssen deshalb alles daran setzen, um den Boden in seinem natürlichen Zustand zu erhalten und zu verbessern. Er ist Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen. Er ist wesentlicher Bestandteil des Wasserhaushalts und von Nährstoffkreisläufen. Es geht beim Bodenschutz darum, die Lebensgrundlagen unserer Generation und zukünftiger Generationen zu sichern.

Wir hatten bereits in der Aktuellen Stunde über Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik gesprochen. Mit Bürokratie kann der Landwirt noch einigermaßen leben, mit kaputten Böden nicht. In diesem Falle wäre die Betriebsgrundlage zerstört. Wenn man auf die Homepage des Landesamtes für Umwelt sieht, stellt man fest, dass die entsprechenden Gefährdungen des Bodens akribisch aufgezählt werden und aufgeführt wird, wie der Boden gefährdet ist. Die Problematik ist wohl bekannt, auch bei der Staatsregierung, aber bei der Frage, wie der Schutz des Bodens umgesetzt wird, hapert es, wie so oft bei dieser Regierung.

Wir haben in diesem Zusammenhang ein Bündel Anträge – insgesamt sechs Anträge – zum Bodenschutz eingereicht, die heute beraten werden. Damit wird versucht, die unterschiedlichen Aspekte der Gefährdung unserer Böden zu thematisieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Der erste Antrag befasst sich mit der Reduktion der Schwermetallausbringung über Phosphatdünger. Wir haben uns dabei auf einen Berichtsantrag geeinigt. Es soll über die geänderte Fassung abgestimmt werden. Hintergrund ist, dass über Phosphat verstärkt Schwermetalle wie Cadmium oder Uran auf unsere Böden ausgebracht werden. Es ist der Mehrheit bekannt: Die guten Phosphatvorkommen werden immer weniger und sind fast abgebaut, sodass wir immer stärker auf schlechtes Phosphat mit hohen Schwermetallgehalten zurückgreifen müssen. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim zweiten Antrag geht es in Bezug auf den Bodenschutz um die Renaturierung von Moorböden. Die Moorböden sind nicht nur Lebensraum einer Vielzahl von seltenen Tier- und Pflanzenarten. In erster Linie geht es auch darum, etwas für die Bindung des Koh-

lendioxids und gegen den Klimawandel zu tun. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass die noch regenerationsfähigen Hochmoore zu 50 % sowie 10 % aller Niedermoorstandorte renaturiert werden, um beim Schutz unserer Moore nach vorne zu kommen, weil diese ganz wesentlich für den Bodenschutz sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen im dritten Antrag, über den namentlich abgestimmt werden soll, erreichen, dass der Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankert wird. Der Klimawandel wird auf unsere Böden dramatische Auswirkungen haben, wie zum Beispiel Dürreperioden, Austrocknung des Bodens und teilweise eine Beschleunigung von Zersetzungsprozessen aufgrund höherer Temperaturen etc. Ich meine, dass der Klimaschutz dringend in das Bundesbodenschutzgesetz aufgenommen werden muss. Es soll über den Antrag in der geänderten Fassung des federführenden Ausschusses abgestimmt werden, dem mit Ausnahme der FREIEN WÄHLER einstimmig zugestimmt worden ist.

Beim vierten Antrag – einem ganz wesentlichen Antrag – geht es um den Erosionsschutz, insbesondere beim Maisanbau. Wir alle wissen, dass beim Schutz des Bodens die Erosion, das heißt der Abtrag der obersten Schicht, eine ganz, ganz wesentliche Rolle für die Bodenfruchtbarkeit spielt. Wir wollen deshalb, dass gerade beim Maisanbau – Sie alle wissen, dass der Maisanbau Anfang Mai beginnt, die Saat langsam aufläuft und ab Oktober der Boden wieder sozusagen nackt ist – Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Erosion, gerade auf erosionsgefährdeten Hangstandorten, deutlich einzudämmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der letzte Punkt befasst sich mit der Verdichtung der Böden und ist ebenfalls von enorm großer Bedeutung. Die Maschinen sind in den letzten Jahren vor dem Hintergrund des Strukturwandels deutlich schwerer geworden. Infolgedessen sind trotz größerer Reifen auch die Verdichtungen auf der befahrenen Fläche immer größer geworden. Wenn man gerade in den letzten Tagen, nachdem es etwas geregnet hat, durch das Land gefahren ist, hat man sehen können, an welchen Stellen Staunässe auftritt und wie stark das Problem der Bodenverdichtung bereits hervorgetreten ist. Wir wollen analog dem Erosionskataster ein Bodenverdichtungskataster einführen, bei dem klargestellt wird, welche Böden besonders anfällig und besonders gefährdet sind, was die Bodenverdichtung angeht, und in dem geeignete Maßnahmen empfohlen werden. Ich bitte um Zustimmung auch zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im letzten Antrag dieser Reihe geht es um eine schnellere Untersuchung und Sanierung von Altlasten. Die Zahl der Untersuchungen und Sanierungen von Altlasten lässt aus unserer Sicht in Bayern sehr stark zu wünschen übrig. Wir haben immer noch – sei es durch industrielle, handwerkliche oder militärische Nutzung – eine große Anzahl von Altlasten im fünfstelligen Bereich. Die Erkundung und Sanierung bei diesen Altlasten geht aus unserer Sicht viel zu langsam voran. Wir müssen, was das anbelangt, deutlich mehr Geld in die Hand nehmen und anschieben; denn Altlasten sind – das muss uns allen bewusst sein – tickende Zeitbomben, die schnellstens saniert werden müssen.

Das waren unsere sechs Anträge, für die ich in der jeweils aktuellen Fassung Zustimmung erbitte. Ein letzter Punkt noch, der in dem Bündel nicht enthalten ist, über den wir aber in dieser Woche noch im Ausschuss beraten werden. Es handelt sich ebenfalls um ein außerordentlich großes Problem in Bezug auf den Bodenschutz, nämlich die Bodenversiegelung und den Flächenverbrauch. Der letzte Wert der alten Rechnung betrug 18,6 Hektar. Mittlerweile haben wir die Berechnungsgrundlagen umgestellt – darüber werden wir an anderer Stelle diskutieren, obwohl es hier dazugehören würde, aber etwas abgekoppelt worden ist –, aber dieser Flächenverbrauch und die daraus resultierende Flächenkonkurrenz zwischen Gewerbeflächen und Landwirtschaft werden in den nächsten Tagen und Wochen ein ganz wesentliches Thema sein; denn wenn wir ernsthaft Bodenschutz betreiben wollen, müssen wir auch beim Flächenverbrauch noch wesentlich unter das kommen, was momentan in diesen schöngerechneten Zahlen des Landesamtes für Umweltschutz enthalten ist. Wir müssen herunter und der Flächenverbrauch muss auch in Bayern gestoppt werden, weil wir sonst beim Bodenschutz nicht vorankommen. Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner: Herr Kollege Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum ein anderer Berufszweig arbeitet so eng mit der Natur zusammen wie der Landwirt. Mit der Landbewirtschaftung geht die Nutzung der Ressource Boden einher, was logischerweise Auswirkungen auf unsere Umwelt hat. Eine nachhaltige Nutzung des Bodens ist Kernanliegen für die Landwirte, die in Generationen denken. Der Klimawandel ist eine Herausforderung, die auch die Land-

wirtschaft berührt. Die Land- und Forstwirtschaft trägt aber auch aktiv zum Klimaschutz bei. Wir beraten heute über sechs Anträge zum Bodenschutz. Ich will zu den einzelnen Aspekten gerne Stellung nehmen.

Wir befassen uns – Herr Kollege Magerl hat es angesprochen – mit dem Eintrag von Schwermetallen wie Cadmium und Uran durch Phosphatdünger. Die CSU hat das Thema bereits im letzten Jahr aufgegriffen. Der Umweltausschuss hat einen Berichtsantrag beschlossen. In dem Bericht sollen mögliche Risiken einer Cadmiumanreicherung, eine mögliche Reduzierung und die Auswirkungen auf die Böden genau erörtert werden. Die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz setzt sich für eine Festlegung eines Grenzwertes auf EU-Ebene ein, und Bayern unterstützt dies.

Bei Uran sehen wir derzeit keine erhöhten Risiken durch Düngemittel. Wir stimmen dem Berichtsantrag zu, weil eine weitere fachliche Behandlung durchaus sinnvoll erscheint.

Die Renaturierung von Mooren ist uns ein wichtiges Anliegen. Seit 2008 wurden im Rahmen des Klimaschutzprogramms der Staatsregierung rund 800 Hektar an Mooren renaturiert. In den vergangenen vier Jahren sind mehr als 10 Millionen Euro zur Renaturierung von Mooren in Bayern aufgewandt worden, in diesem Doppelhaushalt 1,8 Millionen Euro. Wir in Bayern sind bei der Renaturierung der Moore sehr aktiv und brauchen keine zusätzlichen ordnungsrechtlichen Eingriffe.

Sehr viel diskutiert wurde über das Thema Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz. Dabei ist dieses Thema in diesem Gesetz im Zusammenhang mit der guten fachlichen Praxis für landwirtschaftliche Betätigung bereits enthalten. In § 17 heißt es unter dem Aspekt der Sicherung der Bodenfruchtbarkeit, Landwirte sollen den standorttypischen Humusgehalt der Böden erhalten, insbesondere durch eine ausreichende Zufuhr an organischer Substanz oder durch Reduzierung der Bearbeitungsintensität. Da schrillen schon die Alarmglocken. Beides bedeutet höhere Kosten und weniger Ertrag für die Landwirtschaft. Dies zählt aber zweifelsohne zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung, was die Landwirtschaft auch betreibt. Wir sehen keinen Grund, den Bund aufzufordern, weitere Regelungen zu schaffen.

Die GRÜNEN sprechen in ihrem Antrag von Ermächtigungsgrundlagen für staatliche Regelungen. Darauf gehe ich später noch ein. Der Bund erarbeitet derzeit eine Mantelverordnung zu diesem Thema.

Ich habe die Renaturierung von Mooren angesprochen, die in diesem Zusammenhang für die Kohlen-

stoffspeicherkapazität sehr wichtig sind. Ich möchte auf unser KULAP-Programm hinweisen: Umwandlung von Ackerland in Grünland an Moorstandorten. Das ist eine freiwillige Maßnahme, bei der wir 570 Euro pro Hektar bezahlen können.

Was den Grünlandumbruch anbelangt, haben wir sehr strikte Regelungen im Zusammenhang mit dem Greening. Moorstandorte unterliegen dabei einem ganz besonderen Schutz.

Zum Erosionsschutz kann ich nur sagen: Er gehört zu den Kernelementen einer nachhaltigen Bodenbearbeitung. Boden, der durch Erosion verloren geht, ist unwiederbringlich verloren. Es gibt bereits strikte Regelungen bis hin zu konkreten Bearbeitungsaufgaben für Teilstücke und Strafen sowie Wiederherstellungsaufgaben. Das ist im Bundesbodenschutzgesetz und in den Vorschriften der Cross Compliance detailliert geregelt. Jeder Landwirt muss so arbeiten, dass Erosionen möglichst verhindert werden. Er kann aber auch nicht alle Folgen eines starken Regens kurz nach einer Aussaat ausschließen. Erosion lässt sich kurz nach einer Bodenbearbeitung nicht ausschalten.

Auch der Schutz der Böden vor schädlichen Verdichtungen ist Kernbestandteil der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Jeder Landwirt weiß, dass er Strukturschäden vermeiden muss. Er kennt seine Böden und müsste wissen, wann die Böden befahrbar und bearbeitbar sind.

Ein Bodenverdichtungskataster wäre ein bürokratisches Monstrum, das trotzdem nicht alle tatsächlichen unterschiedlichen Verhältnisse auf einen Schlag darstellen kann. Vor allem hat es für die praktische Arbeit null Bedeutung, weil das Wetter und die Niederschläge, die die entscheidenden Faktoren für die Befahrbarkeit sind, darin nicht eingehen können.

Die Klärung und Sanierung von Altlastenverdachtsstandorten wird in Bayern vorbildlich durchgeführt. Ich gehe davon aus, dass das 2002 formulierte Ziel, nämlich die Eins-zu-eins-Umsetzung der 12.000 Verdachtsflächen, bis 2020 erreicht werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, ich konnte deutlich machen, dass wir die Forderungen zum Bodenschutz sehr ernst nehmen und viele Anliegen teilen. Naturschutz und Bodenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Letzten Endes geht es um die Bewahrung der Schöpfung.

Der grundlegende Unterschied zwischen Ihrem und unserem Ansatz ist: Wir wollen diese Dinge zusammen mit den Bewirtschaftern machen. Schützen durch Nützen ist unser Credo. Wir müssen all diejenigen miteinbeziehen, die diese Dinge dann täglich umsetzen

müssen. Wir müssen das mit den Bewirtschaftern machen, nicht gegen sie.

Was wir zurückweisen, sind ungerechtfertigte Angriffe, insbesondere auf die Landwirtschaft. Sie schreiben in Ihrem Antrag zum Bodenschutz, die landwirtschaftliche Bodennutzung trage zu einem erheblichen Teil zum Ausstoß klimarelevanter Gase in Deutschland bei, lieber Kollege Magerl.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): So ist es!)

Ich aber sage: Treibhausgasemissionen durch die Landwirtschaft umfassen 13 % der klimarelevanten Gase. Die Bodennutzung ist davon nur ein Bruchteil. Wenn Sie da von einem erheblichen Teil sprechen, dann ist das eine totale Fehldarstellung und stellt die Landwirtschaft in ein völlig falsches Licht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wehren uns dagegen, dass gerade von Ihrer Seite ständig Forderungen nach weiteren gesetzlichen Verschärfungen und Auflagen erhoben werden, die in der Praxis nicht umsetzbar und auch nicht notwendig sind. Vorsorglich weiter gehende gesetzliche Regelungen, wie in manchen Anträgen zum Ausdruck gebracht, machen denjenigen das Leben schwer, die den Schutzgedanken und den Schutzstatus umsetzen müssen. Das, was Sie wollen, führt zwangsweise zu einer deutlichen Einschränkung der Bewirtschaftung und damit zu einem drastischen Eingriff in die Eigentumsrechte. Immer mehr Regelungen und immer weniger Eigenverantwortung – das ist nicht unser Weg. Ermächtigungsgrundlagen, die letztlich zu Verboten führen, helfen nicht weiter. Unser Ansatz ist: überzeugte Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht und Zwangsmaßnahmen.

Heute wurde schon viel über unser Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm gesprochen. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies gerade kein Einkommensprogramm für die Landwirtschaft ist, sondern ein Ausgleich für umweltpolitische, für agrarökologische Maßnahmen. 20.000 Betriebe nehmen daran teil. 400.000 Hektar sind von diesen Agrarumweltmaßnahmen erfasst. Das sind freiwillige Einschränkungen, die die Bäuerinnen und Bauern im Sinne unseres Ökosystems letzten Endes hinnehmen. Wir in Bayern können das vergüten wie kein anderes Bundesland.

Der Freistaat honoriert den Landwirten, die durch KULAP-Maßnahmen zum Klimaschutz beitragen, ihren Einsatz. Für das KULAP gibt es insgesamt 200 Millionen Euro und für den Klimaschutz 45 Millionen Euro pro Jahr. Im Vertragsnaturschutzprogramm sind noch einmal 30 Millionen Euro per annum vorgesehen.

Wenn man einmal weiterdenkt, was alles gefordert ist, muss man sagen: Wir sind doch schon jetzt so weit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass eine Feldbearbeitung ohne einen Blick in den Mehrfachantrag, ohne einen Anruf beim zuständigen Landwirtschaftsamt schon fast nicht mehr möglich ist, weil es bereits so viele im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik festgelegte Detailregelungen gibt, nämlich über Bearbeitungszeitpunkte, über die Flächenaufteilung und über verschiedene Früchte. Weitere Bürokratie kann von den Bäuerinnen und Bauern einfach nicht mehr umgesetzt werden.

Die Cross-Compliance-Auflagen sind so ein dickes Buch. Der normale bäuerliche landwirtschaftliche Betrieb hat keinen Juristen und auch keinen Verwaltungsangestellten beschäftigt, sondern der Betriebsleiter muss das alles letzten Endes selbst umsetzen. Die Großbetriebe stellen solche Leute ein, die die Flut von Auflagen verwalten. Die kleinen Betriebe hingegen können das nicht. Wir wollen aber, dass sie nicht aufgeben und dass es keinen Strukturwandel durch die Hintertür gibt. Deshalb müssen wir diese Regelungen, so weit es geht, praxisgerecht halten und die Bäuerinnen und Bauern in ihrer Tätigkeit unterstützen.

Für uns gilt der Grundsatz: Regelungen so wenig wie möglich, aber so viel wie wirklich nötig. Heute sind schon verschiedenste Dinge dazu angesprochen worden. Ich darf einmal darauf eingehen und an die Düngerverordnung anknüpfen. Was wäre da ohne unseren massiven Einsatz, den Einsatz des Herrn Staatsministers und auch des Bayerischen Ministerpräsidenten noch alles auf uns zugekommen!

Jetzt geht es darum, Regelungen zu schaffen, die praxisgerecht sind, wenn es zum Beispiel um die Dokumentationspflichten geht. Sie werden es erleben, dass im Bundesrat, vom Bundesumweltministerium und von verschiedensten Stellen wieder massive Vorstellungen geäußert werden, was alles dokumentiert werden muss.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Zu Recht!)

– Der Kollege Magerl sagt "zu Recht". Ich sage: nicht zu Recht; denn am Ende kommt es im Zusammenhang mit der Düngerverordnung nicht nur zu extremen bürokratischen Auflagen, sondern auch noch dazu, dass Sie und die Bundesumweltministerin in die Daten der Bauern Einblick nehmen möchten und auch noch schauen wollen: Ist da vielleicht ein Liter Gülle zu viel und sind drei Körner Stickstoffdünger zu viel ausgebracht?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist langsam lächerlich, Kollege! Irgendwann reicht es!)

– Nein. Es geht darum, praxisrelevante Regelungen zu treffen. Aber so, wie Sie das überziehen, ist das einfach nicht mehr umsetzbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe darauf hingewiesen, dass wir Ihre Anträge sehr ernst nehmen, dass vieles in der guten fachlichen Praxis geregelt ist und dass wir uns verschiedenen Themen gegenüber nicht verschließen. Aber hier so zu tun, als müssten täglich neue Regelungen getroffen werden, um die Landwirtschaft weiter zu reglementieren – diesen Weg können wir einfach nicht mitgehen. Wir sehen uns da ein Stück weit als Verteidiger unserer Bäuerinnen und Bauern vor völlig überzogenen Regelungen. Dazu steckt in diesen Anträgen einiges drin.

Wir stimmen dem Berichtsantrag zu, lehnen aber die sonstigen praxisfremden Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Scheuenstuhl. Sie sind schon bereit. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich daran, dass ich, als ich vor zwei Wochen über Biogasanlagen gesprochen habe, von Bürokratie gesprochen und gesagt habe: Da müsste ja jeder Bauer einen Rechtsanwalt haben. Da wurde ich von der CSU ausgelacht. Ausgelacht wurde ich. Man hat mir auch zugerufen – ich habe es im Protokoll nachgelesen –: Das können wir jederzeit machen, wir schauen uns das gemeinsam an. Da habe ich gesagt: Bravo, aber nur mit Anwalt. Jetzt wird aber hier von einem Bürokratiemonster gesprochen. So schnell, wie ihre Meinung ändert, kann man gar nicht schauen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie Seehofer!)

Heute geht es eigentlich um das Antragspaket zum Bodenschutz in Bayern. Unsere Böden sind ja sowohl Lebensraum als auch Nahrungsgrundlage. Auf gerade einmal 0,3 Kubikmeter Erdreich tummeln sich schätzungsweise 1,6 Billionen Lebewesen, unzählige Mikroorganismen wie Rädertierchen, Larvenarten usw. Sie bilden ein komplexes System, das zentrale Funktionen im Naturhaushalt erfüllt. Rund um den Globus arbeiten 1,3 Milliarden Menschen im Sektor Landwirtschaft. Das heißt, die Beschäftigung von einem Sechstel der Erdbevölkerung hängt direkt oder indirekt vom Zustand der Böden ab. Weltweit sind über 5,6 Milliarden Hektar, das heißt nur rund 11 %, der Erdoberfläche landwirtschaftlich nutzbar – nur

11 %. Bei einem prognostizierten Bevölkerungswachstum auf 9,6 Milliarden Menschen im Jahr 2050 und einer gleichzeitig notwendigen Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktion werden die Flächen bitter benötigt.

Böden spielen außerdem eine zentrale Rolle im Klimageschehen. Einerseits sind sie unmittelbar von künftigen Klimaänderungen betroffen. Andererseits haben Eingriffe und Veränderungen der Bodeneigenschaften auch umgekehrt Auswirkungen auf das Klima. Das wurde ja heute bereits von der einen und der anderen Seite bestätigt. In der jüngsten Vergangenheit hat unser immer wieder zu überprüfender Umgang mit Chemikalien, Abfällen und anderen gesundheitsgefährdenden Schadstoffen zu schwerwiegenden und teils gesundheitsgefährdenden Folgen für uns und natürlich auch für unsere Umwelt geführt. Noch heute haben wir mit den Altlasten schwer zu kämpfen, und auch die nächste Generation wird zu kämpfen haben.

Damit will ich verdeutlichen, dass sich der Wert eines intakten Erdreichs mit nichts messen lassen kann. Wenn es um den Bodenschutz geht, geht es immer auch um den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Nachdem zur Reduzierung der Schwermetalle in Phosphatdüngern gerade von Herrn Schöffel Bedenken geäußert wurden, darf ich sagen, dass es – der Antrag ist ja in einen Berichtsantrag umgewandelt worden – dem Landwirt schon hilft, wenn er nachweisen kann, welche Substanzen im Dünger sind. Das ist kein Schaden, sondern ein Vorteil für ihn.

Zu dem Antrag betreffend die Renaturierung von Moorböden wurde von Ihnen ein wenig die gute fachliche Praxis erwähnt. Ich frage mich nur, wer denn die Moore zerstört hat. Wer war es? Waren es diejenigen, die abgebaut haben, um zum Beispiel für Blumenerde zu sorgen, oder waren es diejenigen, die umbrechen, weil sie leben wollen und daher ein Einkommen erzielen müssen? Wer war das? – Das war die gute fachliche Praxis, die Sie heute so hoch loben. Das muss man an dieser Stelle einfach einmal erwähnen.

Moore sind für uns wichtig. Wenn sie trockengelegt werden, emittieren sie Kohlendioxid. Das sind bei dem Torfabbau in Deutschland beispielsweise 2 Millionen Tonnen an klimaschädlichem Kohlendioxid pro Jahr. Durch gezielte Wiedervernässung lässt sich die Freisetzung dieser Klimagase, hauptsächlich Kohlendioxid und Lachgas, praktisch auf null reduzieren. Hier haben wir den Torf als wichtigen und dauerhaften Kohlenstoffspeicher. Da wundert es mich schon, wenn hier immer erzählt wird, man tue alles für den Klimaschutz, dass dann kleine Anträge von uns abgelehnt werden, in denen wir fordern, dass in den staatlichen

Betrieben auf Torf verzichtet wird und dass auf Behältern mit Blumenerde, die jetzt wieder massiv verkauft werden, vorne steht: Achtung, Torf! Wir wollen doch alle den Klimaschutz. Warum wird dann so etwas abgelehnt? Das versteht doch niemand mehr. Wenn Sie dieses Thema ansprechen, ist das Dampfplauderei im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Bundesweit werden jährlich circa 12 Millionen Kubikmeter Torf verwendet, davon gut 2,5 Millionen Kubikmeter in privaten Gärten. Oft ist es den Menschen gar nicht bewusst, dass sie hier Torf einsetzen. Wer schaut denn auf die Beschreibung? Irgendwo steht schon: 90 % oder 100 % Torf. Wir sollten den Menschen sagen: Wenn ihr diesen Torf kauft – er stammt übrigens meistens aus dem Ausland –, verhaltet ihr euch klimaschädlich. So muss man es den Menschen einfach sagen.

Wir müssen in den staatlichen Einrichtungen dafür sorgen, dass unsere Vorbildfunktion gewahrt wird. Der Staat steht nicht unter dem Leistungsdruck – das ist ein großer Vorteil –, etwas produzieren zu müssen. Wir können da durchaus einmal etwas wagen. Wenn dabei einmal ein Röschen kaputtgeht, lieber Herr Schöffel, geht es halt kaputt. Dann pflanzen wir ein neues, vielleicht auch etwas anderes. Aber hier muss etwas getan werden. Bis 2020 sollen 50 Moore renaturiert werden. Ich sehe im Moment keine Bestrebung, den Einsatz von Torf zu unterbinden. Übrigens würden wir dann weltweit klimamäßig etwas leisten.

Es ist sinnvoll, den Klimaschutz im Bodenschutzgesetz zu verankern; darüber brauchen wir nicht zu sprechen. Nicht umsonst haben die Vereinten Nationen das letzte Jahr als Jahr des Bodens ausgerufen. Nicht nachhaltige landwirtschaftliche Bodennutzung bedroht jedoch unser Erdreich und fördert den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen. Durch die Verankerung einer bisher fehlenden Regelung zur Klimaschutzfunktion von Böden im Bundesbodenschutzgesetz könnte einer weiteren Zerstörung des Erdreichs wirksam entgegengetreten werden. Wir schließen uns deshalb den Vorschlägen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz an und stimmen dem Antrag mit der Maßgabe der im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz beschlossenen Änderungen zu.

Den Erosionsschutz wollen wir nicht nur auf den Mais bezogen sehen, sondern natürlich auf alle Früchte, die hier betroffen sind, zum Beispiel auch Kartoffeln. Erosionsschutz ist ganz, ganz wichtig. Wir unterstellen den Bauern hier nicht, dass sie nicht ordnungsge-

mäßig zu handeln versuchen. Aber der Preisdruck, von dem wir heute gehört haben, zwingt doch die Landwirte. Wer hat aber diesen Preisdruck erzeugt? Jetzt verlieren die Landwirte unter Umständen Teile der wichtigen Erde. Insgesamt geht der Antrag in die richtige Richtung; aber natürlich müssen noch andere Pflanzen mit aufgenommen werden.

Zur Erstellung eines Bodenverdichtungskatasters. Ich kann mir schon vorstellen, dass es sich für den Landwirt auszahlt, wenn er weiß, wo der Boden verdichtet ist.

(Zuruf von der CSU: Er weiß es auch!)

– Da gebe ich Ihnen recht. Natürlich kann es zu einer bürokratischen Belastung für den Freistaat Bayern kommen. Das sind uns unsere Bauern aber wert. Wenn sie das euch nicht wert sind, kann ich nichts dafür. Uns sind es die Ausgaben wert, wenn wir den Bauern Bodenhumus geben und er erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Der Tatsache, dass das, wie vorhin bereits kurz erwähnt wurde, weitreichende Folgen hat, möchte ich nur anschließen, Kollege Magerl: Natürlich kann es auch zu Hochwasserereignissen kommen. Nicht nur zu Dürren, sondern auch zu Hochwasserereignissen kann es wesentlich schneller kommen.

Zu den Altlasten. Wir sind der Meinung, dass hier wesentlich mehr getan werden muss. Aber ich glaube, nicht die Altlasten sind unser Problem, sondern der Flächenfraß. Das ist viel, viel wichtiger. Hier müssen wir mehr tun. Wir müssen zu einer Flächenkreislaufwirtschaft kommen, ohne einen weiteren Flächenneuverbrauch anzustreben. Es bedarf daher einiger Anstrengungen in diesem Bereich.

Nachdem meine Redezeit zu Ende ist, ich aber noch viel zu sagen hätte, erkläre ich nur, dass wir dem Antrag natürlich zustimmen. Prinzipiell geht der Antrag in die richtige Richtung. Ich darf alle bitten – wir sind bodenständige Politiker –, dem Boden die entsprechende Grundlage zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat der Kollege Zierer das Wort. Bitte sehr.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Grüß Gott an die Besuchergruppe aus meinem Landkreis, aus Kirchdorf.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Herzlich willkommen von uns allen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte! Es ist immer schön, wenn wir alle Besucher und Besucherinnen haben.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So viel Zeit ist!)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Der Antrag zur Reduzierung von Schwermetallen ist ein Berichtsantrag. Ihm werden die FREIEN WÄHLER selbstverständlich zustimmen. Bei den anderen Anträgen schaut es anders aus.

Der erste Antrag – Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankern – ist für uns von besonderem Interesse; denn in diesem Antrag wird gefordert, dass die "Gute fachliche Praxis der landwirtschaftlichen Bodennutzung" um Maßnahmen zur Sicherung des Humushaushalts und der Kohlenstoff- und Wasserrückhaltungskapazität des Bodens ergänzt wird. Der Humusgehalt war noch nie so gut wie jetzt. Aber was heißt der Antrag von den GRÜNEN konkret? Dass die bestehende gute fachliche Praxis, die bisher immer Gewährleistung für ein vernünftiges Arbeiten war, in Zukunft nicht mehr gut genug sein soll? Wahrscheinlich wird es den GRÜNEN nie ausreichen, weil die GRÜNEN leider von der "Guten fachlichen Praxis" keine Ahnung haben. Das ist nun einmal so.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber darüber, dass auch die Abgeordneten der CSU-Fraktion, die selbsternannten Anwälte der bayerischen Landwirtschaft, die "Gute fachliche Praxis" ihrer Landwirte anzweifeln, habe ich mich im Umweltausschuss schon sehr gewundert. Allem Anschein nach seid ihr euch bei diesem Thema nicht ganz einig. Im Umweltausschuss wird zugestimmt, im Landwirtschaftsausschuss wird der Antrag abgelehnt. Und das ist nicht das erste Mal. Bei unserem Antrag zum Preis-Dumping war es genauso. Wir sind der Meinung, dass die CSU heute zwar Farbe bekannt hat, aber wir werden bei der Abstimmung das Ergebnis sehen.

Bei der SPD mache ich mir Sorgen, dass sie den Antrag nicht genau gelesen hat. Es geht nämlich in erster Linie nicht um den Moorabbau, sondern es geht den GRÜNEN bei diesem Antrag um etwas ganz anderes. Ich werde später darauf eingehen.

Diesen Antrag werden wir ablehnen, weil einfach nicht klar ist, was renaturiert wird. Was heißt bei dem Antrag "Renaturierung"? Heißt das, langfristig sollen alle anmoorigen Böden aus der Nutzung genommen werden? Das Freisinger Moos, das Ampermoos? Wer soll

denn das herausnehmen? Das kann es nicht sein. Wollen Sie im Donaumoos keine Ackernutzung mehr? Wollen Sie im Donaumoos keinen Kartoffelanbau mehr? Wie groß ist die Fläche, die renaturiert werden soll? Wie viel Hektar sollen es sein? Allein diese offenen Fragen zeigen, dass das Ganze in keiner Weise zu Ende gedacht ist. Oder will man hier das Ziel verschleiern?

Laut Landesamt für Umwelt wäre eine deutliche Reduktion von Treibhausgasen aus Moorflächen auf relativ kleinen Flächen mittelfristig für Bayern denkbar. Aber auch insoweit würden wir gerne wissen: Wie groß ist eine relativ kleine Fläche? Gerne in Hektar! Aber die GRÜNEN würden wahrscheinlich lieber in Quadratkilometern denken. Das sei ihnen auch gegönnt.

Kurz zu den Niedermoorböden. Da die Niedermoorböden Moorböden sind, auf denen auch landwirtschaftliche Nutzung stattfindet, wenn auch kein Ackerbau – es sind Wiesen –, sollte man auch diesbezüglich genau erklären, was man mit den Anträgen will. Sollen langfristig die Kuh heraus und der Brachvogel und der Biber hinein? Wir wissen es nicht. Der Antrag sagt hierüber nichts aus.

Laut Moorentwicklungskonzept des Bayerischen Landesamts für Umwelt kann eine Extensivierung von Moorböden in Schritten erfolgen. Was heißt "in Schritten"? Bis hin zu einer völligen Wiedervernässung im Zuge der Bewirtschaftung durch die Landwirte? Langfristig heißt das nur eines: Die vollständige Nutzungsaufgabe durch die kleinteilige Landwirtschaft. Das kann nicht gewollt sein, aber die Anträge sagen es aus. Dies wäre nichts anderes als kalte Enteignung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der dritte Antrag, den ich ansprechen möchte, ist der Antrag zum Erosionsschutz im Maisanbau. Genau gefordert wird, die Cross-Compliance-Vorschriften zu verschärfen. Ich denke, der letzte Stand ist scharf genug. Diesen Antrag lehnen wir ab; denn er schießt völlig über das Ziel hinaus. Ein ganz klares Nein von uns FREIEN WÄHLERN zu einer weiteren Verschärfung der Cross Compliance! Ein ganz klares Nein zu noch mehr Bürokratie, zu noch mehr Auflagen! Wir wollen nicht, dass vor lauter Schutz die Nutzung so eingeschränkt wird, dass es in der Praxis nicht mehr möglich sein wird, Landwirtschaft zu betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das müssen wir verhindern. Sonst ist die Ernährung unserer Bevölkerung in Bayern in keiner Weise mehr gesichert.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Ich habe noch zwei Minuten, und die nutze ich auch aus!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Was mich natürlich erschreckt, sind Ihre Aussagen zu TTIP, Frau Brendel-Fischer. Es drängt sich schon auf, wie die Kollegen von der CSU momentan mit Lobbyisten durchs Land ziehen, die Werbung für TTIP machen. Ich denke, gerade TTIP wird das Abkommen sein, das der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern den Kragen umdreht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Wenn Verhandlungen im Geheimen stattfinden, wenn keiner weiß, warum, wenn nicht einmal Sie es wissen, wenn man draußen nicht darüber sprechen darf, was drinnen verhandelt wird!

(Oliver Jörg (CSU): Keine Ahnung! – Weitere Zurufe von der CSU)

Bekannt euch doch klar zur bäuerlichen Landwirtschaft. Dann müsst ihr TTIP ablehnen. Wenn man noch nicht einmal weiß, was darin steht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Man sieht die Unsicherheit in den Reihen. Die einen stimmen mir zu, die anderen reden dagegen. Einigt euch, und lehnt es ab!

(Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es steht genau das drin, was uns ruiniert und was Amerika will. Sonst wäre es nicht geheim. Seht doch einmal hin! Macht die Augen auf!

Mit diesem Vorgehen wird die CSU die bäuerliche Landwirtschaft leider Gottes ruinieren.

(Petra Guttenberger (CSU): Wer es glaubt, wird selig!)

Und dann die GRÜNEN mit ihren verschärften Auflagen, mit ihren Vorschriften und mit immer noch mehr Bürokratie! Wer bleibt für die bayerische Landwirtschaft übrig? – Das sind nur die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

Wir halten den bäuerlichen Landwirten noch die Stange. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult.

(Unruhe)

– Ich bitte darum, dass wir jetzt wieder einigermaßen zuhören. – Herr Kollege Magerl, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Bitte sehr.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Kollege Zierer, zwei Dinge.

Erstens. Sie sind auf TTIP eingegangen. Wie hat denn Ihre Kollegin Müller im Europaparlament dazu gestimmt?

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU)

Das nur nebenbei, weil Sie sich als alleinige Kämpfer darstellen wollen und sagen, die FREIEN WÄHLER seien die Einzigen. Das ist mitnichten so. Erklären Sie bitte einmal, warum die Kollegin Müller so gestimmt hat.

Aber deshalb habe ich mich nicht originär zu Wort gemeldet. Vielmehr waren Ihre Ausführungen zu unserem Antrag zum Thema Moorschutz aus meiner Sicht völlig daneben. Ich habe selten in einer Debatte hier eine derartige Missinterpretation eines Antrags erlebt.

(Beifall bei der CSU)

In dem Antrag stehen deutliche Zahlen, auf wie vielen Teilen der Landesfläche was geschehen soll. Ich lese es Ihnen vor. Darin steht klar und deutlich: Wir wollen bei den regenerationsfähigen Hochmooren 50 % renaturieren, bei den Niedermoorstandorten 10 %, und ansonsten wollen wir eine moorangepasste Nutzung umsetzen. Gegen eine angepasste Nutzung ist nichts zu sagen. Sie sagen hier, wir wollten das alles aus der Nutzung nehmen. Das ist eine völlig unzulässige Interpretation unseres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Magerl, ich kann dem nur entgegnen: Dies ist der Einstieg in den Ausstieg aus einer bäuerlichen Landwirtschaft. Genau das wollen wir verhindern und fordern: Liefert klare Aussagen, wohin ihr wollt.

Sie können sich noch daran erinnern, als wir in Freising das Giggerhauser Moos angesprochen haben. 1990 haben Sie gesagt: Zur Jahrtausendwende wird

es keine landwirtschaftliche Nutzung mehr geben. – Aber: Auch heute wird noch so gut wie jede Wiese vernünftig genutzt, auch durch den Brachvogel. Das aber wollen Sie nicht sehen, und das erwähnen Sie auch nicht.

Das ist doch das eigentliche Problem: Hier soll irgendwohin gesteuert werden; aber den Menschen ist nicht bewusst, wohin der Weg führt. Das wollen wir verhindern – nicht mehr und nicht weniger. Wir stehen zu unserer kleinteiligen Landwirtschaft. Wir reden nicht nur davon, sondern wir fordern auch, dass den Menschen geholfen wird.

Im Zusammenhang mit Frau Müller möchte ich noch sagen: Herr Magerl, wenn wir hier über bestimmte Dinge diskutieren, dann würde ich nie die Frage stellen, was vielleicht irgendjemand aus Ihrer Fraktion letzte Woche geschnupft oder geraucht hat. Das würde ich auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und der SPD: Oh! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Barbara Stamm: Ja, das ist immer so eine Sache mit der Stilfrage.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Können wir uns bitte auf das konzentrieren, was jetzt ansteht? – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Anträge werden dazu getrennt.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag, zu dem namentliche Abstimmung beantragt wurde. Beim Antrag auf Drucksache 17/8879 empfiehlt der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz Zustimmung mit Änderungen, während der mitberatende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Ablehnung empfiehlt. Über diesen Antrag lasse ich jetzt namentlich abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten. – Ich bitte Sie, hier im Raum zu bleiben, weil die Abstimmungen danach weitergehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.42 bis 16.47 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben dann das Ergebnis wie immer zu einem späteren Zeitpunkt bekannt. Jetzt darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Abstimmung fortfahren können. – Ich kann erst

dann abstimmen lassen, wenn alle ihre Plätze eingenommen haben.

Wir haben noch abzustimmen über die Anträge 5 bis einschließlich 9 auf den Drucksachen 17/8876, 17/8877 und 17/8885 mit 17/8887. So viel ich erfahren konnte, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass wir hier die Anträge nicht einzeln zur Abstimmung aufrufen, sondern dass wir das in einer Sammelabstimmung tun. Besteht damit Einverständnis?

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Die Anträge 4 bis 9! Sie haben 5 gesagt!)

– Ja, 4 bis 9, alle zusammen. – Besteht damit Einverständnis, dass wir mit Ausnahme des vorgenannten Antrags auf Drucksache 17/8879 über die übrigen Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung dann die Voten der federführenden Ausschüsse für Umwelt und Verbraucherschutz bzw. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zugrunde legen? – Ja.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion mit Ausnahme des Antrags auf Drucksache 17/8879 in den vorgenannten federführenden Ausschüssen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Damit hätten wir die Tagesordnungspunkte 4 bis 9 erledigt.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Ämter für ländliche Entwicklung stärken -
Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern (Drs. 17/8988)

Ich eröffne die Aussprache. Jetzt hat der Kollege Scheuenstuhl das Wort. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern hat vor drei Jahren die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen als Staatsziel formuliert und in der Verfassung verankert. Die Realität jedoch sieht anders aus. Noch immer stehen die strukturschwachen Gebiete im Norden und auch im Süden – darauf haben mich Kollegen mehrfach hingewiesen – im krassen Gegensatz zu den starken südbayerischen Wachstumsregionen – allen voran die Landeshauptstadt München. Wir freuen uns, wenn es in München wirtschaftlich gut läuft. Die

Unterschiede in den Regionen führen aber dazu, dass junge Menschen die Dörfer verlassen und nicht nur zur Ausbildung oder zum Studium in die Stadt ziehen, sondern für das ganze Leben. Junge Menschen, die ein Haus in ihrer ländlichen Heimat bauen wollen, erhalten für das Vorhaben nur noch beschränkte Kredite, wenn sie denn überhaupt Kredite bekommen. Diese Aussage stammt nicht von mir, sondern von Bürgermeistern und Bankenvertretern.

Im Rahmen der Diskussion um die Kappungsgrenze bei der Straßenausbaubeitragssatzung in der letzten Plenarsitzung wurde erneut deutlich, dass der ländliche Raum durch Ihre Untätigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ins Hintertreffen geraten ist.

(Beifall bei der SPD)

Um den ländlichen Raum für die aktuellen Herausforderungen des strukturellen und demografischen Wandels zu wappnen und unsere ländlichen Kommunen auf künftige Erfordernisse in ausreichendem Maße vorzubereiten, gibt es in Bayern eine staatliche Förderung in Form der Dorferneuerung. Darüber freuen wir uns alle sehr. Die sieben bayerischen Ämter für Ländliche Entwicklung sind dabei Ansprechpartner für die Kommunen. Sie übernehmen als zuständige Behörde die Durchführung von Dorfentwicklungsmaßnahmen. An dieser Stelle möchte ich vor allem auf die fachlich qualifizierten Beratungsleistungen eingehen. Ich möchte mich herzlich beim gesamten Personal bedanken, das oft an seine gesundheitlichen Grenzen stößt.

Ich möchte auch die wirtschaftliche Bedeutung der Maßnahmen erwähnen. Man kann durchaus davon ausgehen, dass ein Vielfaches der staatlichen Mittel tatsächlich verbaut und eingesetzt wird – ähnlich wie bei der Städtebauförderung. Leider sind in den letzten 20 Jahren 825 Stellen an diesen Ämtern abgebaut worden. Außerdem sollen weitere 138 Stellen abgebaut werden. Liebe CSU, liebe Staatsregierung, wer soll sich um die integrierte Entwicklung des ländlichen Raums kümmern? Wer soll die Arbeit verrichten, wenn kein Personal mehr da ist? – Es gibt noch andere Möglichkeiten, um dieses Ziel etwas herunterzuschrauben. Die Antwort der Staatsregierung schlägt dem Fass den Boden aus: Das übergeordnete Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts ist wichtiger als unsere Gemeinden auf dem Land. Da verschlägt es denjenigen, die sich für den ländlichen Raum einsetzen, die Sprache, vor allem angesichts der Sonntagsreden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig wurden die Fördermittel in den Jahren 2001 bis 2014 um rund 40 Millionen Euro, nämlich von 120 Millionen Euro auf 88 Millionen Euro, reduziert. Wenn man den Kaufkraftschwund einberechnet, sind es rund 50 %. Das ist Ihre berühmte ländliche Entwicklung. An dieser Stelle kann man nur sagen: Sechs, setzen! Reden und Handeln sind zwei Dinge.

(Beifall bei der SPD)

Die Kürzungen führen nun dazu, dass in den Ämtern für Ländliche Entwicklung nicht nur ein erheblicher Förderrückstau, sondern auch ein Bearbeitungsrückstau entstanden ist – mit teils erheblichen Wartezeiten für unsere Gemeinden und Dörfer. Bei 265 Verfahren vergehen zwischen Antrag und Bescheid – man glaubt es kaum – 10 bis 20 Jahre. Teilweise warten die Menschen über 20 Jahre auf eine Nachricht vom Staat. So etwas liest man eigentlich nur über andere Staaten, zum Beispiel in Osteuropa. Bei 46 Verfahren sind es mehr als 20 Jahre. Dieser Zustand ist für die Gemeinden und für das hart arbeitende Personal nicht akzeptabel. Das Personal muss den Personal-mangel ausbaden. Auf diese Weise werden wir nie gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern schaffen.

Der ländliche Raum wird vor allem im Norden weiter abgehängt. Die Themen Arbeitsmarkt, Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Ärzte und Wirtschaftsentwicklung müssen angegangen werden. Daher fordern wir, dass der geplante Abbau von weiteren 138 Stellen bei der Verwaltung gestoppt wird. Die unbesetzten Planstellen sind unverzüglich wieder zu besetzen. Die Fördermittel für die ländliche Entwicklung sollen wieder auf den Stand des Jahres 2001 angehoben werden. Wir fordern noch nicht einmal etwas Unmögliches, sondern etwas, das es vor 15 Jahren bereits gab. Unter Berücksichtigung des seither eingetretenen Kaufkraftschwunds wäre ein Ausgleich in Höhe von 150 Millionen Euro schön.

Ich bedanke mich insbesondere bei Natascha Kohnen, die den westmittelfränkischen Raum besucht hat. Sie hat sich dort die Sorgen der Bürger angehört. So muss es sein. Wir brauchen Spitzenpolitiker, die aufs Land hinausgehen und nicht nur darüber reden. Unterstützen Sie unseren Antrag, damit ganz Bayern lebenswert bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten

Damen und Herren! Wenn man solche unsäglichen Reden hört, muss man einfach sagen: Die SPD ist der größte Schlechtredner des ländlichen Raums.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte ein Wort an Herrn Kollegen Scheuenstuhl in persona richten. Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, seit zweieinhalb Jahren sind Sie Wahlkreisabgeordneter in Mittelfranken. Über den wunderbaren ländlichen Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim höre ich seit zweieinhalb Jahren nur Schlechtes von Ihnen. Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, schämen Sie sich für diese Aussagen!

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich rede von Bayern! Zum Thema sprechen! Das ist eine Beleidigung!)

Ihre Aussage, es gebe auf dem Land nur beschränkte Kredite, ist ein absoluter Blödsinn, wie ich ihn im Bayerischen Landtag noch nie gehört habe. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Kürzlich habe ich mich beim Tag der Ausbildung mit jungen Menschen unterhalten. Sie haben gesagt, dass sie gerne im ländlichen Raum leben. Sie leben gerne in Westmittelfranken, weil sie dort eine gute Lebensqualität haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Gestern habe ich zwei Schulen besucht und mich mit Schülern unterhalten. Sie haben gesagt, dass sie gerne bei uns im ländlichen Raum leben. Deswegen kann ich nicht nachvollziehen, dass dieser ländliche Raum von der SPD und in persona von Herrn Scheuenstuhl schlechtgeredet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund meiner Erfahrung als ehemaliger Bürgermeister kann ich sagen, dass wir bei uns in Bayern starke Ämter für Ländliche Entwicklung haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesen Behörden arbeiten, für ihre großartige Arbeit. Diese Arbeit wird trotz Stellenabbau – das ist völlig richtig – immer wieder sehr gut zum Wohle der Menschen im ländlichen Raum gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wundere mich darüber, dass dieser Antrag nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2016 gestellt wurde. Über diesen Antrag haben wir im Haushaltsausschuss diskutiert. Der Antrag wurde komischerweise erst gestellt, nachdem der Nachtragshaushalt 2016 beschlossen wurde.

Meine Damen und Herren, ich sage wirklich mit größtem Selbstbewusstsein: Wir haben in unseren Dörfern

und unseren Gemeinden eine hohe Lebensqualität. Ich spüre bei Gesprächen vor Ort immer wieder: Die Menschen leben gern im ländlichen Raum.

Nun zum Thema Stellenabbau und zur Reform "Verwaltung 21". Wir haben damals den Artikel 6b beschlossen. Richtig ist, dass noch 138 Stellen abgebaut werden müssen. Richtig ist auch, dass bereits 811 Stellen abgebaut wurden. Meine Damen und Herren, deshalb gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mein größter Respekt, die trotzdem in diesem Bereich eine großartige Arbeit leisten. Ich sage aber auch: Der Artikel 6b wird auch weiterhin bestehen bleiben. Natürlich wird es dabei Ausnahmen zum Beispiel für die Bereiche Bildung und innere Sicherheit geben, wie wir das im Hohen Haus beschlossen haben. Die CSU ist eine Fraktion, die insbesondere bei den Finanzen auf Nachhaltigkeit achtet. Aufgrund der enormen gesellschaftlichen und fiskalpolitischen Herausforderungen müssen wir über die Lage immer wieder sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zur Ausstattung der Ämter für Ländliche Entwicklung mit Fördermitteln: Mit vollem Selbstbewusstsein und als Mitglied des Haushaltsausschusses sage ich: In den letzten Jahren wurden unsere Ämter mit circa 90 Millionen Euro gut ausgestattet. Was der Herr Kollege nicht angesprochen hat: Entsprechende Mittel können natürlich umgesetzt werden, insbesondere bei den EU-Programmen oder im Rahmen des Konjunkturpakets des Bundes. Diese Mittel wurden in vorzüglicher Art und Weise umgesetzt, trotz bei der Personalreduzierung, die angesprochen wurde.

Ein Wort zu dem angeblichen Förderrückstau bzw. zu den Bearbeitungsrückständen. Herr Kollege, vielleicht haben Sie sich falsch informiert. Fakt ist, von den 1.644 beantragten Dorferneuerungsmaßnahmen wurden 1.010, das heißt 61,4 %, innerhalb von maximal vier Jahren und weitere 323 Maßnahmen, also 19,6 %, innerhalb von neun Jahren eingeleitet. Als Kommunalpolitiker weiß man, dass hier Vorarbeiten geleistet werden müssen, insbesondere von den Kommunen. Deshalb kann man nicht sagen, dass diese Maßnahmen alle recht lange dauern. Ich stelle fest, dass nur in 2,8 % der Fälle eine längere Wartezeit bei der Förderung aufgetreten ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade die CSU-Fraktion und insbesondere die Bayerische Staatsregierung tun sehr viel, um gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen. Ich nenne die derzeit laufenden Projekte zur Dorferneuerung und zur Städtebauförderung, aber auch insbesondere die Heimatstrategie. Wir waren letzte Woche im Heimatministerium in Nürnberg, wo von unserem Finanzminister Markus Söder die Förderbescheide an

die Gemeinden übergeben wurden. Wir nehmen 1,5 Milliarden Euro für die Breitbandförderung in die Hand. Ich nenne meinen Stimmkreis, einen Landkreis mit besonderem Handlungsbedarf. Eine große Anzahl von Kommunen erhält 80 bis 90 % Fördermittel, gerade für den Breitbandausbau. Daran sieht man, dass hier wirklich sehr viel geleistet wird. Der Finanzausgleich wurde zugunsten des ländlichen Raumes geändert. Wir nehmen im Jahr 2016 immerhin 8,5 Milliarden Euro für den kommenden Finanzausgleich in die Hand. Ich nenne außerdem die Behördenverlagerungen und die Einrichtungen im gesamten Freistaat Bayern.

Meine Damen und Herren, deshalb kann man nicht sagen, dass der ländliche Raum hinterherhinkt. Ich sage mit größter Zuversicht: Wir haben im ländlichen Raum eine sehr gute Lebensqualität. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, diese hohe Lebensqualität aufrechtzuerhalten, auch mit der Unterstützung der Ämter für Ländliche Entwicklung.

Herr Kollege, nun zum Thema Kernwege. Sie haben dieses Thema vor einiger Zeit bei mir im Stimmkreis hochgezogen. Ein Bürgermeister hat gesagt, er sei enttäuscht, dass seine Kernwege der zweiten Priorität nicht sofort aufgenommen worden seien. Herr Minister Helmut Brunner, als ich noch Bürgermeister war, habe ich es mir nie träumen lassen, Zuschüsse für Wirtschaftswege zu erhalten. Ich bin sehr dankbar dafür, dass dieses Programm aufgelegt wird. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass gerade bei uns im ländlichen Raum und in meinem Stimmkreis sehr viele solcher Maßnahmen umgesetzt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können auf die Entwicklung des ländlichen Raumes stolz sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Scheuenstuhl zur Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich möchte mich natürlich dem Dank an Herrn Minister Brunner anschließen. Ich war auch 18 Jahre lang Bürgermeister. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass es einmal eine Förderung für Kernwege geben wird. Aber dass sich die Förderung nur auf wenige Kilometer bezieht, davon hätte ich auch nicht geträumt. Richtig ist, das kostet Geld. Sie dürfen sich aber nicht hinstellen und sagen: Die Flüchtlinge sind schuld. Das dürfen Sie nicht sagen. Herr Minister, Sie haben das nicht gesagt. Das stammt woanders her. Derjenige, den ich ansprechen möchte, hat das gehört.

Herr Kollege Herold, nun zum Thema Schlechtreden des ländlichen Raums. Dazu kann ich nur eines sagen: Treffer. Als Politiker kann ich sagen: Treffer. Ich habe die Wunde gefunden und den Finger hineingelegt, nicht bei Ihnen als Person; denn das will ich nicht. Aber trotzdem: Treffer. Ihre Reaktion zeigt, dass ich recht habe und dass die Zahlen stimmen. Diese Zahlen stammen übrigens nicht von mir, sondern vom Ministerium. Beschweren Sie sich bei denen, nicht bei mir.

Sie haben zu Ihrem Zahlenwerk noch nicht einmal gesagt, von wann bis wann es gilt. Wenn wir die einfache Dorferneuerung einbeziehen, ist richtig: Die einfache Dorferneuerung läuft schneller. Ich muss allerdings dazu sagen: Ich war 18 Jahre lang Bürgermeister. Ich habe vor zehn Jahren Anträge losgeschickt und hoffe, dass sie bis heute hier eingegangen sind. Die Maßnahmen wurden aber immer noch nicht eingeleitet. Wie lange muss ich die denn in den Landtag reinschicken? Ich bleibe noch 18 Jahre.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wann kommt denn irgendwann einmal eine Nachricht? Sie sagen, 20 Jahre und mehr seien in Ordnung. Das ist Ihre Meinung vom ländlichen Raum. Auf dem Land ist es genauso schön wie in der Stadt. Die Menschen leben gern in ihrer Heimat. Man muss aber sagen, wenn es Defizite gibt. Wenn die Bürgermeister, die Gemeinde- und die Stadträte mit dem Geld nicht mehr zurechtkommen, muss man dies auch so benennen.

Mein Kollege Klaus Adelt hat mir die Zahlen für Oberfranken gegeben, damit wir nicht immer nur über Mittelfranken sprechen. Für die Förderung der ländlichen Entwicklung standen im Jahr 2011 16 Millionen Euro und für das Jahr 2015 8,5 Millionen Euro zur Verfügung. Klaus, ich hoffe, dass deine Zahlen richtig sind.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben zwei Minuten.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Und damit höre ich auf.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Das war sehr nett von Ihnen. – Herr Kollege, bitte.

Hans Herold (CSU): Herr Kollege, Sie haben jetzt keine Frage gestellt. Deshalb ganz kurz zu Ihren Anträgen: Vielleicht hätten Sie diese Anträge etwas eher einreichen sollen. Ich habe das getan.

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege Herold. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Pohl das Wort erteilen. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein engagiertes Duell zweier ehemaliger Bürgermeister aus dem Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim erlebt. Was eint beide? – Beide hätten sich vor 10 bis 15 Jahren noch nicht vorstellen können, dass sich bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern etwas tut. Da haben Sie beide recht; denn vor 10 bis 15 Jahren war Bayern im Bund föderalistisch und in München zentralistisch. Als wir im Jahr 2008 in den Bayerischen Landtag kamen, haben wir versucht, diesen Zentralismus aufzubrechen.

(Lachen bei der CSU)

Herr Kollege Ländner, ich danke für den Beifall. Der kommt zu Recht. Wir haben es gemeinsam mit der CSU- und mit der SPD-Fraktion geschafft, die gleichwertigen Lebensverhältnisse als Forderung in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Das ist letztlich der Beleg für das, was ich vorhin sagte: Hätte es hierfür keine Notwendigkeit gegeben, wäre Bayern schon ein Land mit gleichwertigen Lebensverhältnissen gewesen, dann hätten wir diesen Zusatz nicht in die Bayerische Verfassung hineinschreiben müssen; denn für Selbstverständlichkeiten ist in der Bayerischen Verfassung kein Platz. Wir FREIE WÄHLER haben es uns in dieser Legislaturperiode zur Aufgabe gemacht, diesen Verfassungsgrundsatz mit Leben zu erfüllen.

Die SPD-Fraktion hat heute einen Antrag vorgelegt, der sehr gut geeignet ist, diese gleichwertigen Lebensverhältnisse herzustellen. Nicht nur die Behördenverlagerung, die sich der Finanz- und Heimatminister auf die Fahne geschrieben hat, sondern auch die Ämter für Ländliche Entwicklung tragen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei. Das haben sowohl Sie, Kollege Herold, als auch Sie, Kollege Scheuenstuhl, bestätigt.

Nun kommen wir zum Haushaltsteil. Kollege Herold, Sie haben zu Recht die Arbeit der Ämter für Ländliche Entwicklung gelobt. Dem schließe ich mich ausdrücklich an. Dann ist es aber nicht logisch, dass wir 138 Stellen abbauen und zum Teil vorher schon Stellen abgebaut haben. Wenn das, was wir tun, richtig wäre, hätten die Ämter für Ländliche Entwicklung früher nicht sonderlich effektiv gearbeitet. Wenn diese als wichtig anerkannten Institutionen mit wesentlich weniger Personal als früher arbeiten könnten, hätten sie in der Vergangenheit einen Personalüberhang ge-

habt. Das würde ihnen kein gutes Zeugnis ausstellen. Wir sind nicht der Meinung, dass diese Ämter überbesetzt waren. Wir meinen, dass wir jetzt einen Kahlschlag vornehmen, wie ihn die Regierung Stoiber vor zehn Jahren zum Beispiel bei der bayerischen Polizei und bei anderen Behörden gemacht hat, bei denen wir ein Jahrzehnt später mühsam nachsteuern und mühsam die Fehler der Vergangenheit beseitigen und ausmerzen müssen.

Selbstverständlich müssen wir auch die Fördermittel auf den Stand des Jahres 2001 zurückführen. Die Fördermittel auf den Stand des Jahres 2001 zurückzuführen, würde normalerweise bedeuten, sie erheblich zu kürzen. Sie aber haben die Mittel gekürzt, und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass sie wieder auf die ursprüngliche Höhe zurückgeführt werden. Wir FREIE WÄHLER unterstützen mit Nachdruck den Antrag, den die SPD-Fraktion hier gestellt hat. Es reicht nicht aus, wenn wir etwas in die Bayerische Verfassung hineinschreiben und sagen, jetzt haben wir genug getan. Nein, wir, der Gesetzgeber, müssen das, was wir in die Verfassung als Forderung aufnehmen, kraftvoll umsetzen. Das heißt ganz konkret, wir müssen die für diese wichtigen Aufgaben notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bevor ich Frau Kollegin Sengl das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Frau Kollegin, bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ämter für Ländliche Entwicklung haben nicht nur für die Entwicklung, sondern auch für die Gestaltung des ländlichen Raums eine herausragende Bedeutung. Wir müssen nicht nur ländliche Räume gestalten, die von Abwanderung bedroht sind, wir müssen auch die Boomregionen um den Großraum München herum gestalten. Die Ämter für Ländliche Entwicklung wurden jedoch mit der Stoiberschen Verwaltungsreform radikal rasiert. 22 % der Stellen wurden gestrichen.

Das Ergebnis haben wir gehört. Die Zahlen hat nicht irgendjemand erfunden, sondern wir haben sie vom Ministerium bekommen. Ein Drittel aller Dorferneuerungsprojekte muss zehn Jahre auf seine Bearbeitung warten. Auch das ist eine Methode, mit der man Kreativität und Lebendigkeit abtöten kann. Die Anträge kommen immerhin aus der Bevölkerung. Die Anträge enthalten Ideen und Projekte, die sich die Leute, die auf dem Land leben, überlegt haben. Man legt also diese Anträge auf die Seite, stapelt sie höher und

höher, und irgendwann ist dann die Lust verschwunden, irgendetwas zu tun.

Die Aufgaben im ländlichen Raum werden aber nicht weniger, sondern immer mehr. Ich möchte nur ein paar Stichpunkte erwähnen: Demografie, neue Aufgaben wie Hochwasserschutz, Biotopverbund, Kernwegenetz usw. Der ländliche Raum steht also vor allem dann vor großen Herausforderungen, wenn wir den ländlichen Raum schützen und erhalten wollen und wenn wir uns nicht damit abfinden wollen, dass alle jungen Menschen in die Städte ziehen.

Die CSU muss sich endlich einmal entscheiden, was sie eigentlich will. Irgendwie kommt es mir so vor, als würden Sie nur darüber streiten, ob das Heimatministerium oder das Landwirtschaftsministerium sagen darf, was auf dem Land passiert. Da wird also richtig gestritten: Nein, das ist mein ländlicher Raum, da mache ich etwas. Gleichzeitig aber kürzt das Finanzministerium die Mittel für das Landwirtschaftsministerium. Es ist sowieso etwas seltsam, dass das Heimatministerium an das Finanzministerium angegliedert ist.

Das Heimatministerium hat sich eine wunderbare Entwicklung für den ländlichen Raum ausgedacht, nämlich die Lockerung des Anbindegebotes. Das ist toll. Dann haben wir noch mehr Freizeitparks, Discounter oder Logistikzentren. Wenn wir solche Entwicklungen im ländlichen Raum wollen, dann werden unsere Dörfer wirklich zu reinen Schlafstätten, in denen sonst nichts mehr passiert. Die Dörfer schauen dann nicht mehr so aus, wie sie eigentlich ausschauen sollten. In jedes Dorf gehören nun einmal ein Wirtshaus, eine Schule und auch ein Bauernhof. Dieses Thema haben wir heute schon einmal gehabt. Die Bauernhöfe verschwinden genauso. In die Dörfer gehören auch eine Kirche, ein Doktor und vor allem auch Handwerksbetriebe. Das alles findet dann nicht mehr statt.

Viel ländliche Struktur ist schon zerstört worden. Jetzt stellt man fest, dass etwas verschwunden ist, was den Leuten nun abgeht. Jetzt werden mit viel Geld Strukturen, die vorher willentlich zerstört worden sind, wiederbelebt. Zuerst wurde dem Discounter erlaubt, dass die Verkaufsfläche nochmals vergrößert wird. Damit hat man alles, was im Dorf passiert ist, zerstört. Jetzt versucht man mit viel Steuergeld, das wieder zu beleben. Man gründet Dorfladeninitiativen usw. Gleichzeitig einander entgegenstehende politische Anliegen zu verfolgen, ist Unsinn. Sie müssen sich endlich einmal entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsinnig ist es auch, wenn die CSU immer meint, alle bedienen zu müssen. Sie wollen immer dem Recht

geben und dem Recht geben und meinen dabei, dass das niemand merkt. Die bayerische Bevölkerung ist aber doch nicht so dumm, wie Sie immer meinen; denn bei den Kommunalwahlen schneidet die CSU nicht so gut ab. Bei den letzten Wahlen ist sie im Gegensatz zu uns GRÜNEN ganz schön abgestürzt. Wir konnten unser Ergebnis kontinuierlich verbessern.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber nur mit sehr bescheidenen Ergebnissen!)

Wir GRÜNE machen nämlich echte Heimatarbeit und reden nicht bloß immer davon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gebrauchen nicht Worthülsen, wir faseln nicht von irgendetwas, sondern wir versuchen wirklich, unsere Heimat zu gestalten. Der Personalabbau in den Ämtern für Ländliche Entwicklung muss sofort gestoppt werden. Das zeugt von Heimatliebe, und nicht die teuren Heimatempfänge des Heimatministeriums, deren Sinn sich mir noch nicht erschlossen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich kann aber jetzt noch nicht abstimmen lassen, sondern komme zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurück.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 11 bis 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizei am Limit - Bayerische Polizeibeamte schnellstmöglich entlasten (Drs. 17/9399)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)
Polizei an der Schmerzgrenze - Sofortmaßnahmen zur Entlastung ergreifen (Drs. 17/9377)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen (Drs. 17/9400)

Dazu hat als Erste Frau Kollegin Gottstein das Wort. – Frau Kollegin Gottstein ist nicht da. Mir wurde auch niemand anderer gemeldet. Damit ist die Redezeit

verfallen. – Dann darf ich Herrn Professor Gantzer aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bei unseren drei Anträgen geht es um die Zustände bei der bayerischen Polizei. Es geht vor allem um die enorme Belastung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir haben im Innenausschuss lange darüber diskutiert. Im Grunde kann man sagen, dass die Argumente ausgetauscht sind. Die CSU hat unseren Anträgen nicht zugestimmt. Eigentlich könnte man es dabei belassen, weil man weiß, dass auch die heutige Diskussion nicht dazu führen wird, dass Sie unseren Anträgen zustimmen. Ich freue mich, dass der Herr Staatssekretär da ist, der letztlich auch ein alter Haudegen in diesem Geschäft ist.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Alter Haudegen? Junger Haudegen!)

Er weiß, wovon wir reden. Deswegen will ich nur zwei Anmerkungen machen, weil ich glaube, dass hier seitens der CSU nicht richtig gehandelt wird.

Erstens. Herr Staatssekretär, uns wird im Augenblick andauernd das Argument entgegengehalten, dass die Polizei in Bayern mit über 41.000 Beamtinnen und Beamten den höchsten Personalstand aller Zeiten habe. Das stimmt, liebe Kollegen und Kolleginnen. Diese Zahl ist richtig. Aber trotzdem ist die Konsequenz falsch, die Sie daraus ziehen, nämlich dass bei der Polizei alles in Ordnung sei. Das ist genauso, wie wenn Sie einem Ertrinkenden sagen würden, kein Problem, wir werden das Wasser um fünf Zentimeter absenken. Deswegen befindet er sich trotzdem noch in Gefahr zu ertrinken. Bei der Polizei besteht weiter die Gefahr, in der Arbeit zu ertrinken.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Berechnung ist deshalb falsch, liebe Kollegen und Kolleginnen, weil seit der letzten Sollstärkenberechnung die bayerische Bevölkerung um 1,5 Millionen Menschen zugenommen hat. Das heißt, Sie argumentieren mit veralteten Zahlen und nehmen gar nicht zur Kenntnis, dass Bayern um 1,5 Millionen Einwohner größer geworden ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass im gleichen Zeitraum die Kriminalität geradezu explodiert ist. Abgesehen von der "normalen" Kriminalität haben wir im Augenblick die Ter-

rorgefahr, die Flüchtlingssituation, die Cyberkriminalität und überhaupt alle neuen Kriminalitätsformen. Und Ihnen fällt dazu nur ein zu sagen, wir haben ja mehr Polizeibeamte, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir mehr Einwohner und mehr Kriminalität, besonders schwere Kriminalität, haben. Deswegen gefällt es mir gar nicht, wenn ich in der Presseerklärung des Innenministers lesen muss, dem könne man dadurch abhelfen, dass man Obergrenzen für Flüchtlinge schafft. Nein, Herr Staatssekretär! Schaffen Sie statt Obergrenzen für Flüchtlinge lieber Obergrenzen für die Belastung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Das wäre wichtiger.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Zweitens. Ich komme zur persönlichen Situation der Polizeibeamten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich frage Sie: Wieswegen geht man zur Polizei? Eigentlich weiß nämlich jeder, dass der Beruf des Polizeibeamten kein normaler Broterwerbsberuf ist. Er ist abgesehen vom Soldatenberuf der einzige Beruf, in dem man bereit sein muss, im Einsatz Leib und Leben zu opfern. Wieswegen ist der Polizeibewerber dazu bereit? – Weil er idealistisch ist. Weil er weiß, dass er etwas für die Gemeinschaft leistet. Er gibt Bürgerinnen und Bürgern durch seine Arbeit Sicherheit in dieser Gesellschaft. Sicherheit ist ein ganz hohes Gut. Wir haben es also mit einer besonderen Spezies von Mensch zu tun, die in den Polizeiberuf geht.

Auf der anderen Seite muss man sich fragen, was der Polizeibeamte und die Polizeibeamtin dafür bekommen. Wenn sie bei der Bereitschaftspolizei sind, bekommen sie höchstens ein garantiertes freies Wochenende im Monat und Überstunden zuhauf – im Augenblick haben wir bei der Polizei insgesamt in Bayern zwei Millionen Überstunden. Wenn ich das auf den einzelnen Polizeibeamten umrechne, haben wir eine ganz hohe Zahl mit über 100 Überstunden. Viele haben über 200 Überstunden.

Was bekommen sie weiter? – Sie bekommen eine verminderte Teilnahme am sozialen Leben und eine verminderte Teilnahme am Familienleben. Es ist kein Zufall, dass die Scheidungsquote gerade bei Polizeibeamten höher ist als bei der übrigen Bevölkerung. Sie müssen Einsätze durchführen, die zu posttraumatischen Störungen führen können. Und wir haben im Augenblick den Faktor "Gewalt gegen Polizeibeamte". Das ist also ein Beruf, der sehr hohe Anforderungen stellt.

Sie hören meine Klagen. Ich lese, dass der Innenminister gesagt hat, er verstehe nicht, dass die Opposition andauernd herumnörgelt. Dazu kann ich nur

sagen: Nicht wir nörgeln. Ich bin wöchentlich bei Polizeidienststellen und muss immer wieder feststellen, dass die Polizeibeamten nörgeln.

(Beifall bei der SPD)

Was sie in ihrem Beruf ertragen müssen, gefällt ihnen nicht. Was mich wirklich – ich will nicht sagen – wundert, aber was ich total anerkennen muss – das begeistert mich, so muss ich es sagen –, ist Folgendes: Die Polizeibeamten klagen zwar, sind aber stolz auf ihren Beruf.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatssekretär, das bringt mich dazu zu sagen: Nehmen Sie unsere Anträge ernst, auch wenn sie jetzt abgelehnt werden. Was dort an Inhalt drin ist, sollte in der Polizeiarbeit endlich auch von Ihrer Seite aus zur Durchführung kommen. Deswegen sage ich: Wenn wir schon diese stolzen Polizeibeamten haben, die einen wichtigen Dienst für uns leisten, dann geben Sie den Polizeibeamten auch das, was sie verdienen, nämlich ein halbwegs anständiges, lebbares Berufs- und Familienleben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich der Frau Kollegin Schulze das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit zwei Zahlen beginnen. Im Jahr 2015 hat die bayerische Polizei über zwei Millionen Überstunden angehäuft. Wenn man das auf Überstunden pro Kopf umrechnet, sind das 62 Stunden pro Polizistin und pro Polizist. Diese Zahlen sind besorgniserregend. Aber ich möchte dazu den kleinen Hinweis geben, dass die Polizei schon in den Jahren zuvor recht belastet war und viel zu tun hatte. Der Kollege Gantzer hat auf die Diskussion bezüglich der Ist- und Soll-Stellen hingewiesen. Wir haben diese Diskussion auch regelmäßig im Innenausschuss.

Das Jahr 2015 war für die bayerische Polizei besonders belastend. Das liegt an der allgemeinen Weltlage. Das liegt an dem G-7-Gipfel. Das liegt an den vielen Großveranstaltungen und natürlich an der alltäglichen Arbeit. Alle hofften, dass nach dem G-7-Gipfel endlich Normalität im Arbeitsalltag einkehren würde. Das ist aber nicht passiert. Jetzt ist es unsere Aufgabe zu schauen, wie wir die Belastung der bayerischen Polizistinnen und Polizisten reduzieren können. Da möchte ich einen deutlichen Hinweis an das Innenministerium richten: Da hilft es nicht, wenn man

immer für die großartige Arbeit der Polizistinnen und Polizisten Danke sagt und warme Worte findet, sondern die bayerische Polizei braucht konkrete Maßnahmen, wie sie die Arbeitsbelastung reduzieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben in unserem Antrag gute Vorschläge aufgelistet. Die Debatte dazu im Innenausschuss war, ehrlich gesagt, unterirdisch. Ich kann nicht verstehen, warum die CSU-Fraktion da nicht mitgehen konnte.

Fangen wir mit dem ersten Punkt an. Wir GRÜNE möchten, dass zusätzliche Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Wir finden es gut, dass jetzt mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Wir haben das mitgetragen. Wir alle hier im Landtag wissen aber: Die sind morgen natürlich noch nicht einsatzbereit, die müssen erst noch ausgebildet werden. Das ist auch richtig und gut so. Wir sagen aber, es wäre sinnvoll, zusätzliche Tarifbeschäftigte für die Verwaltung einzustellen. Damit könnten wir sofort und schnell die Polizei in Bayern entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist das Thema Bereitschaftspolizei. Da fordern wir etwas, was in unseren Augen eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wir hätten gerne, dass pro Monat mindestens ein im Voraus planbares Wochenende verfügbar ist. Das ist wirklich nicht zu viel verlangt. Auch Herr Kollege Professor Dr. Gantzer hat schon ausgeführt, der Polizeiberuf ist nicht immer sozial kompatibel. Oft leidet das Sozialleben ganz erheblich darunter. Im Gespräch mit Polizistinnen und Polizisten ist das oft ein Kritikpunkt. Wir finden also, hier könnte man klare Regeln an die Belegschaft senden, damit zumindest das möglich ist. Wir wollen doch hoffentlich alle nicht, dass wir die Polizistinnen und Polizisten verschleifen.

Außerdem muss der massive Überstundenberg abgebaut werden, und zwar planbar und möglichst zeitnah. Wenn das nicht geht, dann muss man sich darüber Gedanken machen, ob man einen Teil der Überstunden vielleicht doch ausbezahlt. Wir können doch nicht wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten diesen Überstundenberg mit sich schleppen. Das ist auch aus Arbeits- und Gesundheitsschutzgründen nicht zielführend.

Der vierte Punkt, den wir in unserem Antrag fordern, ist wirklich so schön. Ich wünschte, Sie könnten sich endlich einmal einen Ruck geben; denn dann könnten wir die bayerische Polizei massiv entlasten. Wir möchten, dass die Bayerische Staatsregierung Geset-

zesinitiativen zur Entkriminalisierung von Bagatelldelikten erarbeitet.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist der falsche Ansatz!)

Es gibt viele gute Ideen, wie man die Polizei von unnötigem bürokratischem Aufwand entlasten kann. Einen Punkt haben wir hier schon regelmäßig angesprochen. Ich sage Ihnen, wir GRÜNEN werden diesen Antrag immer wieder stellen, bis auch Sie das endlich verstanden haben. Wir wollen beispielsweise, dass der Besitz von Cannabisprodukten zum Eigenbedarf bis zu sechs Gramm straffrei ist.

(Unruhe bei der CSU)

Das ist nicht nur eine Forderung von uns GRÜNEN, sondern das sagen auch viele Mitglieder der Polizeigewerkschaft, selbst der Anwaltsverein fordert das. Das wären sinnvolle Optionen und Möglichkeiten, um die Polizei von bürokratischen Aufgaben zu entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der letzte Punkt ist sehr, sehr wichtig, vor allem in der momentanen Situation. Wir brauchen eine fundierte Evaluation und eine Aufgabenkritik bei der bayerischen Polizei. Wir müssen wirklich schauen, welche Aufgaben vordringlich zu behandeln sind und wie Ressourcen umgeschichtet werden können. Das alles wären konkrete Punkte, wie wir die bayerische Polizei entlasten können. Ich habe im Innenausschuss die Argumente der CSU-Kollegen nicht verstanden, warum man sich gegen diese sinnvollen Forderungen stellt; denn sie würden der bayerischen Polizei wirklich helfen.

Jetzt aber komme ich zu einem sehr wichtigen Punkt. Noch weniger verstehe ich, wie die CSU immer wieder populistisch neue Forderungen aufstellt, was die Polizei noch alles bearbeiten soll. Heute wurde Herr Seehofer zitiert, der meinte: Wir sind nicht für den Grenzschutz zuständig, aber wir wären es gerne. – Da muss ich schon sagen: Man kann doch nicht auf der einen Seite der Meinung sein, dass die bayerische Polizei überlastet ist und wir schauen müssen, wie wir den Dienst familien- und gesundheitsverträglich machen können, ohne die innere Sicherheit in irgendeiner Form zu gefährden, wenn Herr Seehofer gleichzeitig auf der anderen Seite erklärt, er möchte die Landespolizei für den Grenzschutz einsetzen. Das ist einfach absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist falsch, und das ist auch gesetzlich falsch, und das sollten doch gerade die juristischen Experten in

der CSU-Fraktion wissen: Das geht gar nicht, weil die Bundespolizei für die Grenzsicherung zuständig ist. Ehrlich gesagt bin ich darüber sehr froh.

Zu den beiden Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER: Wir haben schon im Innenausschuss darüber gesprochen; es sind sehr viele gute Punkte darin enthalten. Vieles überschneidet sich auch mit unserem Antrag. Sie haben in Ihren Anträgen aber drinstehen, dass man die außerbayerischen Einsätze reduzieren sollte. Das finden wir GRÜNEN aber schwierig; denn gerade im Moment ist Solidarität sehr wichtig. Wir in Bayern waren beispielsweise beim G-7-Gipfel sehr froh, dass Polizistinnen und Polizisten aus anderen Bundesländern zu uns gekommen sind. Wir werden uns deshalb bei diesen beiden Anträgen wie schon im Innenausschuss der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Ländner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Liebe Frau Schulze, ich bin immer wieder begeistert zu hören,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir auch!)

wie Sie die Welt kennen und wir keine Ahnung haben.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich darf Ihnen vielleicht kurz von meiner Tochter erzählen, die vier Jahre älter ist als Sie. Sie ist Polizeibeamtin in Würzburg.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bravo!)

Meine Tochter kann aufgrund der Möglichkeiten, die so freizügig sind wie in keinem anderen Bereich, insbesondere nicht in der freien Wirtschaft, nämlich auch aufgrund der Teilzeitarbeit, die beiden Enkelkinder – über die ich mich sehr freue – und ihren Dienst hervorragend in Einklang bringen.

(Beifall bei der CSU)

Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Wir sollten hier nicht pauschalisieren. Die Einsatzbelastung, die die bayerische Polizei in vielen Teilen hat, sollten wir nicht zu einer Generalisierung verwenden und von einer Polizei sprechen, die frustriert, überlastet und politisch nicht unterstützt irgendwo am Rande der Gesellschaft dahinvegetiert. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind stolz auf unsere Polizei, wir unterstützen unsere Polizei. Wir wissen, dass es in vielen Bereichen Spitzen der Belastung gibt. Diese Überlastung müs-

sen wir als politisch Verantwortliche sukzessive abbauen. Da bin ich Ihnen, Herr Professor Dr. Gantzer, sehr dankbar, dass Sie seit vielen Jahrzehnten hier im bayerischen Parlament für unsere Polizei eintreten. Haben Sie aber bitte auch Verständnis; denn Sie haben vorhin etwas frustriert geklungen, als Sie sagten, dass wir Ihre Anträge ablehnen. Sie haben selbst darauf hingewiesen: Diese Anträge wurden im Dezember als Dringlichkeitsanträge eingereicht. Im Januar wurden sie im Innenausschuss behandelt, und heute stehen sie, auf Wunsch eines Antragstellers, zur Behandlung im Plenum an, was wir auch sehr gern tun.

Unsere Polizei ist gefordert. Die Zahl der Überstunden beträgt zwei Millionen bei 40.000 Polizeibeamten. Es wurden also pro Beamter 50 Überstunden gemacht, und das ist pro Woche eine. Eine Pauschalisierung bringt uns hier wirklich nicht weiter. Stattdessen müssen wir dort, wo es hart ist, helfen. Wir müssen dort Unterstützung leisten, wo es gilt zu entlasten. Eine Entlastung der Polizei kann man aber nicht par ordre du mufti machen.

In der Bundesrepublik Deutschland, die föderal aufgebaut ist, geht das nur in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern. So wird seit einigen Monaten – wenn auch erst seit Kurzem, wie ich leider zugeben muss – über die Entlastung der Polizei bei Schwertransporten gesprochen. Das wäre auch hilfreich, doch auch das liegt nicht in der Hand des Freistaats Bayern. Hilfreich wäre außerdem, wenn Atemalkoholtests anerkannt und diese bei Strafanzeigen gerichtsverwertbar würden, sodass keine Blutentnahmen mehr gemacht werden müssten. Hilfreich wäre auch, wenn man sich für Gefangenentransporte etwas überlegen könnte. Allerdings muss ich sagen – der Justizminister ist da –, das müsste dann die Justiz übernehmen, und zwar mit einer entsprechenden personellen Ausstattung und Ausbildung sowie mit besonderer Befugnis. Das sind Themen, über die wir reden können. Über einen Rückzug aus dem Objekt- und Personenschutz muss die Polizei aber aufgrund ihrer eigenen fundierten und ihrer Ausbildung entsprechenden Lagebeurteilung selbst entscheiden. Wir, die Politik, müssen uns in diesen Fragen zurücknehmen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können unsere Polizei nicht dadurch entlasten, dass wir in unserer Gesellschaft gewisse Dinge einfach freigeben. Ich spreche hier von den berühmten Bagatelldelikten wie Ladendiebstahl, Besitz von Rauschgift in geringen Mengen, Beleidigung und ähnliche Dinge. Wir können doch nicht sagen, weil unsere Polizei überlastet ist, sind Ladendiebstahl, Besitz von Rauschgift in gerin-

gen Mengen und Ähnliches straffrei. Da würden wir unserer Polizei und ihrem Ansehen doch einen Bären-dienst erweisen.

(Beifall bei der CSU)

Das polizeiliche Einsatz- und Verfolgungsverhalten muss sich an Recht und Gesetz und nicht an der jeweiligen Anforderungslage orientieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Polizei braucht unsere Unterstützung. Sie braucht aber nicht unser Mitleid. Ich darf daher grundsätzlich feststellen, dass wir in den letzten Jahren kontinuierlich das gemacht haben, was als Bayerischer Landtag unsere vornehmste Aufgabe ist. Wir sind Haushaltsgesetzgeber, und wir haben in den letzten Jahren systematisch mehr Planstellen geschaffen und mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt. Wir haben mehr und mehr Beförderungsstellen ausgebracht und viele andere Dinge. Sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich kann man sagen: Mehr ist immer besser. Da bin ich Ihrer Meinung, was die Polizei betrifft. Ich teile auch Ihre Meinung, die wir heute ja den ganzen Tag schon gehört haben. Was haben wir heute gemacht? – Die drei großen "B": Bildung, Bauern, Polizei.

(Allgemeine Heiterkeit)

Und überall heißt es: mehr Geld! Überall fordern Sie Millionen und Abermillionen mehr. Letztendlich, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition – und auch das gestatten Sie mir –, ist es natürlich Ihr gutes Recht, in jedem Bereich immer mehr zu fordern. Wenn es aber um die Abstimmung über das Haushaltsgesetz geht, dann lehnen Sie immer ab, und wir müssen es verantworten.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Ich meine, wir werden dieser Verantwortung gerecht – das beachtend, was ich vorhin gesagt habe: Ein Mehr ist natürlich immer besser.

Ich könnte Ihnen eine ganze DIN-A4-Seite mit Zahlen vorlesen: 41.370 Stellen, Personal wie nie zuvor, seit Dezember 2015 925 zusätzliche Stellen, seit 2007 3.635 Polizeistellen mehr, ein Plus von 10 %, Zuteilung von insgesamt 1.070 neu ausgebildeten Polizisten an die Inspektionen; im Vergleich dazu: etwa 800 Beamte erreichen die Ruhestandsaltersgrenze, 2010 bis 2015 mehr als 7.800 Nachwuchskräfte eingestellt bei rund 4.500, die in Ruhestand gehen, ein Plus von rund 3.300 Polizeibeamten. – Diese Zahlen kennen Sie, sehr geehrte Damen und Herren. Diese Zahlen sind fiskalisch herausfordernd. Wir freuen uns – ich könnte die Seite noch zu Ende lesen –, dass wir das als Verantwortliche im Bayerischen Landtag, insbe-

sondere der Haushaltsausschuss, und die Bayerische Staatsregierung tun konnten. Es wäre natürlich auch äußerst hilfreich, wenn die Damen und Herren auf der Seite der GRÜNEN und der SPD in den Ländern, in denen sie Verantwortung tragen, ebensolche Zahlen vorweisen könnten. Wenn in anderen Bundesländern Polizei nicht abgebaut, sondern aufgestockt würde wie hier in Bayern, dann hätten wir die komfortable Lage, vielleicht nicht ganz so viele Unterstützungseinsätze leisten zu müssen wie derzeit.

(Beifall bei der CSU)

Die Polizei entlasten. – Wir werten und verstehen Ihren Redebeitrag, Herr Professor Dr. Gantzer, durchaus auch als Aufforderung an unsere Polizeiverwaltung, die Entlastung als ständige Aufgabe zu betrachten. Unsere Polizei braucht aber nicht nur die Entlastung von Aufgaben, nicht nur mehr Geld für Personal und Beförderungen, sondern unsere Polizei braucht auch politische Unterstützung. Es ist wenig hilfreich, wenn zum Beispiel der bayerische GRÜNE Toni Hofreiter im Deutschen Bundestag von institutionellem Rassismus bei der Polizei spricht. Obwohl bei den Gewerkschaftsversammlungen immer Lippenbekenntnisse zu unserer Polizei abgegeben werden, ist das politische Handeln von Misstrauen gegenüber unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geprägt.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle hier im Hohen Haus zum wiederholten Male fest: Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamten muss streng verfolgt werden. Aber das, was wir vielfach erleben, nämlich vorauseilendes Misstrauen gegenüber unserer Polizei, ist unangebracht. Ich stelle weiter fest: Unsere Polizei nicht erst dann, wenn es gerechtfertigt ist, sondern regelmäßig nach Einsätzen mit Anträgen und Anfragen zu überziehen, was bis hinunter in die einzelne Dienststelle kiloweise Papier verursacht, ist nicht der richtige Weg im Umgang mit unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Ich möchte schließen, sehr geehrte Damen und Herren, mit einem Ja zu der Feststellung, dass sich unsere Polizei großen Herausforderungen gegenüber sieht. Ich muss ebenso feststellen, dass sich unsere Gesellschaft und die Anforderungen in den letzten Monaten mit einer Rasananz entwickelt haben, die vermutlich niemand voraussehen konnte. Diese Rasananz macht es der Bereitschaftspolizei gänzlich unmöglich, in der Ausbildung nachzuschieben.

Ich darf der Bereitschaftspolizei ein herzliches Wort des Dankes sagen, die mit unerhörter Anstrengung ausbildet. Ich darf Dank sagen für die enorme Ausbildungsleistung, damit die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren Dienst gut gerüstet sind.

Ich darf auch Dank all denen sagen, die die Herausforderungen im letzten Jahr gemeistert haben. Sehr geehrte Damen und Herren, es werden vermutlich nicht weniger Herausforderungen für unsere Gesellschaft und für unsere Polizei. Ich bin froh, dass für die nächsten Jahre geplant ist, mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzustellen, als in den Ruhestand gehen werden. Ich bin dafür, dass der Bayerische Landtag die bayerische Polizei mit Vertrauen und nicht mit Misstrauen begleitet und immer ausreichend Mittel zur Verfügung stellt.

Die Anträge lehnen wir ab. Ja, wir beschäftigen uns mit unserer Polizei, geben ihr die notwendigen Mittel und sorgen dafür, dass sie ihren Dienst ordentlich verrichten kann.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Hanisch, die Fraktionen sind mit Ihrer Nachmeldung einverstanden. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Danke dafür, dass wir unseren Beitrag an den Schluss stellen konnten.

Ich glaube, die innere Sicherheit ist ein ganz wichtiges Thema. Viele andere Länder beneiden uns um die Sicherheit, die wir hier in Deutschland und in Bayern haben. Ich glaube, was wir an innerer Sicherheit in Bayern aufbieten, ist einmalig in Europa. Weltweit liegen wir damit an der Spitze. Das haben wir denen zu verdanken, die für uns tätig sind: unserer bayerischen Polizei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit ist die grundlegende Voraussetzung dafür, dass wir alle friedlich in unserer Gesellschaft leben können. Was die Polizei in den letzten Monaten zusätzlich leisten musste, ist enorm. Denken Sie an die Mammutaufgabe des G-7-Gipfels, die hervorragend gemeistert wurde. Natürlich war auch die Bundespolizei mit dabei; aber die Arbeit, die von der bayerischen Polizei zu leisten war, war enorm.

Es ist die Grenzsicherung, wo wir in der Schleierfahndung wesentlich aktiver tätig sein müssen, als wenn wir die Bundespolizei an unseren Grenzen zur Kontrolle hätten. Überstunden fallen auch an, weil unsere Polizei unverhältnismäßig häufig in anderen Bundesländern, die ihre eigene Polizei abgebaut haben, eingesetzt wird. Wir sollten uns einmal überlegen, ob wir

das so weitermachen wollen oder ob wir auch mal Nein sagen, wenn entsprechende Anforderungen kommen. Die zahlreichen Fußballspiele fordern die Polizei immer wieder. Bei der Polizei kommen immer wieder zu kurz: die Familie und die Freizeit.

Meine Damen und Herren, all das sind Gründe für die drei Anträge, die heute gestellt wurden. Ich darf es vorwegnehmen: Ich habe den Eindruck, sie sind wieder von der falschen Seite gestellt worden. – Herr Ländner, Sie schütteln den Kopf.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Immer die gleiche Mär von euch!)

Mit Ihren Ausführungen hätten Sie die drei Anträge genauso gut vertreten können. "Wir brauchen", war Ihr Schlusssatz, "mehr Geld für die Polizei." Mehr Geld in die Polizei zu investieren, das genau ist die Forderung der drei vorliegenden Anträge. Dann stimmen Sie doch bitte auch zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Einsatzbelastung der bayerischen Polizei ist enorm. Sie wird immer höher, und da müssen wir einfach sagen: Selbst wenn neue Polizeianwärter eingestellt werden, dauert es drei Jahre, bis sie verfügbar sind. Das ist nichts Neues; das wissen wir seit Jahren. Da muss ich halt rechtzeitig etwas mehr Polizeibeamte einstellen.

Richtig ist, dass wir mit 41.370 Stellen so viel Polizei haben wie nie zuvor; aber wir sollten auch bedenken, dass die Polizei in Bayern noch nie so viele Aufgaben zu bewältigen hatte wie heute. Deshalb ist diese Steigerung allein durch die Mehrbelastung gerechtfertigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die hohe Motivation, mit der unsere Polizei an ihre Arbeit herangeht, schätze ich immer wieder. Dabei riskieren die Polizeibeamtinnen und -beamten ihre eigene Gesundheit; denn so ungefährlich sind diese Einsätze auch nicht. Ich möchte eindringlich bitten: Verheizen wir unsere Polizeibeamtinnen und -beamten nicht. Die große Anzahl von Überstunden legt diesen Schluss allmählich nahe.

Das sage ich insbesondere im Hinblick auf eine Meldung, die ich vor einigen Tagen mit Verwunderung zur Kenntnis genommen habe. Medienberichten zufolge werden im Innenministerium Vorüberlegungen angestellt, wie innerhalb von wenigen Stunden wieder umfassende Grenzkontrollen durch unsere bayerische Polizei durchgeführt werden könnten. Das mag – da waren sich alle Fachleute einig – mal eine Woche gut

gehen, das kann 14 Tage gut gehen. Das ist aber keine Daueraufgabe, die von der bayerischen Polizei in dieser Form gelöst werden kann. Insofern sage ich: Da müssen wir mit Fingerspitzengefühl vorgehen. Wir haben die Möglichkeit der Schleierkontrolle. Diese Aufgabe können wir hervorragend leisten. Aber überlasten wir unsere Polizei nicht mit solchen zusätzlichen Aufgaben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER wissen natürlich auch, dass es in der derzeitigen Situation kein Wundermittel gegen die hohe Einsatzbelastung der Polizei gibt, und wünschen uns dennoch, dass die Staatsregierung unsere Vorschläge aus dem Dringlichkeitsantrag umsetzt. Wenn sie in ein paar Monaten als eigener Antrag von der CSU kommen, kann uns das auch recht sein. Aber grundsätzlich meine ich: Wir müssen die Überbelastung der Polizei sehen und etwas dagegen tun. Vielleicht kann man auch überlegen, ob man die Polizeianwärter am Ende ihrer Anwärterzeit schon mit für Polizeiaufgaben einsetzt. Ich weiß nicht, inwieweit das aus Sicht der Polizei möglich ist. Das würde vielleicht kurzfristig etwas helfen.

Zum Abschluss darf ich allen Polizeibeamtinnen und –beamten ganz, ganz herzlich für die vorbildliche Arbeit danken, die sie für unsere Gesellschaft leisten. Sie macht Bayern zum sichersten Bundesland. Ich komme gerade aus einem Land, in dem Sicherheit zwar auch groß geschrieben wird; seine Bürgerinnen und Bürger beneiden aber uns alle um die Sicherheit und um die Erfolge, die wir in Bayern haben. Setzen wir das nicht leichtfertig aufs Spiel!

Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung für diese Dringlichkeitsanträge. Wir werden dem SPD-Antrag selbstverständlich zustimmen. Wir finden auch den Antrag der GRÜNEN hervorragend. Aber Sie wissen, weshalb wir ihm nicht zustimmen können: Wir haben bei Rauschgift halt eine andere Meinung als die GRÜNEN, und Sie waren nicht bereit, diesen Punkt aus dem Antrag herauszunehmen. Insofern kann ich hier keine Zustimmung signalisieren. Ich bitte Sie um Zustimmung für unseren Antrag.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Frau Kollegin Schulze möchte ihre Redezeit von einer Minute und zehn Sekunden noch nutzen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ja. Ich kann's auch ganz kurz machen. Ich wollte Herrn Ländner noch schnell das Thema Entkriminalisierung von Bagatelldelikten in unserem Antrag erklären. Nehmen wir Ladendiebstahl als Beispiel. Wir behaupten nicht und haben das auch nie getan, dass ein Ladendiebstahl

nicht mehr geahndet werden soll, sondern sind der Meinung, dass man den Ladendiebstahl beispielsweise unter gewissen Umständen von einer Straftat zur Ordnungswidrigkeit abstufen kann.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum? – Das ist Quatsch!)

Das hätte viele Vorteile: eine Modernisierung des Strafrechts und eine Entlastung der Justiz und der Polizei. Und, Herr Ländner, wenn Sie uns GRÜNEN da nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht dem Deutschen Anwaltverein. Da sitzen ganz viele Strafrechtsexpertinnen und Strafrechtsexperten; die haben diese Forderung auch schon mal aufgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Staatssekretär Eck für die Staatsregierung ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein schöner Tag für die bayerische Polizei, für die innere Sicherheit im Freistaat Bayern. Ich bin, wenn ich das so sagen darf, sehr glücklich und sehr angetan; denn ich darf seit 1998 in diesem Parlament mitarbeiten und bin von der heutigen Debatte begeistert. Wir haben an dieser Stelle schon ganz andere Debatten geführt, in denen man das Haar in der Suppe gesucht hat, um der Polizei irgendwie nachsagen zu können: Das war falsch gemacht, und das war falsch gemacht; so oder so wäre es richtig gewesen. – So gesehen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erleben wir doch heute die schöne Situation, dass unsere Polizei rundum gelobt wird. Herzlichen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Vieles ist heute angesprochen worden, Gott sei Dank in einem sehr angemessenen und anständigen Ton. Und deshalb versuche ich auch, die Dinge so darzustellen, dass ich nichts wiederhole. Jedoch muss man vom Grundsatz her schon feststellen, dass die Belastung unbeschreiblich hoch war. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders auch von der Opposition: Es wäre halt alles viel einfacher, wenn man besser planen könnte. Wir sind ganz kurzfristig vom G-7-Gipfel überrascht worden und hatten nur wenige Monate Vorlauf. Überlegen Sie einmal, was der G-7-Gipfel letztendlich für die bayerische Polizei bedeutet hat: 18.000 Kräfte wurden eingesetzt. Die Belastung ging bis runter in alle Polizeidienststellen und war unbe-

schreiblich hoch. Teilweise war ein Viertel der Kollegenschaft dort im Einsatz.

Auch das Thema Flüchtlinge muss im Rahmen der heutigen Debatte angesprochen werden. 750.000 Flüchtlinge sind letztendlich über Bayern ge- reist; das musste organisiert, gemanagt, gelenkt und gesteuert werden. Das macht man halt nicht einfach so; so etwas ordnet man nicht einfach an. Vielmehr sind für diese Aufgaben Polizeibeamtinnen und -be- amte unabdingbar. Wenn Sie letztendlich auch noch auf die fürchterliche Situation in Frankreich schauen, sehen Sie, dass polizeiliche Einsätze nicht planbar sind. Die Bedrohung hat Deutschland erreicht: Zum Jahreswechsel 2015/16 gab es konkrete Anschlagsd- rohungen in Deutschland. Sie führten in der Silvester- nacht zur Sperrung des Münchener Hauptbahnhofs und des Bahnhofs Pasing. Das ist mit einem so gro- ßen Personaleinsatz und mit einem solchen Engage- ment verbunden, dass man es hier gar nicht deutlich machen kann. Meine Damen und Herren, ich will dazu nur einige wenige Zahlen nennen: 2015 hatten wir 17.246 Einsätze,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

17.246 Einsätze alleine in Asylbewerberunterkünften hier bei uns im Freistaat Bayern. Die Zahl ist um 270 % angestiegen. Das müssen wir uns einmal vor Augen halten. Dazu kommen – und auch das muss diskutiert werden – die Einsätze im Zusammenhang mit der Pegida-Bewegung. Gucken wir Pegida Mün- chen an: Letztendlich haben wir da einmal wöchent- lich sich fortbewegende Versammlungen, täglich gibt es noch eine stationäre Versammlung am Marienplatz in München. Auch das muss organisiert werden und bindet Hunderte von Einsatzkräften. Auf die Fußball- spiele will ich gar nicht mehr eingehen.

Last but not least komme ich zunächst der Folge der Redner entsprechend zu Herrn Professor Dr. Gantzer. Lieber Herr Dr. Gantzer, Sie haben an dieser Stelle den Stellenzuwachs im Verhältnis zur Steigerung der Einwohnerzahl angesprochen. Ich bin schon glücklich und froh darüber, dass ich betonen darf: Mit 41.370 Stellen hat die bayerische Polizei so viel Per- sonal wie noch nie zuvor. Die Steigerung der Polizei- stellen liegt umgerechnet weit über der Steigerung der Einwohnerzahl. Ich denke, da haben wir doch ganz gut Schritt gehalten, liebe Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Gantzer, Sie haben auch die Frage nach der Wertschätzung für die Polizei, letztendlich für den Beruf des Polizisten in unserer Gesellschaft aufge- worfen. – Sie haben recht; Sie werden von uns, von der Fraktion auf der rechten Seite aus meinem Blick-

winkel volle Unterstützung bekommen. Ich bin dank- bar dafür, dass Sie das so deutlich angesprochen haben. Wir im Freistaat Bayern können da noch glücklich sein: Auf eine einzige Stelle, die bei der Poli- zeil ausgeschrieben ist, bekommen wir sechs Bewer- bungen. Darüber können wir uns glücklich schätzen. In keinem anderen Land stehen für eine ausgeschrie- bene Stelle sechs Bewerber zur Verfügung.

Auch hinsichtlich der Entlohnung, der Bezahlbarkeit und der Wertschätzung bin ich glücklich. Ich bin oft auf bundesweiten Konferenzen und rede dort mit den Kolleginnen und Kollegen Ministern und Staatssekre- tären anderer Länder. Sie müssten mir ein weiteres Land nennen, das eine bessere Besoldung und eine bessere Freizeitregelung für die Kolleginnen und Kol- legen hat als der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin glücklich und froh darüber, dass wir solche Be- dingungen zur Verfügung stellen können.

Ich muss auch noch den Kollegen Hanisch anspre- chen. Sie haben dies deutlich zum Ausdruck ge- bracht. Ich bin froh darüber, dass es von unserer Fraktion nicht so deutlich angesprochen worden ist. Was wir hier an Sicherheit aufbieten, so der Kollege Hanisch, ist einzigartig und bewundernswert. So haben Sie es zum Ausdruck gebracht; darüber bin ich froh.

Die innere Sicherheit – so betrachten wir es, liebe Kolleginnen und Kollegen – ist bei uns im Freistaat ein Grundrecht. Bayern ist liebenswert und lebens- wert, hier kann man sich geborgen fühlen. Ich meine, das ist auch ein Fundament der Entwicklung, die wir im Freistaat Bayern erleben können.

Ich möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass dies nur im partnerschaftlichen Miteinander möglich ist. Ich habe die Fußballspiele, die Terrorein- sätze und auch den G-7-Gipfel angesprochen. Die Kollegin hat schon darauf hingewiesen, dass wir in anderen Ländern aushelfen. Man muss aber auch sagen, dass beim G-7-Gipfel alle anderen Länder bei uns ausgeholfen haben. Uns hat die Bundespolizei geholfen. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, anderen Ländern zur Seite zu stehen. Im Jahr 2014 hatten wir 14 Einsätze in anderen Ländern. Im Jahr 2013 hatten wir elf Einsätze in anderen Ländern. Beim G-7-Gipfel wurden wir von 6.000 Polizisten von der Bundespolizei und aus anderen Ländern unter- stützt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben gesagt, dass wir reagieren müssten. In Ihren Anträgen haben Sie Forderungen aufgestellt. Ich meine aber, wir können diesen Anträgen nicht zustimmen, weil ihre Anliegen letztlich bereits erfüllt worden sind.

Auch von der Bezahlung von Mehrarbeit ist geredet worden. Im Jahr 2015 waren dies 113.099 Stunden. Das hat sich um 75.000 Stunden gesteigert. Meine Damen und Herren, hierfür sind 876.203 Euro bezahlt worden. Das entspricht im Verhältnis zum letzten Jahr einer Steigerung von 30 %. Es ist angekommen und auch umgesetzt worden, dass die Mehrarbeit bezahlt wird. Wenn man den G-7-Gipfel noch dazunimmt, sind wir bei einer Vergütung von 2.138.077 Euro.

Selbstverständlich müssen wir auch immer wieder über die Struktur nachdenken. Wenn wir die Struktur verbessern, dann müssen wir das Ganze ein Stück weit gleitender und griffiger machen. Mit den Situationen, bei denen sich die Anforderungen in Bezug auf Personaleinsätze geändert haben, müssen wir anders umgehen. Das darf dann nicht torpediert und nicht mit brachialer Gewalt bekämpft werden, sondern wir sollten konstruktiv über diese Dinge nachdenken.

Meine Damen und Herren, ich will damit sagen: Wir optimieren ständig die Geschäftsprozesse. Wir haben zusätzliche Stellen geschaffen. Ich brauche die Zahlen nicht zu wiederholen, weil sie heute schon dreimal genannt worden sind.

Ich darf an dieser Stelle auch sagen, dass man darüber nachdenkt, Arbeiten abzugeben, die nicht unbedingt hoheitliche Aufgaben sind, wie zum Beispiel die Begleitung von Schwertransporten und Ähnliches. Insofern können wir für unser gut ausgebildetes Personal, für unsere Beamtinnen und Beamten, zusätzliche Freiräume schaffen.

Last but not least: Auch das freie Wochenende, das angesprochen worden ist, ist bei uns bereits in der Einsatzplanung vorgesehen. Ich muss aber an dieser Stelle sagen: Wenn Herausforderungen wie Terroreinsätze und Ähnliches dazwischenkommen, dann ist das nicht immer einzuhalten.

In diesem Sinne meine ich noch einmal deutlich gemacht zu haben, dass die von Ihnen geforderten Dinge bereits auf den Weg gebracht worden sind. Ich möchte herzlich darum bitten, dass wir die Leistungen unserer Polizei nicht herunterreden, sondern dass wir gemeinschaftlich daran arbeiten. Unterstützen Sie uns bei den Haushaltsberatungen, damit wir die entsprechenden finanziellen Freiräume bekommen.

Herzlichen Dank für die positive Stimmung, die unsere Polizei vom Grundsatz her von diesem Parlament erfahren darf.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden dazu wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt alle drei Dringlichkeitsanträge zur Ablehnung.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9399 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9377 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/9400 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion und SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zurück zu Tagesordnungspunkt 10. Es geht um den Antrag der SPD-Fraktion: "Ämter für ländliche Entwicklung stärken – Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern" auf Drucksache 17/8988. Hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 18.08 bis 18.13 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saals zu ermitteln.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit und rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wahlunterlagen in Leichter Sprache (Drs. 17/9100)**

Ich darf darauf hinweisen, dass auf Antrag der GRÜNEN eine namentliche Abstimmung stattfinden wird, und eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten; die Verteilung ist Ihnen bekannt. Deswegen darf jetzt gleich Frau Kollegin Schulze das Wort ergreifen. Bitte sehr.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über einen ganz besonderen Antrag ab. Denn wir haben gerade eine Premiere. Das ist der erste Antrag im Bayerischen Landtag, der in Leichter Sprache gestellt wird. Bei diesem Antrag entsprechen sich Form und Inhalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir möchten nämlich, dass es hier in Bayern Wahlunterlagen in Leichter Sprache gibt, und zwar für alle Wahlen, für die Landtagswahl, die Bezirkstagswahl, die Kommunalwahlen und natürlich auch für Bürger- und Volksentscheide. Unter Wahlunterlagen verstehen wir dabei nicht nur den Wahlzettel. Vielmehr sollen das Anschreiben und die Erklärung zur Wahl ebenfalls in Leichter Sprache verfasst sein.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die Verwendung von Leichter Sprache ein wichtiger Baustein und vor allem auch eine wichtige Voraussetzung ist, um Menschen mit Behinderungen und Lernbeeinträchtigungen politische Teilhabe zu ermöglichen. Für uns GRÜNE bedeutet Inklusion nicht nur, dass ein Rollstuhlfahrer oder eine Rollstuhlfahrerin in das Wahllokal kommen kann, sondern auch, dass alle Menschen die Materialien verstehen können und daraufhin auch wählen können. Nur das ist wirkliche Inklusion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Dort steht in Artikel 29 genau, dass die Staaten dafür sorgen müssen, dass alle Menschen

wählen gehen können und gewählt werden können. Dazu gehört natürlich, dass die Wahlunterlagen so bereitgestellt werden, dass sie für alle Menschen verständlich sind.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass Wahlunterlagen in Leichter Sprache nicht nur Menschen mit Behinderung selbst, sondern auch Menschen mit einer Lese- und Schreibschwäche, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen und auch der großen Anzahl von Analphabetinnen und Analphabeten helfen werden. Wenn Sie unseren Antrag angesehen haben, haben Sie festgestellt, dass die Wörter und die Sätze einfach sind. Vor allem sind auch Bilder dabei. Das heißt, in den Wahlunterlagen wären die Partei-Logos zu sehen. Für den, der nicht lesen kann, ist das eine leichte Hilfe, wenn er am Wahltag zum Wählen geht.

Als Vorbild haben wir uns in diesem Fall Bremen genommen. Bremen hat nämlich bei der Bürgerschaftswahl schon Wahlunterlagen in Leichter Sprache gehabt. Alle, die die Sorge hatten, dass es einen Aufschrei der Empörung geben würde, haben gesehen, dass dem nicht so war. Es gab durchweg von allen Seiten positive Rückmeldungen, natürlich von den Verbänden. – sie haben gesagt, das ist eine Supersache –, aber auch von vielen Bürgerinnen und -Bürgern, die gesagt haben: Super! Hier ist es einmal klar und verständlich erklärt. Auch so etwas wie Kumulieren kann man sehr leicht in Leichter Sprache darstellen.

Die Lebenshilfe Bremen hat dort intensiv an dem Gesetzentwurf mitgearbeitet. Auch die Lebenshilfe in Bayern unterstützt das Vorhaben, dass es Wahlunterlagen in Leichter Sprache gibt. Da Barbara Stamm die Vorsitzende der Lebenshilfe in Bayern ist, hat mich im Ausschuss die Argumentation der CSU-Kollegen ein bisschen verwundert. Die CSU-Fraktion war nämlich der Meinung, sie könne und wolle dem Antrag nicht zustimmen. Eigentlich geht ja der Bayerische Landtag bei dem Thema der Leichten Sprache schon sehr positiv voran. Es gibt die Broschüre "Der Bayerische Landtag in Leichter Sprache". Sie kennen sie wahrscheinlich alle. Da zeigt der Bayerische Landtag gut, dass man Informationen in Leichter Sprache an die Bevölkerung geben kann, und das wird ja auch sehr gut angenommen.

Aus Sicht von uns GRÜNEN ist der nächste logische Schritt, dass man auch die Wahlunterlagen in Leichter Sprache bereitstellt. Da die Landtagspräsidentin Vorsitzende der Lebenshilfe Bayern ist, die das Projekt unterstützt, sehe ich noch viel weniger irgendeinen Grund, warum die CSU-Fraktion gegen diesen Antrag sein könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend kann ich nur sagen, dass wir GRÜNE fest davon überzeugt sind, dass alle Menschen davon profitieren, wenn die Inhalte von Wahlvorgängen einfach dargestellt sind.

(Jürgen W. Heike (CSU): Für wie dumm halten Sie unsere Wähler?)

Wenn alle Menschen davon profitieren, profitiert damit insgesamt unsere Demokratie. Deswegen freue ich mich über ein starkes Signal für die Inklusion hier aus dem Bayerischen Landtag. Dann werden wir endlich auch in Bayern Wahlunterlagen in Leichter Sprache haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Schulze. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Lorenz das Wort. Bitte sehr.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bemühungen zur Unterstützung der Wahlteilnahme von Menschen mit Lese- und Schreibschwäche oder von Menschen mit Behinderung sind natürlich zu begrüßen. Deswegen sehen die Wahlordnungen auch für alle Wahlen, seien das die Bundestags-, die Europa- und die Landtagswahlen oder die Kommunalwahlen, bereits jetzt verschiedene Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Hilfspersonen bei der Beantragung von Briefwahlunterlagen und auch bei der Stimmabgabe vor. Auch verschiedene Verbände und Volkshochschulen bieten Hilfestellung an. Es gibt eine barrierefreie Gestaltung von Internetangeboten zur Wahl und viele andere geeignete Hilfsmaßnahmen. Auf der Wahlbenachrichtigung – das ist auch ein formaler Zettel – findet sich ausdrücklich ein Hinweis, wo weitere Hilfsmittel, zum Beispiel für Sehbehinderte, erlangt werden können. Jetzt wird erwogen – vermutlich wird es auch gemacht –, einen entsprechenden Hinweis auch auf Wahlbenachrichtigungen bei Gemeinde- und Landkreiswahlen einzuführen.

Es gibt – vielleicht wissen das viele von Ihnen gar nicht – nicht erst seit der letzten Landtagswahl im Jahr 2013, sondern, weil dies für uns natürlich ein besonders wichtiges Thema ist, bereits seit der vorletzten Landtagswahl die hervorragende Broschüre "Einfach wählen gehen!" der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. Dies ist wirklich ein hervorragendes Informations- und Hilfsmedium. Selbstverständlich gibt es entsprechende Broschüren, die natürlich auch im Internet abrufbar sind, auch für alle

anderen Wahlen, sprich: für Europawahlen, für Kommunalwahlen und sonstige Wahlen.

Wir glauben, dass dies für diese spezielle Zielgruppe der geeignete Weg ist, sich zu informieren, und dies auf anschauliche und diese Zielgruppe auch wirklich ansprechende Art und Weise. Die Abfassung der Wahlunterlagen, die quasi nur das Ende eines langen Wahlkampfes, einer langen Information darstellen, in Leichter Sprache erscheint uns nicht zielführend, weil die überwiegende Zahl der Wahlberechtigten mit dieser Sprache nicht vertraut ist und dies möglicherweise sogar zu Irritationen führt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Lorenz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin?

Andreas Lorenz (CSU): Im Anschluss gerne. – Einer der wesentlichen Punkte ist – darauf müssen wir als Parlamentarier natürlich achten –, dass es auch vonseiten des Innenministeriums Bedenken gibt, weil es feststehende Rechtsbegriffe gibt, die bei einer Wahl zu beachten sind. Ich nenne ein Beispiel: Eine Übersetzung des Begriffs "Versicherung an Eides statt" in Leichte Sprache erscheint auch uns juristisch zumindest schwierig.

Das Thema wurde auch auf Bundesebene besprochen. Sie haben das Land Bremen angeführt. Ich will jetzt nicht sagen, dass uns Bremen nicht unbedingt immer ein Vorbild ist. Aber mit Sicherheit sollte uns zu denken geben, dass alle anderen Bundesländer dies nicht haben und dass sich auch bei der eben erfolgten Befassung auf Bundesebene – man will es auch bei den Bundestagswahlen haben – die überwiegende Mehrheit der Bundesländer dagegen ausgesprochen hat, bei der kommenden Bundestagswahl entsprechende Regelungen einzuführen.

Sie haben erwähnt, dass auf den Stimmzetteln auch Partei-Logos und Bilder von Kandidaten gezeigt werden sollen. Das ist im Anhang zu Ihrem Antrag explizit so aufgeführt. Lesen Sie es bitte nach. – Bestätigt es die Kollegin? Haben Sie es gefunden? – Ich nehme jetzt einfach das Münchner Beispiel. Bei der Kommunalwahl sind in München maximal 80 Kandidaten zu wählen. Diese kandidieren im Schnitt auf 15 Listen, das heißt, es gibt 1.200 Kandidaten. Der Wahlzettel hat jetzt bereits eine Größe von über einem Quadratmeter. Ich meine, es sind sogar etwa eineinhalb Quadratmeter. Die Schrift ist nun wirklich nicht gerade groß. Wenn Sie jetzt noch ein Foto einfügen und dies bei jedem einzelnen der 1.200 Kandidaten, dann ist der Wahlzettel wahrscheinlich mindestens doppelt so groß. Bei doppelter Länge und Breite wäre das vermutlich ein Wandteppich von 4, 5 oder 6 Quadratmetern.

(Ruth Waldmann (SPD): Na und?)

Allein an diesem praktischen Beispiel zeigt sich, dass es wirklich schwerwiegende fachliche Bedenken gibt. Dies gilt beispielsweise auch für die Drucktechnik und für die Schnelligkeit, mit der Wahlunterlagen zur Verfügung gestellt werden. Sie wissen es selbst: Kurz vor Wahlen geht alles ruck, zuck. Die Namen der Kandidaten werden recht kurzfristig genannt; oft gibt es noch Änderungen und Nachfragen. Die Wahlunterlagen müssen dann wirklich unter immensem Druck zur Verfügung gestellt werden. Durch zusätzliche Möglichkeiten, die sich beim Wahlvorschlag ergeben, durch Bilder, Partei-Logos und Ähnliches, vergrößert sich schlichtweg das Risiko von Anfechtungen.

Aber das Allerwichtigste – das sollten wir auch bedenken – ist: Eine Wahl ist ein formeller Akt, und es ist wichtig, dass diese rechtssicher ist. Wir sollten uns wirklich nicht in zusätzliche Gefahr hinsichtlich von Wahlanfechtungen begeben. Ein weiteres Argument wäre der Zeitfaktor. Es erhöht den Druck und verlängert die Herstellungsfristen. – Soweit eine Vielzahl von Gründen.

Es wird bereits versucht – ich meine, es ist bei der Landtagswahl sogar gelungen –, die Unterlagen in äußerst verständlicher und einfacher Sprache abzufassen. Bei der Landtagswahl steht zum Beispiel: Sie haben eine Erststimme und eine Zweitstimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten usw. Ich denke, so schwierig ist es dann auch nicht. Wenn man in Rechnung stellt, dass es für die entsprechende Zielgruppe wirklich hervorragende Hilfsmedien wie die eben genannte Broschüre gibt, so denken wir, dass Ihr Antrag nicht zielführend ist und dass wir dem Ziel, das wir alle anstreben, auf andere Art und Weise gerecht werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Damit kommen wir zur Zwischenbemerkung der Kollegin Schulze. Bitte sehr.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Kollege Lorenz, es freut mich, dass Sie sich um die Rechtssicherheit sorgen. Das tue ich natürlich auch. Darum steht in unserem Antrag, dass wir ein Gesetz wollen, damit all dies geprüft wird und die Wahlunterlagen in Leichter Sprache nicht anfechtbar sind. Das ist möglich. Das wissen Sie selber auch.

Sie sind Münchner, so wie auch ich Münchnerin bin. Dass Sie sich um die Gestaltung eines Stimmzettels Sorgen machen, kann ich daher nachvollziehen. Aber ich gebe Ihnen einen kleinen Tipp: Man kann Dinge unterschiedlich darstellen. Es muss kein Wandteppich

sein, sondern man kann es beispielsweise auf DIN A4 hintereinander ordnen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das ist aber umständlich!)

Es gäbe, wenn man möchte, Möglichkeiten.

Ich habe aber eine konkrete Frage. Sie sagen selber, Sie finden die Broschüre "Einfach wählen gehen!" gut. Ich finde Sie auch gut. Warum – das Argument habe ich noch nicht verstanden – weigern Sie sich dann, diese Informationen – wie wähle ich einfach, und wie wähle ich richtig? – den Leuten mit dem schon passenden Wahlzettel direkt nach Hause zu schicken, so dass jemand, der vielleicht eine Lernbeeinträchtigung oder eine Lese- und Schreibschwäche hat, sich nicht erst diese Broschüre holen und es sozusagen mit der Broschüre parallel übersetzen muss, sondern alles gleich in Leichter Sprache nach Hause bekommt und dort seine Wahl treffen kann? Dies schreibt uns ja auch, ehrlich gesagt, die UN-Behindertenrechtskonvention vor. Wie gehen Sie mit diesem Argument um?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wenn jemand wählt oder wenn er den Stimmzettel ausfüllt, so ist dies das Ende eines langen demokratischen Meinungsbildungs- und Informationsprozesses. Ich gehe davon aus, dass sich jeder Bürger, der sich an einer Wahl beteiligt, im Vorfeld sowohl über politische Inhalte als auch über Personen informiert und natürlich auch über das Wahlsystem. Ich glaube nicht, dass die Erkenntnis, wen und welche Partei man wählt, und die Erkenntnis über unser Wahlsystem in der Minute des Wahlgangs erlangt werden.

Auch im Ausschuss habe ich versucht, Ihnen das Argument nahezubringen. Der formale Stimmzettel ist letztendlich ein Rechtsakt. Daher müssen wir versuchen, jegliches rechtliche Risiko auszuschließen. Das heißt nicht – das möchte ich ausdrücklich sagen –, dass für einen bestimmten Personenkreis Erleichterungen nicht möglich wären. Wenn es zum Beispiel eine Initiative gibt – Sie können die Personen, die das wünschen, vorab ermitteln –, dass man meinetwegen ankreuzen kann, dass man die Broschüre automatisch zugeschickt bekommt, dann habe ich persönlich nichts dagegen. Aber dass man allen Wahlberechtigten automatisch einen rechtsunsicheren Wahlzettel schickt, das möchte ich auf gar keinen Fall. Ich denke, dass wir auf dem Wahlzettel deutlich machen müssen, dass es diese Informationen gibt.

Vielleicht könnten wir als Kompromiss sagen: Wenn jemand bei einer Wahl angekreuzt hat, dass er diese

Informationen, meinetwegen diese Broschüre, haben möchte, dann wird dies in einem Computer gespeichert, und dann erhält der entsprechende Personenkreis, der dann überschaubar ist, sodass auch die Kosten überschaubar sind, automatisch bei der nächsten Wahl diese Broschüre nach Hause. – Das ist ein Vorschlag, der mir jetzt auf die Schnelle dafür eingefallen ist, wie man die entsprechende Zielgruppe direkt erreicht und ihr umfangreich Unterstützung anbietet, sodass sie die Broschüre nicht anfordern muss. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Lorenz. – Damit kommen wir zur Wortmeldung der Frau Kollegin Waldmann für die SPD. Bitte sehr.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gemäß der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen muss die Bundesrepublik dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung ihr Wahlrecht ausüben können. Es ist klar, dass dafür die Wahlunterlagen leicht verständlich sein müssen; ebenso müssen die Einrichtungen und die Wahllokale barrierefrei sein.

Wer geschäftsfähig ist, darf wählen. Der Anteil der Menschen mit Behinderung, die nicht wählen dürfen, ist sehr gering. Für den Entzug des Wahlrechts ist Voraussetzung, dass eine sehr stark ausgeprägte geistige Behinderung und außerdem eine Betreuung in allen Lebenslagen vorliegt. Es ist selbst bei Menschen mit geistiger Behinderung sehr selten, dass eine Betreuung in allen Lebenslagen erforderlich ist. Und nur dies führt dazu, dass das Wahlrecht nicht ausgeübt werden darf. Alle anderen haben das Recht zu wählen.

Wir haben es heute schon gehört – Sie sind gut informiert –: Menschen mit Behinderung können Wahlhelfer hinzuziehen, die ihnen helfen, den Wahlzettel auszufüllen; sie können sich vorlesen lassen und Weiteres. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass immer noch der Grundsatz gilt: Nicht über uns ohne uns.

Fragen Sie doch einmal die Menschen mit Behinderung, auch die mit geistiger Behinderung, mit Einschränkungen, mit Lernschwächen, mit Leseschwächen oder Verständnisschwächen: Sie wünschen sich leicht verständliche Unterlagen. Sie wollen Fotos sehen, um sich eine Vorstellung zu machen von demjenigen, der da gewählt werden kann.

Übrigens haben wir hier in Bayern ein sehr personalisiertes Wahlrecht. Wir sind ganz stolz darauf, dass die Bürger eine sehr direkte Einflussmöglichkeit

haben und sich die Zusammenstellung des Parlaments sehr persönlich aussuchen können. Ich finde, dass in diesem Zusammenhang ein Foto sehr gut passen würde. Das gilt im Übrigen auch für Menschen, die gar nicht behindert sind. Das kann überhaupt nicht schaden.

Ich habe mich sehr gewundert, als ich gerade Ihre Argumentation gehört habe; ich habe auch nachgelesen, wie die Diskussion im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen dazu aussah: Die einzigen Argumente, die Ihrer Meinung nach dagegen sprechen, sind technische und zeitliche Probleme: Ihnen wird der Stimmzettel bei der Kommunalwahl zu groß; Ihnen erscheint die Zeit zu kurz, um die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Mein Gott, es ist doch wirklich noch Zeit genug bis zu den nächsten Landtagswahlen 2017, um hierfür Lösungen zu finden!

(Zuruf: 2018!)

Das gilt für die Kommunalwahlen 2020 erst recht.

Bayern will doch im Bereich der Barrierefreiheit vorangehen. Sie haben sich das doch auf die Fahne geschrieben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Für viele Menschen sind die Wahlzettel schon jetzt mit viel zu kleiner Schrift bedruckt und auch zu kompliziert.

Ich möchte noch kurz auf das Problem zurückkommen, wie das ist, wenn Menschen aufgrund einer Betreuung ihr Wahlrecht entzogen wird und ob das in allen Fällen auch wirklich gerechtfertigt ist. Das ist jedoch ein eigenes Thema, über das wir an anderer Stelle einmal reden müssen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Prüfungskommission der Vereinten Nationen hat nachdrücklich kritisiert, dass Menschen mit Behinderung zu häufig ausgeschlossen werden, wenngleich es sich dabei um eine relativ geringe Prozentzahl handelt.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass im Grundgesetz dem Wahlrecht eine besonders herausgehobene Stellung eingeräumt wird. Dort heißt es: Es ist das vornehmste Recht des Bürgers, im demokratischen Staat zu wählen und seine Stimme abzugeben. – Das heißt für uns: Wir müssen alles dafür tun, um dieses Recht zu unterstützen. Das ist unsere Legitimation, um die es hier geht.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir reden hier nicht über irgendeinen Firlefanz.

Dazu gehört auch – teilweise geschieht das schon –, dass wir unsere politischen Programme und unsere Wahlprogramme in Leichter Sprache abfassen. Diejenigen, die sich schon einmal auf diesen Weg begeben haben, werden erkannt haben, dass darin durchaus auch Chancen liegen.

Ich habe es in meiner Zeit als Bezirksrätin sehr eindrucksvoll erlebt, als die ersten Broschüren für die Hilfe zur Eingliederung und die Hilfe zur Pflege in Leichter Sprache aufgelegt wurden. Diese Broschüren sind uns aus den Händen gerissen worden, und zwar von Menschen ohne Behinderung, weil die auch endlich mal verstehen wollten, was eigentlich ihre Rechte sind und wie die Antragswege aussehen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es wäre wirklich ein Akt der Klärung, wenn wir unsere Wahlprogramme daraufhin einmal durchforsten. Sie werden feststellen, dass darin viele lange Sätze stehen, die sehr verschwurbelt sind. Es wird guttun, wenn man diese Satzungeheuer auf knappe Sätze und klare Worte zusammenschumpfen lässt. Dabei kommt manchmal sehr viel an Klarheit heraus, und auch das ist wünschenswert.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht noch auf Folgendes hinweisen: Bei einem Thema wie zum Beispiel der Frage, ob die CSU oder die Staatsregierung jetzt für oder gegen die dritte Startbahn ist, wünschen wir uns alle klare Worte in Leichter Sprache, um dann auch zu wissen, wie wir wählen können.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt der Kollege Streibl. Bitte sehr.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein höchst interessanter Antrag. Wenn man ihn das erste Mal liest, dann stellt man sich solche Fragen wie beispielsweise: Wie sinnvoll ist denn das Ganze? – Gerade wir als Juristen haben ja manchmal eine etwas skurrile Art, mit Sprache umzugehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Inge Aures (SPD): Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung!)

Von daher wäre es manchmal ganz gut, wenn wir dafür sorgen würden, unsere Sprache etwas einfacher und verständlicher zu halten. Damit wäre sicher vieles gewonnen, und den Menschen würde so manches verständlicher.

Von daher halte ich den Antrag für sinnvoll. Ludwig Wittgenstein sagt: Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt. – Wir wollen die Welt doch nicht begrenzen, sondern wir wollen gerade in einer Demokratie die Welt weit machen. Wenn wir in der Demokratie davon ausgehen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, dann müssen wir den Menschen auch Teilhabe ermöglichen. Dazu gehört auch die Teilhabe an einer demokratischen Wahl und letztlich an der Legitimation unserer Parlamente.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Im Grundgesetz heißt es auch: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. – Wir müssen daher darauf hinwirken, dass wir möglichst viele Menschen mitnehmen können und dass sie in diese Prozesse miteinbezogen werden. In Zeiten, in denen unsere Wahlbeteiligung immer mehr schrumpft, wo sie mittlerweile bei 50 % oder sogar darunter liegt, sollte uns jeder Weg recht sein, möglichst viele Menschen am Wahlakt teilhaben zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Herr Kollege Lorenz, die Argumente, die Sie vorhin angebracht haben, waren auch leicht strukturiert. Von daher kann man sicher auch leicht strukturierte Wahlscheine herstellen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Argumente waren, wie gesagt, eigentlich rein technischer Natur. Es ging darum, wie lange man braucht, um einen Wahlschein zu drucken. So etwas müsste man doch hinbekommen.

Außerdem müsste man etwas kreativ sein und sich überlegen, wie man die Wahlzettel bei den Kommunalwahlen wieder handhabbar machen kann. So wie sie jetzt aussehen, schrecken sie eher ab und verführen dazu, das Briefwahlrecht noch weiter auszudehnen. Dann können nämlich die Menschen in Ruhe zu Hause am Küchentisch die paar Quadratmeter Wahlschein ausbreiten, und dann kann die ganze Familie darüber beraten, wie man denn da wählen soll. Da ist irgendwann einmal das Prinzip der geheimen Wahl unterlaufen.

Von daher sollte man sich wirklich einmal Gedanken machen, wie man das Ganze wieder in ein wählerfreundliches Fahrwasser bringen kann, sodass die Menschen wieder zur Urne gehen und die Sache überblicken können. Außerdem ist nicht jede Wahl eine Kommunalwahl, wo der Wähler einen riesigen Wahlschein vor sich liegen hat, sondern es gibt auch Wahlen, bei denen die Wahlzettel etwas kleiner sind und wo man auch nach denselben Grundsätzen handeln könnte.

Von daher sollte man sich nicht unbedingt dagegen sträuben, sondern man sollte sich lieber auf den Weg machen und einmal darüber nachdenken, was wir tun können, um den Wähler – das ist ja unser Souverän – wieder mitzunehmen und ihm den Weg zur Wahl und zur Teilhabe an der Wahl zu erleichtern.

Das ist eine Frage der Teilhabegerechtigkeit, die wir hier durchaus ernst nehmen müssen. Von daher bitte ich Sie: Unterstützen auch Sie diesen Antrag, den wir für sinnvoll halten. Wenn wir für Inklusion sind und den Menschen einen gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Prozessen verschaffen wollen, dann ist der Inhalt dieses Antrags eine Grundvoraussetzung, der wir uns stellen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank Herr Kollege Streibl. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung und gehe davon aus, dass Sie mit drei Minuten einverstanden sind.

(Namentliche Abstimmung von 18.39 bis 18.42 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wie immer draußen ermittelt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15. Ich bitte Sie, jetzt Platz zu nehmen. Wir kommen gleich zur nächsten Abstimmung.

(Unruhe)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. (SPD) Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II (Drs. 17/8989)

Die Fraktionen sind darin übereingekommen, auf die Aussprache zu verzichten. Wir kommen gleich zur Ab-

stimmung. Deswegen bitte ich Sie, jetzt Platz zu nehmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist fast meditative Ruhe eingeleitet. Wir können fortfahren!)

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt einstimmig Zustimmung. Der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind doch wieder alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme bei der CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bodenschutz in Bayern – Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankern", Drucksache 17/8879, bekannt. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 94 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt und anderer (SPD) betreffend "Ämter für ländliche Entwicklung stärken – Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern", Drucksache 17/8988, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 81 gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Wahlunterlagen in Leichter Sprache", Drucksache 17/9100, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 78 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit haben wir die Tagesordnung abgearbeitet. Ich bedanke mich bei Ihnen. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.47 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über zwei Europaangelegenheiten sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und die Europäische Zentralbank:
 Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion
 COM (2015) 600 final
 BR-Drs. 502/15
 Drs. 17/9535, 17/10337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 Den Binnenmarkt weiter ausbauen – mehr Chancen für die Menschen und die Unternehmen
 COM (2015) 550 final
 BR-Drs. 509/15
 Drs. 17/9697, 17/10331 (E)[X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Harald Güller, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine positive Entwicklung des Allgäu-Airports Memmingen
Drs. 17/6082, 17/9977 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Bundesverkehrswegeplan 2015 - 2030
Drs. 17/8056, 17/10300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
17. Raumordnungsbericht der Staatsregierung
Drs. 17/8758, 17/10301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Bildungspolitik braucht gute Statistiken
Drs. 17/8763, 17/10199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratungsangebot für mobile ausländische Beschäftigte ausbauen –
Bundesratsinitiative Niedersachsens unterstützen
Drs. 17/8764, 17/10032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Martin Güll u.a. SPD
Ganztagsklassen ermöglichen!
Drs. 17/8992, 17/10198 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Forschungsbedarf im Fall des Münchner Kunstsammlers Cornelius Gurlitt
Drs. 17/9111, 17/10121 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Berücksichtigung einer Bahnsteigquerung bei den Plänen zum Umbau des Hauptbahnhofs München
Drs. 17/9190, 17/10302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Norbert Dünkel u.a. CSU
Spracherwerb und Werteerziehung als Schlüssel für Bildung und Erziehung
Drs. 17/9212, 17/10221 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Einführung eines Halb-Stunden-Takts auf der ICE-Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt – Leipzig – Berlin und Anschlusssicherung in Nürnberg für IC-/ICE-Züge aus Augsburg, Regensburg/Passau und aus Stuttgart/Aalen/Ansbach in Richtung Erfurt/Leipzig/Berlin und Hamburg
Drs. 17/9218, 17/10303 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verschlechterte Sicherheitslage in Afghanistan bei Abschiebungen und Verfahrensprüfungen berücksichtigen
Drs. 17/9229, 17/10263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Gutachten zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms endlich vorlegen
Drs. 17/9357, 17/10304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Verbot von Phenoxyethanol in Kinderprodukten
Drs. 17/9360, 17/10261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reaktivierung der Bahnstrecke Weidenberg – Warmensteinach
Drs. 17/9367, 17/10305 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Landesverordnung zu den Pflegestärkungsgesetzen
Drs. 17/9369, 17/10254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Nein zu einem europäischen Einlagensicherungssystem!
Drs. 17/9376, 17/10335 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Regelmäßiger Bericht zur Bekämpfung von "Crystal Meth" in Bayern
Drs. 17/9384, 17/10049 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Volles gemeinschaftliches Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner
Drs. 17/9385, 17/10265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
2. Gleis Plattling – Landshut endlich bauen –
SPNV Passau – Flughafen München konkurrenzfähig machen
Drs. 17/9387, 17/10306 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Barrierefrei studieren
1. Stärkung der Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung
Drs. 17/9388, 17/10122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Kliniken der Deutschen Rentenversicherung in Bayreuth und Bischofsgrün erhalten
Drs. 17/9524, 17/10255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Suchtprävention bei Jugendlichen – Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen (2. Durchgang)
Drs. 17/9527, 17/10256 (A)

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Barrierefrei studieren
3. Beratungsstellen initiieren
Drs. 17/9530, 17/10285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Orthoptistengesetz modernisieren
Drs. 17/9536, 17/10257 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU
Minderjährigenschutz gewährleisten – minderjährige Mädchen konsequent schützen
Drs. 17/9577, 17/10266 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

28. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Rechtsabbiegerpfeil für Radfahrer
Drs. 17/9627, 17/10307 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum – Medizinstudium für angehende Landärzte
Drs. 17/9650, 17/10258 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

30. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Studie zur Bewilligungspraxis in der pflegerischen Versorgung
Drs. 17/9657, 17/10259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ambulant betreute Wohnformen für Menschen mit Demenz:
Kostenübernahme bei Sozialhilfebedarf muss klar sein
Drs. 17/9672, 17/10260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Altersdiskriminierung im Straßenverkehrsrecht
Drs. 17/9720, 17/10308 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterricht für Flüchtlinge schnell realisieren – Schulen brauchen die versprochenen Lehrkräfte sofort
Drs. 17/9721, 17/10201 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) –
Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern
Drs. 17/9722, 17/10322 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Aufweichung des Mindestlohns!
Drs. 17/9723, 17/10268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU
Elektromobilität in Bayern voranbringen – Bayerische Initiative soll neue
Schubkraft bringen
Drs. 17/9810, 17/10309 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

37. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Serviceagentur „Ganztagig lernen“ Bayern dauerhaft
sicherstellen
Drs. 17/5098, 17/10200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.03.2016 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Bodenschutz in Bayern - Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankern (Drucksache 17/8879)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten		X	
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander			X	Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	49	94	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.03.2016 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. (SPD); Ämter für ländliche Entwicklung stärken - Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern (Drucksache 17/8988)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	59	81	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.03.2016 zu Tagesordnungspunkt 14: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Wahlunterlagen in Leichter Sprache (Drucksache 17/9100)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen							
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	59	78	1